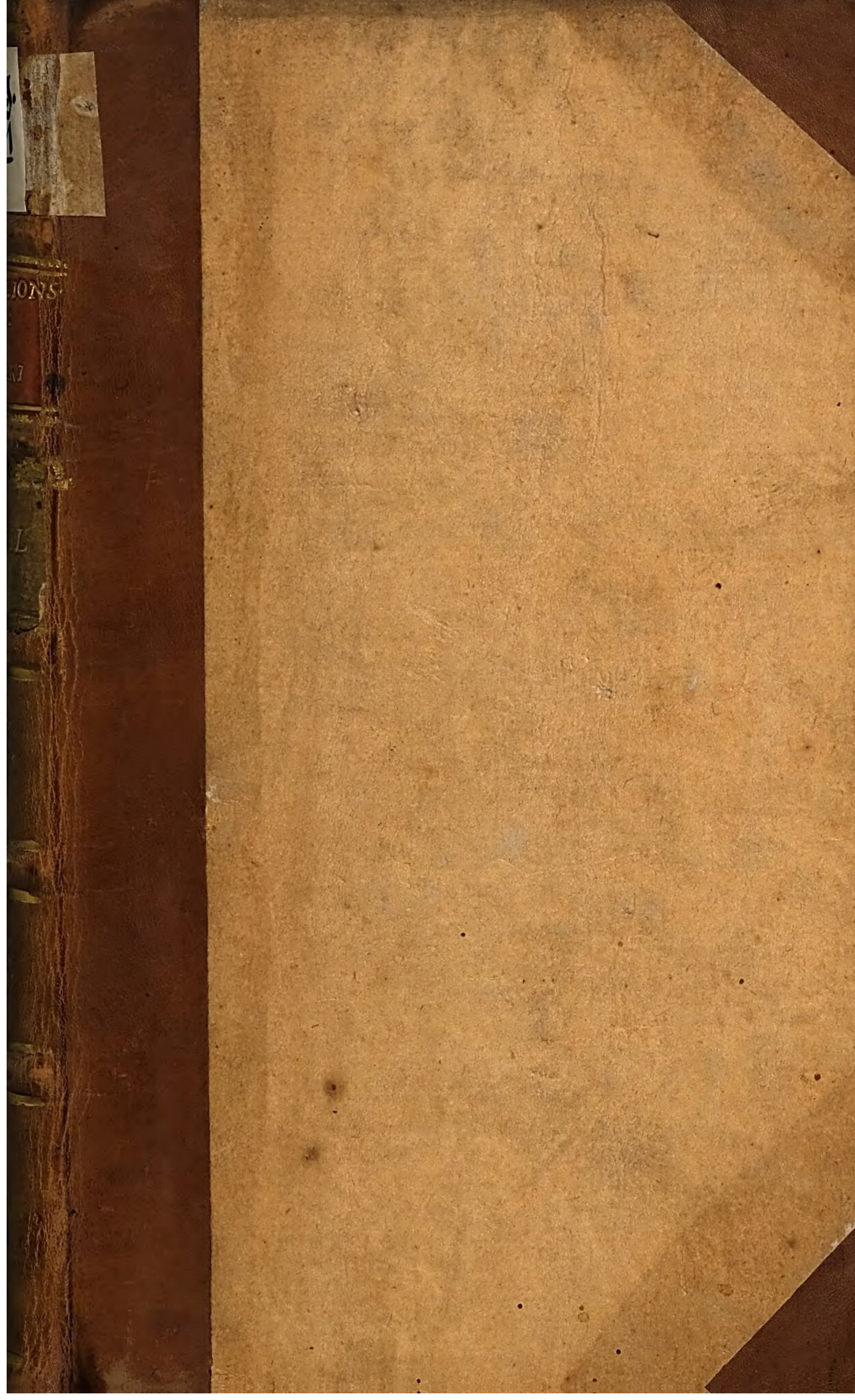
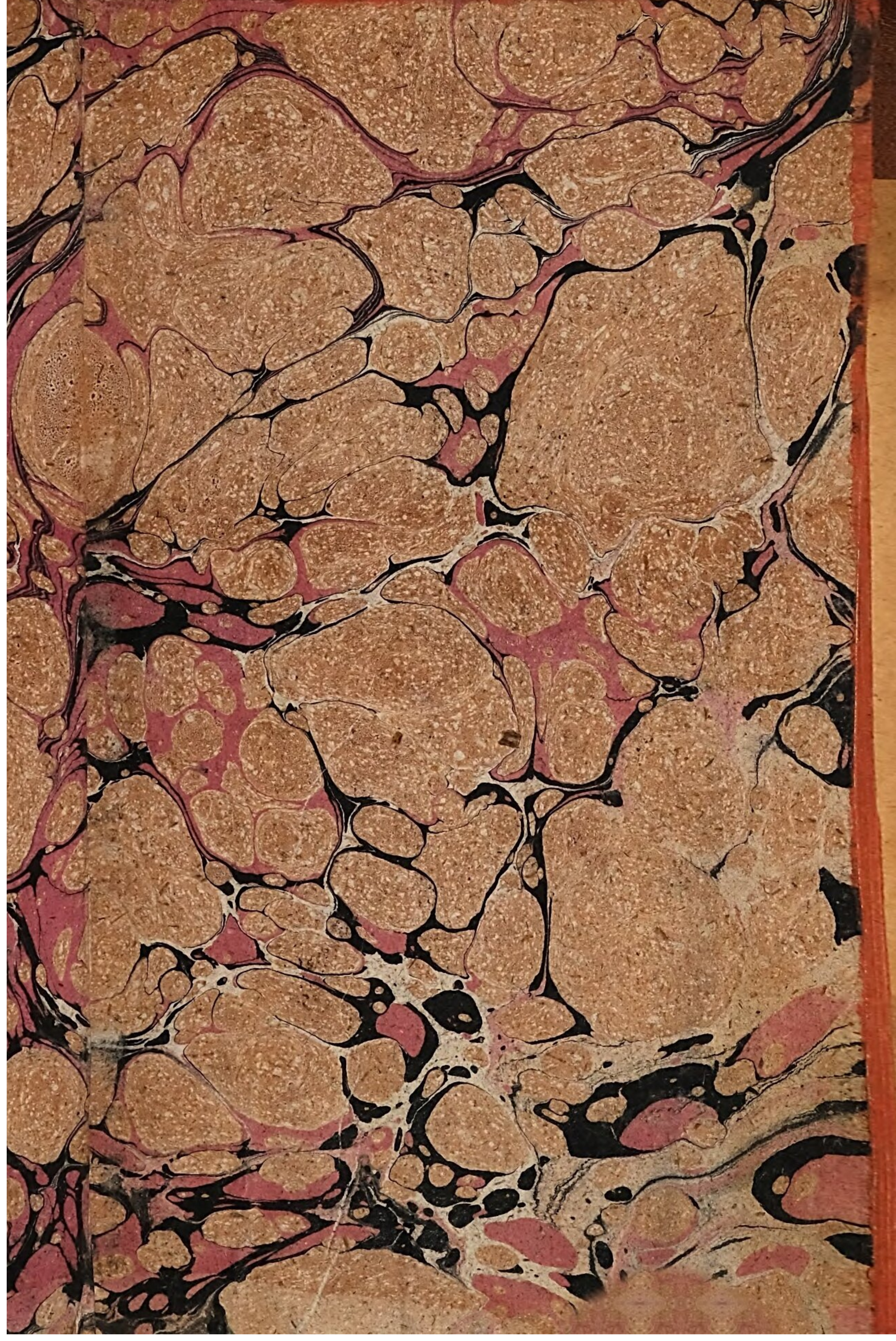








D. K. 8.

Coll. leg.
211
1

Der
Deputations-Recefs

mit
historischen, geographischen und statistischen
Erläuterungen
und einer

Vergleichungs-Tafel

von
Adam Christian Gaspari.

Grundgesetze lösen sich auf der festesten Staaten,
Und es lös't der Besitz sich los vom alten
Besitzer,
Freund sich los von Freund; so lös't sich Liebe
von Liebe.

GÖTTE.

Erster Theil.

Hamburg,
bey Friedrich Perthes.
1805.

Depositions-Beceils

historischen, geographischen und statistischen

Erklärung

und einer

Vergleichungstafel

von

Adam Christian Geopfert

und dessen Sohn, in der Stadt Bamberg

im Jahr 1794

Verlag

der Buchhandlung von J. G. Neumann

Staats-
Bibliothek
Bamberg

I.

E i n l e i t u n g.

Beym Schlusse meiner Erläuterungen des (ersten) Französisch-Russischen Entschädigungs-Plans ward bekannt, daß die hohen Vermittler wegen der vielen gegen denselben eingegangenen Reclamationen einen Nachtrag herausgeben würden, der das ganze Entschädigungswerk und zugleich die ganze Entschädigungsmasse vollends erschöpfen sollte. Statt eines Nachtrags erschien aber ein zweyter vollständiger allgemeiner Plan (Plan général), eine Wiederholung des ersten mit den beliebten Abänderungen und Zusätzen, welcher sich nicht einmal mit dem, was man nun einmal zur Entschädigungsmasse zu ziehen für gut gefunden hatte,

den Stiftsgütern und den Reichsstädten begnügt, sondern seinen Wirkungskreis sogar über alte Erblande ausbreitet. Dieser neue Plan ward der Reichsdeputation am 8. October 1802 übergeben, von dieser am 21. d. M. angenommen, und mit den Verfügungen, welche er unmittelbar nöthig macht, am 23. November in einen Hauptschluss der außerordentlichen Reichsdeputation gebracht. Doch auch mit diesem Hauptschlusse sind späterhin wieder Veränderungen vorgenommen worden, und einzelne Modificationen werden bis zum Deputations-Abschiede noch immer Veränderungen unterworfen bleiben.

Ich habe versprochen, meinen Lesern den angekündigten Nachtrag mit den nöthigen Erläuterungen mitzutheilen, und könnte mich hier lediglich auf die Veränderungen und Zusätze einschränken, welche der erste Plan in der Folge erhalten hat. Damit aber meine Leser ein Ganzes haben mögen, gebe ich hier nicht nur einen kurzen Begriff von den Verhandlungen der Reichs-Deputation, sondern lasse auch den ganzen Deputations-Hauptschluss unabgekürzt

abdrucken, und füge demselben sowohl die Abweichungen vom ersten Plan, und die nachher mit demselben beliebten Veränderungen, als auch die nöthigen Erläuterungen bey, die sich jedoch auf meine Erläuterungen des ersten Plans beziehen, so daß man diese Schrift theils als Fortsetzung der vorigen, theils als unabhängig von derselben ansehen kann.

Nach den ausdrücklichen Bestimmungen des Lüneviller Friedens sollte den erblichen Reichsständen für ihren durch die Rheingränze verursachten Verlust nur Ersatz gegeben werden. Allein bey der Entwerfung des Plans zur Ausführung dieser Friedens-Bedingung gieng man von einem ganz andern, dem Frieden völlig fremden Grundsätze aus. Man nahm an, es sey in Deutschland ein Gleichgewicht nöthig — gewesen — durch den Krieg vernichtet — folglich wieder herzustellen. Das hier gemeyste Gleichgewicht kann sich auf nichts anders als auf Oestreich oder den Kaiser beziehen. Man will Oestreich, welchem

die Kaiserwürde gleichsam anklebend ist, einen haltbaren Damm im Deutschen Reiche entgegensetzen. Da diese Wiederherstellung des Gleichgewichts durch vorzügliche Begünstigung der größern verliehrenden Stände, beynahe mehr Einfluss auf den Entschädigungs-Plan gehabt zu haben scheint, als der Friede selbst, der bloße Entschädigung zur Pflicht machte: so muß nothwendig der Erläuterung des Plans eine kurze Untersuchung über das Deutsche Gleichgewicht vorangehen.

Alles dreht sich um folgende Fragen: Was versteht man unter Gleichgewicht im Deutschen Reiche? Ist ein solches vorhanden gewesen? Wer hat das Recht es herzustellen oder einzurichten? — Gleichgewicht in einem Staate kann nur in einer solchen Einschränkung der höchsten Gewalt bestehen, welche jeden Misbrauch zum Nachtheil des Staats und seiner Angehörigen verhütet. Dieß ist Gleichgewicht des Rechts. Es beruhet auf den Grundgesetzen und der innern Organisation des Staats, welche keine unbedingte Ausübung der höchsten Gewalt

zuläfst; auf einem gerechten Verhältnisse der verschiedenen Stände gegen einander, vom höchsten bis zum niedrigsten. Ein solches kann kein Staat entbehren. Gleichgewicht unter Staaten besteht in dem Verhältnisse der militairischen Kräfte gegen einander, welches so abgemessen seyn muß, daß kein Staat die übrigen überwältigen oder von sich abhängig machen könne. Dieß ist Gleichgewicht der Macht. Es beruht, da unmöglich alle Staaten einander gleich gemacht werden können, auf dem Beystande, welchen andere Staaten dem minder mächtigen gegen den mächtigen zu rechter Zeit leisten. Geschieht dieß nicht, so werden der Staaten immer weniger, diese immer größer, und die letzten reiben sich unter einander selbst auf, bis endlich Einer die übrigen untergetreten hat, der dann wieder nothwendig durch irgend eine langsame oder plötzliche Revolution in mehrere Staaten sich zersplittern muß, worauf der Zirkel von neuem anfängt.

Das Deutsche Reich ist ein aus vielen einzelnen Gebieten zusammengesetzter Staat.

Es bedarf also ein doppeltes Gleichgewicht, sowohl des Rechts als der Macht. Aber auch das Gleichgewicht des Rechts muß wieder doppelt seyn, nämlich der einzelnen Gebiete gegen das Ganze und dessen Haupt, und eines jeden besondern Gebiets in sich selbst. Das Gleichgewicht der Macht bezieht sich auf eine solche Vertheilung der militairischen Kräfte, daß kein einzelner Stand alle übrigen aufwiege.

Ist ein solches Gleichgewicht in Deutschland vorhanden gewesen? ist es noch vorhanden? wo ist es? — Man kann diese Fragen nicht beantworten, ohne einen Rückblick auf die Geschichte der Deutschen Staatsverfassung zu thun, und eine gedrängte Uebersicht derselben wird hier nicht am unrechten Orte stehen.

II.

Historische Uebersicht der Deutschen Constitution. *)

Vor Carl dem Großen war Deutschland unter sehr viele, theils Deutsche, theils Slavische, Völker getheilt. Jene wurden nach Plinius unter fünf, nach Tacitus aber unter vier Hauptstämmen begriffen, in welchen letztern man die Deutschen Hauptvölker, Franken, Sachsen, Schwaben (Allemannen) und Bayern zu erkennen glaubt. Dieß waren aber doch nur Verbindungen der kleinen Völkerschaften gegen die Römer, woraus dann Völkernamen wurden. Die Slaven, welche in die verlassenen Sitze der Vandalen, Burgunder u. a. an der Ostsee und Elbe aus Polen einrückten, waren ebenfalls in viele Völkerschaften getheilt; und unterschieden sich dadurch in ihrer Verfassung wesentlich von den Deutschen, daß jede von Anfang an von einem

*) Nach Pütter, Häberlin u. a.

erblichen Könige oder Fürsten beherrscht wurde, jede Deutsche Völkerschaft hingegen nur im Kriege gemeinschaftliche Sache unter einem gewählten Könige, Heertog oder First machte, dessen Gewalt mit dem Kriege ein Ende hatte, im Frieden aber jeder Stamm oder Gau, ja jedes freye Geschlecht, unabhängig für sich war. In Friedenszeiten pflegten jedoch die Gaue (kleine Bezirke, in welchen die freyen Geschlechter zusammenhielten) sich oft erfahrene Graue (Grave, Grafen) zu Richtern zu wählen. Unter den Franken und einigen andern Stämmen scheint die Befehlshaberschaft früh in Einer Familie geblieben zu seyn. Dem Meroveus folgte als Heerführer eines Fränkischen Stammes am Mittelrheine sein Sohn Childerich, der mit seinem Stamme in die Niederlande hinabrückte, und diesem sein Sohn Chlodowig, der Stifter der Fränkischen Monarchie in Gallien.

Diese Monarchie, eine bloße Eroberung, unterwarf sich bald einen ansehnlichen Theil von Deutschland, namentlich, nicht nur alle übrigen Fränkischen Stämme, die bis dahin

unter eigenen Anführern gestanden hatten, sondern auch den größten Theil des damaligen Thüringens mit Hülfe der Sachsen, und Allemannien, (woraus drey Provinzen gemacht wurden, West-Franken auf der linken Rheinseite, Ost-Franken, aus Stücken von Thüringen und Allemannien zusammengesetzt und mit einer Fränkischen Colonie besetzt, auf der rechten Rheinseite, und Schwaben, welches einen Herzog unter des Königs Hoheit erhielt;) wie auch Bayern, und außer Deutschland das Reich der Burgunder und den Theil des Ostgothischen diesseit der Alpen. Bayern, das sich auf Bedingung ergeben hatte, behielt seine erblichen Herzoge, jedoch unter Fränkischer Hoheit. Den Gauen setzten die Monarchen Grafen als Richter und Rentmeister vor, die von ihrer Willkühr abhiengen. Sie gaben auch von ihren Eroberungen viele Güter an verdiente Männer auf Widerruf oder auf Lebenszeit. Ursprung des Lehnswesens und des Unterschieds zwischen Lehn und Eigenthum. Von den Deutschen Hauptstämmen fehlten der Fränkischen Monarchie

nur noch die Sachsen, welche Carl der Grosse nach einem sehr langen und harten Kampfe zu einer Vereinigung mit den Franken bewog, und als ein besonderes, den Franken gleiches Volk, beherrschte. (Daher der Unterschied zwischen Fränkischem und Sächsischem Rechte bis diesen Tag.) Carl unterwarf sich das Longobardische Königreich, und den größten Theil Italiens mit Rom, wo er im Jahre 800 die Römische Kaiserwürde des Occidents erneuerte. Er steckte den Herzog von Bayern, der sich gegen ihn auflehnte, in ein Kloster, übernahm selbst das Herzogthum, und liess es durch einen Statthalter, und die Gaue desselben durch Grafen regieren. Den Provinzen an den Gränzen der Slaven und Hunnen wurden Markgrafen vorgesetzt. Von Deutschland führten die Fränkischen Monarchen keinen besondern Titel: es ward mit unter dem Königreiche der Franken begriffen, wenn man es nicht unter Austrasien verstehen will, welches bey den Theilungen im Merovingischen Hause öfter eigene Könige erhielt.

In der Theilung zu Verdün zwischen Ludwigs des Fr. Söhnen (A. 843) erhielt Ludewig der Deutsche den Theil der Fränkischen Monarchie, der auf der rechten Seite des Rheines lag, nebst den Gegenden um Mainz, Worms und Speyer auf dem linken Ufer (Deutschland). Von da bis an die Flüsse Rhone, Saone, Maas und Schelde erstreckte sich Lothars Reich (Lothringen), der auch noch Italien mit der Kaiserwürde bekam. Von da reichte das westliche Fränkische Reich (Frankreich), Carls des Kahlen Erbtheil, bis an die Pyrenäen. Hier also erster Anfang des Deutschen Reichs! Denn jetzt erst erscheint Deutschland als ein besonderes Reich in der Geschichte.

Die Fränkischen Könige durften ihr freyes und kriegerisches Volk nicht despotisch regieren. Sie zogen die Großen des Reichs in wichtigen Dingen aus Staatsklugheit zu Rathe, und es finden sich schon sehr frühe Spuren von jährlichen Reichsversammlungen, aber keine, daß der König in irgend einer Sache an deren Einwilligung wäre

gebunden gewesen. Schon unter den Merovingern hatten die Großen sich sehr emporgehoben, bis die ersten Carolinger, und besonders Carl der Große, die Rechte der Krone wieder mit Nachdruck handhabten. Allein während der schwachen und verwirrten Regierung Ludewigs des Frommen nahm das Ansehen der Krone merklich ab, und das der Stände zu. Diefes geschah noch mehr bey den Streitigkeiten seiner Nachkommen, weil jede Partey die Gunst der Großen durch Bewilligung von Freyheiten und Vorrechten erkaufte. Die Einfälle und Streifereyen der Normänner und Wenden machten rathsam, wieder gröfsere Befehlshaber oder Herzoge anzusetzen, welche Würde Carl der Gr. nach und nach hatte eingehen lassen, z. B. einen Herzog in Thüringen und einen in Sachsen. Und diese Herzoge nahmen sich schon zuweilen mehr heraus, als bloßen Staatsbedienten zukam, und manchmal setzte sich der Sohn eines Herzogs bey seines Vaters Tode in den Besitz des Herzogthums, ehe der König ihn ernannte. Die Unsicherheit vor den Einfällen

der Barbaren, und der Mangel an Schutz von Seiten des Hofes veranlafste die Vermögenden, Geistliche und Weltliche, selbst für ihre Vertheidigung zu sorgen. Sie erbauten feste Burgen und Bergschlösser, gaben Rittern Ländereyen auf die Bedingung, ihnen als Vasallen im Felde oder als Burgmänner zu dienen, maafsten sich also des Befestigungs- und Bewaffnungs-Rechts an, und fiengen auch sogleich an, es gegen Reisende und Nachbarn zu Raub und Selbsthülfe zu misbrauchen. Ursprung des Faustrechts. Alle königlichen Befehle dagegen, und selbst manche harte Strafen, halfen nichts, weil der Grund des Uebels nicht gehoben wurde. Das Lehnswesen stieg schnell bis zum fürchterlichsten Unfug. Alle innern Einrichtungen bezogen sich blofs auf Angriff und Vertheidigung. Krieg und Fehde war die erste, einzig ehrenvolle Beschäftigung der Freyen. Der Bauernstand versank in Slaverey, und das königliche Ansehen verminderte sich zusehends. Schon A. 851 versprachen die drey fränkischen Könige durch die Umstände genöthigt einander auf ihrer

Zusammenkunft zu Mersen, und wieder 860 zu Coblenz, ihre Stände (welche die Erzbischöfe, Bischöfe und reiche Prälaten, dann die Herzoge, Grafen und Dynasten oder grofse Landeigenthümer ausmachten,) nicht nur in ihren Rechten und Würden zu lassen, sondern sie auch als *veri adjutores* und *cooperatores* in den Reichsangelegenheiten anzusehn. Erste gesetzmäßige Einschränkung der königlichen Gewalt durch die Stände.

Nach dem vermeyntlichen Aussterben von Lothars Linie ward dessen Reich, das meist von Deutschen Völkern bewohnt war, A. 870 zwischen Frankreich und Deutschland getheilt, Frankreich aber nach zehn Jahren gezwungen, es gänzlich dem Deutschen Reiche zu überlassen. Doch lösten sich noch unter Frankreichs Hoheit die Landschaften zwischen der Rhone, Saone und dem Gebirge Jura davon ab, und errichteten (A. 879) ein eigenes Burgundisches Königreich. Ludwigs des Deutschen Söhne theilten sich nach dessen Tode in Deutschland: Carlmann nahm Bayern und Böhmen, Ludewig Sach-

sen und Franken, Carl der Dicke Schwaben und Lothringen. Nach dem erbenlosen Absterben der beyden ersten bekam Carl nicht nur deren Antheile, sondern auch nach Carls des Kahlen Tode Italien mit der Kaiserwürde, und nach dem Aussterben der Französischen Linie A. 884 auch Frankreich dazu, und hatte also die Carolingische Monarchie wieder beysammen. Allein Arnulf, ein natürlicher Sohn Carlmanns und von seinem Vater zum Herzog von Kärnthen bestellt, benutzte die Unzufriedenheit der Stände über Carls schimpflihen Frieden mit den Normännern, und ward auf dem Reichstage zu Tribur A. 887 zum Könige ausgerufen. Gleich darauf starb Carl, und mit ihm gieng das Carolingische Haus im ehelichen Mannsstamme aus.

Das mit dem Deutschen Reiche völlig vereinigte Lotharingen, welchem man Herzoge vorgesetzt hatte, erkannte Arnulfen; Frankreich aber wählte sich einen andern König, und von der Zeit an sind Deutschland und Frankreich zwey getrennte, von einander unabhängige Reiche geblieben. Zu

gleicher Zeit errichteten die Einwohner der nachherigen Schweiz und Savoyen noch ein Burgundisches Reich, und wählten einen Welfen zum Könige; aber beyde Burgundische Reiche diesseit und jenseit des Jura vereinigten sich bald unter dem Namen des Burgundischen oder Arelatischen Reichs, welches nach dem Aussterben dieser Welfischen Linie 1033 ebenfalls vertragsmäfsig mit dem Deutschen Reiche vereinigt wurde.

Arnulf, welcher in der Carolingischen Staatsverfassung keine Aenderung machte, hatte mit Einwilligung der Stände seinen minderjährigen Sohn zum Nachfolger, mit welchem dieser Stamm ausgieng. Die Stände wählten also wieder einen König, der ebenfalls erblos starb, und dann den Sächsischen Herzog Heinrich. Dieser schnell auf einander folgenden Wahlen ohngeachtet war man von der Erblichkeit des Throns in dem einmal gewählten Stamme überzeugt. Doch vergrößerten die öftern Wahlen und die fortwauernden Streifereyen der Barbaren die Gewalt der Herzoge immer mehr, und in Bayern, Sachsen und Lothringen regierten

sie fast unabhängig. Heinrich, der als König Sachsen behielt, brachte Bayern und Lothringen wieder zum Gehorsam, und legte viele neue Städte an, wodurch ein neuer freyer Stand, der Bürgerstand, sich bildete. Bey seinem Tode folgte ihm von seinen Söhnen nur Einer, statt daß nach der alten Fränkischen Verfassung mehrere Söhne sich immer in das Reich theilten. Anfang der Untheilbarkeit des Reichs, aber nicht der Primogenitur. Die Stände hatten Einfluß auf die Thronfolge, die doch immer beym regierenden Stamme blieb. Daher ließ der Monarch gemeiniglich bey seinem Leben dem Sohne die Nachfolge versichern. Bey Otto's feyerlicher Krönung (sie war einige Male unterblieben) streiten sich schon die Erzbischöfe von Mainz, Trier und Cöln, wer sie verrichten sollte, und bey der Tafel erscheinen vier Herzoge in den Verrichtungen der vier ersten (Erz-) Hofämter. Das Kanzleramt verrichtete aber damals noch jeder Erzbischof der eben bey Hofe war. *)

*) In ganz Deutschland führten damals die Geist-

Otto eroberte die Lombardey, und liefs sich wieder die Kaiserkrone, und die Italienische aufsetzen. Um diese Zeit fieng man an, den Römischen Kaiser für das weltliche Oberhaupt der ganzen Christenheit, für den Herrn der Welt, auszugeben, dessen Oberhoheit alle Könige anerkennen müßten, weil man sich ihn als den Nachfolger der alten Römischen Kaiser dachte, und das Römische Staatsrecht von Justinian auf ihn übertrug. Otto bezwang die Wenden größtentheils, gab Sachsen wieder einen eigenen Herzog, und theilte Lothringen in zwey Herzogthümer Ober- und Nieder-Lothringen; doch besetzte er die Herzogthümer gern mit Personen aus seinem Hause. Denn jetzt schon machten die Herzoge und Grafen deutliche Ansprüche auf eine größere Macht, als ihnen die bloße Befehlshaberschaft nach der alten Fränkischen Verfassung zugestand, und ar-

lichen allein die Feder, weil sonst nicht leicht Jemand lesen und schreiben konnte, und noch dazu alle Acten in lateinischer Sprache verfaßt wurden.

beiteten daran, ihre Staatsbedienungen erblich, und die Krongüter, die ihnen zur Besoldung dienten, eigenthümlich zu machen. Dagegen bedienten sich die Monarchen der Erzbischöfe und Bischöfe, *) deren Wahl meist von ihnen abhieng, als eines Gegengewichts, und setzten den Herzogen Pfalzgrafen zur Seite als königliche Landrichter, Verwalter der königlichen Kammergüter, und Stellvertreter der Herzoge in deren Abwesenheit. Dies geschah in Lothringen, Sachsen, Schwaben und Bayern. Es half aber nicht lange. Die Pfalzgrafen wurden erst erblich, wie die Herzoge, und dann mit diesen in einerley Personen vereinigt. Nur die

2 *

*) Von Anfang an wurden in Deutschland geistliche Stiftungen mit Ländereyen ausgestattet, die sich bald der Gerichtsbarkeit der Grafen entzogen. Der hohe Clerus erschien daher, theils als Landbesitzer, theils weil er in Staatsgeschäften unentbehrlich, und meist aus den ersten Häusern genommen war, unter den Großen des Reichs, und endlich unser den Landesregenten.

Lothringischen oder Rheinischen Pfalzgrafen haben ihren Rang und ihre Würde bis auf unsere Tage behauptet. Um das Jahr 1000 scheint durch eine Vereinbarung zwischen Kaiser und Pabst bestimmt worden zu seyn, daß der jedesmalige Deutsche König das Römische Kaiserthum und Italienische Königreich in Anspruch zu nehmen berechtigt seyn sollte. Doch ist über diese Real-Verbindung keine Urkunde, nicht einmal eine genaue Nachricht vorhanden.

Nach dem Aussterben des Sächsischen Mannsstammes gelangte das herzoglich Fränkische Haus durch freye Wahl auf den Thron. Diese geschah noch von der ganzen, auf beyden Seiten des Rheins zwischen Maynz und Worms gelagerten, aus den sämtlichen Ständen mit ihrem bewaffneten Gefolge bestehenden Volksmenge; doch hatte der Erzbischof von Maynz die erste Stimme. Der erste aus diesem Hause war der letzte Deutsche König, dem das Recht zur kaiserlichen und Langobardischen Krone bestritten wurde. Doch blieb das Langobardische Reich dem Deutschen unterworfen, wie es seit sei-

ner Eroberung dem Carolingischen gewesen war. Als aber unter Conrad II. Burgund ausstarb, ward dieß Königreich dergestalt mit dem Deutschen vereinigt, daß die Stände desselben den Deutschen Ständen gleich gehalten, und mit Sitz und Stimme zu den Reichsversammlungen gezogen wurden. Conrad konnte diesen auf Tractaten gegründeten Rückfall nicht ohne den Gebrauch der Waffen zur Wirklichkeit bringen, und seit der Zeit hat Frankreich unablässig an dem ehemaligen Lotharischen Reiche genagt, bis es endlich nach 920 Jahren seit dessen erster Vereinigung mit Deutschland den letzten Rest desselben, und noch das überrheinische Stück von Ludwigs des Deutschen Reiche nebst dem größten Theile des Langobardischen Reichs dazu, verschlungen hat.

Heinrich der III. machte der schon hie und da Platz ergriffenen Erblichkeit der Herzogthümer ein Ende, und schaltete mit denselben nach Willkühr. Aber unter der Minderjährigkeit Heinrichs des IV. in der letzten Hälfte des eilften Jahrhunderts vereinigte sich der Pabst Hildebrand (der sich über

die Kaiser erhob, statt daß seine Vorfahren unter den Kaisern gestanden hatten) mit den herrschsüchtigen Großen des Reichs, um das kaiserliche Ansehen gänzlich zu untergraben. Die Geistlichkeit ward dem Pabste allein unterworfen, und die Bischofswahlen, welche bisher bey dem Clerus und dem Volke eines jeden Bisthums gewesen waren, kamen nach und nach bloß in die Hände der Domcapitel, welche zugleich ihre heutige Verfassung annahmen. Daher machten sich die Bischöfe wenig mehr aus dem Kaiser. Die Kreuzzüge wurden in Gang gebracht, und halfen auf mancherley Art zum Umsturz der kaiserlichen Gewalt.

Der Anfang des zwölften Jahrhunderts ist zugleich der Anfang der Erblichkeit der Herzogthümer und Grafschaften. Zuerst fiengen die Grafschaften an erblich zu werden, und nicht mehr bloße Würden, sondern Landesbezirke mit Inbegrif der ursprünglich kaiserlichen Güter zu bezeichnen, und es ward gewöhnlich, den Sohn eines Grafen bey Besetzung seines Amts nicht zu übergelassen. Die Grafen und ihre Grafschaften wurden

nun nach ihren Sitzen benannt; die Namen der Gauen verlohren sich allmählig, und nur noch einige wenige blieben zur Bezeichnung gewisser Gegenden. *) Den Herzogthümern und andern weltlichen Fürstenthümern ward zwar die Erblichkeit nicht so leicht zugestanden; doch haben die Familien, welche um diese Zeit Herzogthümer besaßen, dieselben fortgeerbt, wenn sie nicht durch Kriege und Achtserklärungen darum kamen. Es währte auch nicht lange, so theilte man sogar diese ehemaligen kaiserlichen Gouvernements und Gerichte unter mehrere Söhne. So ward Deutschland **) in kurzer Zeit in eine unglaubliche Menge Fürstenthümer und Grafschaften getheilt, der weit ältern Dynastien nicht zu gedenken; aber die meisten jener alten Häuser sind seitdem ausgestorben.

Uebergang der kaiserlichen Be-

*) Auch die Gogerichte z. B. im Münsterischen haben noch daher ihren Namen.

**) In Lothringen und Burgund war das Erbrecht noch früher üblich, weil deren Stände von den Deutschen Monarchen theils mehr geschont, theils weniger beachtet wurden.

fehlshaberschaften und Aemter in erbliche Fürstenthümer und Grafschaften.

Schon unter Heinrich dem IV. hatte Pabst Hildebrand verlangt, daß jeder Kaiser durch völlig freye Wahl zum Thron gelangen, und kein Prinz aus seinem Hause ein Recht auf denselben haben solle. Nach dem Aussterben des Fränkischen Kaiserstammes ward dieß durchgesetzt. Man wählte drey Kaiser nacheinander (von 1125 bis 1152), ohne sich an irgend ein Haus zu binden, und erhob so den Versuch zu einem herkömmlichen Gesetz. So ward Deutschland, welches man nun das Römische Reich nannte, ein freyes Wahlreich. Nachher blieb man zwar mehr bey einem Hause, doch immer mit freyer Wahl, ohne ein Erbrecht zuzugestehn.

Bey der Wahl des ersten dieser drey Kaiser, Lothars, kamen zwar noch die sämmtlichen geistlichen und weltlichen Stände zusammen, aber von der Wahl selbst wird gesagt, daß sie durch sechs bis acht Reichserzbeamte geschehen, und von den übrigen

Ständen genehmigt worden sey. Zugleich findet man Böhmen als Erzschenken, Pfalz als Erztruchseß, Sachsen als Erzmarschall, und Brandenburg als Erzkämmerer genannt; ja, in einer Urkunde von 1156 schon den Namen Electores. Ursprung der Churfürsten. Frankfurt sah man schon für den ordentlichen Wahlort, und Aachen für die Krönungsstadt an.

Gegen das Ende des zwölften Jahrhunderts gieng durch Heinrichs des Löwen Achtserklärung die sonderbare Versetzung des Herzogthums Sachsen vor, da der Name auf bisher Wendische Länder übergetragen, das wahre Sachsen aber (aus Ohnmacht der neuen Herzoge aus dem Ascanischen Stamme) ein Raub der geistlichen Fürsten von Magdeburg an bis Cöln hinab wurde, und die ihm unterworfen gewesenen Wendischen Fürsten (Mecklenburg und Pommern) die Unmittelbarkeit erhielten.

Einige Kaiser von Geist und Thätigkeit hoben doch das kaiserliche Ansehen in Deutschland und Italien wieder empor, und selbst die Demüthigung Heinrichs des Lö-

wen, des mächtigsten Deutschen Fürsten, bewies, was ein Kaiser noch vermochte. Allein es kam doch darauf an, ob er den mehrern Theil der Stände auf seiner Seite hatte, und die größern mußte er mehr durch Bitten als Befehle zu seinen Absichten geneigt machen. Die Anmaßungen der Stände in der Regierung ihrer Landesbezirke giengen immer weiter, wurden allmählich zum Herkommen, und endlich sah sich der Kaiser Friedrich der II. genöthigt, 1220 den geistlichen, und 1232 den weltlichen Ständen Urkunden auszustellen, durch welche den letztern alle Freyheit und Gerichtsbarkeit in ihrem Lande, es möchte Lehn oder Eigenthum seyn, nach dem gebilligten Herkommen überlassen wurde. In der erstern ward schon ein Unterschied zwischen den Städten des Kaisers und der Fürsten gemacht. Die Städte der geistlichen Fürsten sollten nur dann unter kaiserlicher Hoheit stehen, wenn der Kaiser ein feyerliches Hoflager daselbst hielt, sonst aber unter der völligen Gewalt des Fürsten. Also war nun jeder Bischof und Abt, jeder Fürst, Graf und Dynast Regent

in seinem Lande, und die Städte, Klöster und Gutsherrn in demselben, die bisher den Kaiser allein für ihren Regenten erkannt hatten, standen nun zunächst unter ihm, und dann erst unter dem Kaiser. Anfang der gesetzmäßigen Landeshoheit.

So wie aber der Kaiser in den Angelegenheiten des Reichs die Reichsstände zu Rathe zog: so durften diese sich es um so weniger einfallen lassen, in ihren Landesbezirken willkürlich zu regieren, da es ihnen an den Zwangsmitteln fehlte, sondern mußten wieder in ihren Ländern den Rath der Vorsteher der Klöster, der Städte und Gutsbesitzer (Ritterschaft) hören, welche mit dem Rechte der Selbsthülfe (vermöge des Faustrechts) auch die Waffen in Händen hatten. Ursprung der Landstände und Landtage. Kleine Länder, in welchen es damals weder Klöster noch Rittergüter oder Städte gab, erhielten auch keine landschaftliche Verfassung, und wenn dergleichen nachher zusammen fielen, und einen größern Staat bildeten: so blieb dieser doch ohne Landstände.

So war nun Deutschland zwar im Ganzen genommen noch Ein Reich, aber ein zusammengesetzter Staatskörper, dessen einzelne Glieder wieder eigene Gebiete ausmachten, die nur noch als Theile des Ganzen demselben untergeordnet waren. Nur das gemeinschaftliche Oberhaupt liefs dieses Gewimmel von Gebieten noch für ein Ganzes ansehen. Das Oberhaupt selbst hatte aufser seinen eigenthümlichen Gütern nichts mehr in seinem Reiche als die ihm übrig gelassenen freyen kaiserlichen Städte, hier und da noch Kammergüter und Einkünfte, die aber nach und nach veräußert wurden, und die Gerichtsbarkeit über die Reichsstände in ihren Streitigkeiten mit einander und in den Appellationen gegen ihre Aussprüche. Zum Behuf dieser Rechtspflege ward auf dem Reichstage 1235 verordnet, daß beständig ein Hofrichter seyn sollte, der anstatt des Kaisers täglich zu Gerichte sitzen, und nach dem Ausspruche von Beysitzern, die man allemal nahm, wie sie zur Hand waren, in des Kaisers Namen Recht sprechen sollte. Der Hofrichter mußte von hohem

Stande seyn, weil er über Reichsstände richten sollte, und nach einem uralten Deutschen Herkommen jeder freye Deutsche nur von seines gleichen gerichtet werden konnte. Die Fälle, da es an Leib, Ehre, Recht, Erbe oder Lehn eines Reichsstandes gieng, behielt sich der Kaiser selbst vor, um sie nämlich durch das gewöhnliche Fürstenrecht unter seinem Vorsitze auszumachen. Weil aber die Vollziehung des Urtheils nicht immer bewerkstelligt werden konnte, und es beschwerlich war, dem herumwandernden Hofe nachzuziehen: so hielt man sich lieber an Befehdungen oder gütliche Austräge durch Mittelsmänner.

Um die Mitte des dreyzehnten Jahrhunderts, also gerade in der verwirrten Zeit des sogenannten grossen Interregnums, starben drey der grössten Deutschen Häuser aus, nämlich 1246 das Babenbergisch - Oestreichische, 1247 das Thüringische, und 1269 das Hohenstaufische, welches eine grosse Veränderung im Deutschen Staatssystem hervorbrachte. Oestreich wandte Kaiser Rudolph von Habsburg seinem Sohne zu,

und es ward unter diesem neuen Regentensamme die Grundlage und der Hauptsitz einer der größten Monarchien Europens. Die Landgrafschaft *) Thüringen ward in zwey Landgrafschaften getheilt, wovon die eine an Meissen, die andere unter dem Namen Hessen an die weibliche Nachkommenschaft der ausgestorbenen Landgrafen kam. Aber noch größere Folgen hatte das Aussterben des Hohenstaufischen Hauses. Denn da die drey Herzogthümer desselben, Franken, Schwaben und Elsaß, unbesetzt blieben: so griff jeder zu, wer Hände hatte. Besonders hoben sich die Häuser Baden und Wirtemberg. Viele Städte und viele Prälaturen machten sich reichsfrey, und die Ritter, die bisher unter den Herzogen gestanden hatten, sahen nun sich und ihre Güter für frey von

*) Vor Alters Königreich, dann Herzogthum. Man hatte aber schon längst mehrern Herzogthümern und ansehnlichen Landstrecken Landgrafen vorgesetzt, welche, so wie die Markgrafen, und die Burggrafen der kaiserlichen Burgen den bloßen Grafen vorgiengen, und sich an die Herzoge anschlossen.

aller landesherrlichen Gewalt an. Ursprung der Reichsritterschaft in Schwaben, Franken und am Rheine. Hieraus ist die erstaunliche Zerstückelung jener Gegenden zu erklären. Wie mußte es in der Verfassung eines Reiches aussehen, in welchem sich eine Anzahl Städte nicht bloß zur Erhaltung der Ruhe und Beschützung des Handels verbinden konnte, sondern welche für ihre Rechnung mit auswärtigen Mächten Kriege führten, Friedensschlossen, Bündnisse errichteten! und das waren nicht etwa freye kaiserliche, sondern mehrentheils mittelbare Städte!

Um die Mitte des dreyzehnten Jahrhunderts findet man die Zahl der sieben Churfürsten als festgesetzt. Die drey geistlichen waren die ersten und ältesten Erzbischöfe im Reiche, und den drey Kanzleyen vorgesetzt; die vier weltlichen hatten die höchsten Hofämter. Bayern war nicht darunter, vermuthlich weil es 1215 die Pfalz am Rheine erhalten oder auch weil es kein Erzamt hatte; doch erklärte Rudolph, daß Pfalz und Bayern Antheil an der Churwürde, jedoch nur mit Einer Stimme, haben sollten. Dem Könige

von Böhmen machte man die Churwürde streitig, weil er kein Deutscher, sondern ein Wendischer Fürst sey; aber Rudolph bestätigte sie ihm. Die Churfürsten hatten sich auch um diese Zeit schon in solches Ansehen gesetzt, daß der Kaiser sie sogar in wichtigen Gnadenverleihungen z. E. von Anwartschaften, Zöllen u. s. w. zu Rathe ziehen mußte, und keine für gültig angesehen wurde, die ohne ihre Einwilligung ertheilt war.

So groß auch das Ansehen Kaiser Rudolphs war: so übergiengen doch anfangs die Churfürsten seinen Sohn Albrecht, und wählten Adolph von Nassau, der aber wieder ein Beyspiel von der Absetzung eines Römisch-Deutschen Kaisers gab. Weil jedoch nur fünf Churfürsten dieselbe einseitig unternommen hatten: so sah man sie für eine unregelmäßige Handlung an, auf welche kein rechtliches Herkommen begründet werden könne.

Unter Kaiser Heinrich dem VII. von Lützenburg starb das Wendisch - Böhmisches Haus aus, und der Kaiser fand Mittel, Böhmen, durch eine Heyraih seinem Sohne zu

verschaffen. Es machte aber noch ein anderer Fürst Anspruch darauf, und da im Hause Sachsen die Linien Wittenberg und Lauenburg über die Churwürde stritten: so erschienen nach Heinrichs Tode neun Churfürsten bey der Wahl. Vier wählten Friedrich von Oestreich, und fünf Ludwig von Bayern. Der Pabst eignete sich über diesen Streit den richterlichen Ausspruch zu, belegte Ludwigen mit dem Bann, und ganz Deutschland mit dem Interdict. Man merkte, daß Frankreich mit im Spiele war. Die Churfürsten, die mit Recht die Unabhängigkeit des Reichs und ihre Wahlfreyheit für verletzt hielten, schlossen zu Rense 1338 einen Verein, zur Vertheidigung ihrer Rechte immer gemeinsame Sache zu machen, und einander mit aller Macht beyzustehen; auch unter sich die Mehrheit der Stimmen gelten zu lassen. Erster Churverein, der seitdem sehr oft wiederholt worden ist, und noch besteht. Hierauf beschloß der Reichstag: daß der von den Churfürsten erwählte vermöge dieser Wahl für den wahren Römi-

schen König gehalten werden solle, ohne weder einer päpstlichen noch eines Andern Bestätigung oder Einwilligung zu bedürfen, bey Strafe des Majestätsverbrechens. Doch konnte es der Pabst noch dahin bringen, daß fünf Churfürsten den Böhmischen Kronprinzen Carl den IV. zum Gegenkaiser Ludewigs, und nach Ludewigs Tode andere Churfürsten den Grafen Günther von Schwarzburg zum Gegenkaiser Carls erwählten.

Diese Verwirrung veranlaßte Carl den IV., die unter dem Namen der Goldenen Bulle bekannte Verordnung mit Zuthun der Churfürsten und des Reichs zu entwerfen. Erstes Reichs-Grundgesetz. *) Dasselbe kennt zwar nicht mehr und nicht we-

*) Es hat ein sonderbares, auf die Zeitumstände sich beziehendes Prooemium, und fängt mit den Worten an: Omne Regnum in se divisum desolabitur; nam principes ejus facti sunt socii furum. — Dic superbia, quomodo in Lucifero regnasses, si divisionem auxiliatricem non habuisses? Dic Sathan invide, quomodo Adam de Paradyso ejecisses, nisi eum ab Obedientia divisisses? etc.

niger als sieben Churfürsten, nämlich drey geistliche und vier weltliche, sagt aber doch auch nirgends, daß ihrer nicht mehr oder weniger seyn könnten. Bayerns ward in demselben gar nicht gedacht, und in Ansehung Sachsens für Wittenberg entschieden. Es erklärte die Churlande für untheilbar, und setzte für selbige die Erbfolge nach der Erstgeburt fest.

Je mehr das Ansehen der Reichsstände als Landesregenten und Theilnehmer an den Reichsgeschäften stieg, desto mehr sank die kaiserliche Gewalt. Die Kaiser, ungewiß, ob die Krone bey ihrem Hause bleiben würde, hatten kein Interesse bey der Erhaltung der kaiserlichen Einkünfte, und suchten sie nur für sich aufs beste zu benutzen, sogar durch Veräußerung der noch übrigen Kammergüter und einträglichen Rechte.*) So kam es bald

*) Es sind allerdings noch beträchtliche kaiserliche Güter vorhanden; sie sind aber in dieser Zeit an Reichsstände verpfändet worden, und man hat in neuern Zeiten den Kaiser in der Wahlcapitulation verpflichtet, niemals an deren Wiedereinlösung zu denken.

dahin, daß die Einkünfte der Krone nicht mehr zum Unterhalt des Monarchen zureichten, und man die Wahl auf Fürsten richten mußte, deren Erblande ihnen schon Macht und Ansehn gaben. Nun zogen auch die Kaiser nicht mehr auf den Kammergütern, von denen sonst ganz Deutschland voll gewesen war, umher, sondern blieben in der Hauptstadt ihrer Erblande, wie Ludewig der Bayer in München, Carl der IV. in Prag. Eine ganz natürliche und unvermeidliche Folge hievon war: daß der Kaiser mehr für sein Erbland sorgte, als für das Reich, das aus lauter ihm nicht gehörigen Gebieten bestand; daß er aber doch von seiner Würde die möglichsten Vorthelle zu ziehen suchte, das Reich in seine Hauskriege mischte, und im Collisionsfalle das Interesse des Reichs dem seines Hauses nachsetzte, so wie jeder Reichsstand es ebenfalls that.

Ursprünglich wurden durch Herzogthümer ganze Völker bezeichnet, und auch die übrigen Titel, als Markgrafen, Landgrafen, Pfalzgrafen, Burggrafen und andere Grafen hafteten auf den Landen. Die erste Aus-

nahme erlaubte man sich mit Oestreich, dessen Markgraf nach Heinrichs des Stolzen Achtserklärung das Herzogthum Bayern erhalten hatte, aber an Heinrich den Löwen wieder abtreten mußte, wofür der Kaiser die bisherige Markgrafschaft Oestreich zu einem Herzogthum mit vielen Vorzügen erhob. Nach Heinrichs des Löwen Achtserklärung wurden die Pommerischen und bald hernach die Mecklenburgischen Fürsten zu Herzogen erklärt, theils um diese Wendischen Fürsten gleichsam zu naturalisiren, theils um sie der Hoheit der Sächsischen Herzoge zu entziehen. Für die Nachkommen dieses Heinrichs erhob man Braunschweig und Lüneburg zu einem Herzogthum, und für die Nachkommen der Schwester des letzten Landgrafen von Thüringen das Hessenland zu einer Landgrafschaft; aber beyde Länder, vorhin freyes Eigenthum, mußten dem Kaiser zu Lehn gegeben werden. Daraus bildete sich nach und nach der Begriff von Standeserhöhungen als einem Ausflusse der kaiserlichen Hoheit. Da nun wegen ihres Vorzugs auf den Reichstagen die Herzoge, nebst den Land- Pfalz-

Burg- und Markgrafen, sich von den Grafen, und die Bischöfe von den Prälaten trennten, und durch den allgemeinen Namen der Fürsten unterschieden wurden: so gab der Kaiser nicht nur einigen der größern Grafen und Prälaten ebenfalls die Fürstenwürde, welche dann gefürstet hießen, sondern sogar mehreren Grafen die herzogliche, wodurch deren Länder Herzogthümer wurden, mit allen daran klebenden Vorzügen. Die Grafen, deren Zahl durch das Aussterben vieler Familien noch mehr abnahm, suchten sich durch Vereine in ihrem Ansehen zu erhalten, verschlimmerten aber dadurch ihre Lage. Denn nun kam es bald dahin, daß man auf den Reichstagen jedem Verein nur Eine Stimme zugestand, statt daß jeder Fürst eine hatte. Dieß geschah dann auch mit den Prälaten. Doch erhielten diese Curiatstimmen erst 1654 ihre heutige Einrichtung.

Unter Friedrich dem III. waren die Reichstage so häufig, daß sowohl der Kaiser als die Stände selten mehr persönlich erschienen. Es ward Gewohnheit, Abgeordnete zu schicken, von welchen die des Kaisers Commissarien

hiessen, und bekanntlich noch heißen. Die Abgeordneten der Reichsstädte theilten sich zuerst 1474 in zwey Bänke. So bildete sich die Form des Reichstags.

Das Faustrecht dauerte indessen immer fort, und stieg im vierzehnten und funfzehnten Jahrhundert auf einen Grad, der ganz Deutschland einer Mördergrube ähnlich machte. Man fühlte das Uebel sehr, und suchte es zu mindern. Die goldene Bulle verbot alle Fehden, die nicht drey Tage vorher ordentlich angekündigt worden wären; man machte öfter Landfrieden, aber nur für gewisse Gegenden, oder auf gewisse Jahre. Die meiste Wirkung thaten noch bewaffnete Verbindungen einzelner Stände zur Handhabung der Ruhe, wie der Schwäbische Bund war. Endlich sah man ein, daß nur ein allgemeiner und ewiger Landfriede, und zugleich ein Tribunal zur Beurtheilung der Streitigkeiten, das Uebel von Grund aus heben könne. Die Reichsstände machten den Entwurf dazu, aber die Kaiser waren saumselig, ihn auszuführen. Selbst Max der I. mußte 1495 gleichsam dazu gezwungen werden, und hatte dafür die Kränkung, daß

man seine Erinnerungen über den Entwurf wenig achtete, und sich ein Uebergewicht der Stände über den Kaiser in dieser Gesetzgebung zeigte. Alle Selbsthülfe und alle Beschädigung ward verboten, und jeder Anspruch an die Gerichte verwiesen. Das Tribunal, Kammergericht genannt, bekam einen Richter, der anstatt des Kaisers zu Gerichte saß, und Urtheiler (Assessoren,) welche auf Lebenszeit ernannt wurden: eine Einrichtung, die damals in Deutschland ganz neu war, aber bald von andern Gerichten nachgeahmt wurde. Der Richter mußte von hohem Adel seyn, weil hier auch über Fürsten gerichtet werden sollte; doch liefs man von dem Grundsatze, nur von seines gleichen gerichtet zu werden, so viel nach, daß die Assessoren theils von Adel, theils graduirte Rechtsgelehrte seyn sollten. Da man nicht gleich genug tüchtige Männer finden konnte: so repartirte man die Anzahl der Assessoren auf die Churfürsten, die Erblande des Kaisers und die sechs Kreise, in welche die übrigen Stände getheilt waren. Hierdurch erhielt man die geschicktesten Männer aus allen

Theilen des Reichs, welche der mannichfaltigen Rechte kundig waren, und die Stände erhielten zugleich ein wichtiges Vorrecht, mußten aber auch den Unterhalt des Kammergerichts übernehmen, der seitdem durch Kammerziele (Termine) aufgebracht wird: die einzige beständige Reichssteuer. Bald hernach fand man auch gerathen, eine jährliche Visitation des Kammergerichts anzuordnen, welche aber schon 1588 zum größten Nachtheil des Gerichts und des kaiserlichen Ansehens aufhörte. An eine militairische Macht, wodurch das Gericht sich der Vollstreckung seiner Aussprüche versichern konnte, hatte man nicht gedacht, und es bediente sich anfangs des wohlgerüsteten Schwäbischen Bundes dazu.

Die Stände giengen nun schon so weit, daß sie dem Kaiser ein Reichsregiment als einen beständigen Rath an die Seite setzen wollten. Hierzu sollte jeder Churfürst einen, von den Erblanden des Kaisers Oesterreich und Burgund auch jedes einen Repräsentanten stellen. Das ganze übrige Deutschland theilte man in sechs Kreise, nämlich Franken,

Schwaben, Bayern, Oberrhein, Niederrhein oder Westphalen, und Sachsen, wovon ebenfalls jeder einen Repräsentanten hergeben sollte. Das Reichsregiment hatte zwar keinen Fortgang, aber die Eintheilung des Reichs behielt man bey, anfangs nur zur Besetzung des Kammergerichts; doch bald kam man auf den Gedanken, daß sie auch zur Handhabung des Landfriedens und Vollstreckung der Kammergerichts Urtheile von Nutzen seyn könnte, theilte nun auch das übrige Deutschland vollends in Kreise, so daß zu den sechs alten noch vier neue kamen, nämlich Oestreich, Burgund, Churrhein, und Obersachsen (Chursachsen und Brandenburg, wozu man die gelegensten Stände des alten Sächsischen Kreises schlug, der nun den Namen des Niedersächsischen erhielt,) und ließ jeden Kreis einen Hauptmann oder Obersten wählen, um nöthigen Falls das zu jenen Zwecken vom Kreise aufzubringende Heer anzuführen.

Eintheilung des Reichs in Kreise.
Sie geschah 1512. Daß Böhmen mit den damals von ihm abhängenden Ländern nicht darunter war, hatte folgende Ursache. Bey

dem ersten Churverein war Böhmen nicht gegenwärtig, weil es an Frankreich hieng; und bey den nächsten folgenden aus zufälligen Ursachen ebenfalls nicht. Darüber hätte es beynahe die Churwürde und Reichsstandschafft verlohren. Denn selbst die Reichsgesetze sprachen seitdem immer nur von sechs Churfürsten, und die Verbindung Böhmens mit dem Reiche war damals so schlaff, daß man es nicht mehr zu demselben rechnete, folglich in der Eintheilung völlig übergieng.

Schon 1501 hatte der Kaiser einen Hofrath errichtet für Sachen, die sowohl aus dem Reiche als aus seinen Erblanden an seine Person gelangen sollten. Da diese sich zu sehr häuften, so wurden dem Hofrathe bloß die Reichssachen überlassen, und er hieß nun Reichshofrath. Gleich nach seiner Entstehung wollte er sich in die Justiz des Reichs mischen, aber die Stände behaupteten standhaft die Würde des Kammergerichts als des einzigen höchsten Reichsgerichts, und erst im folgenden Jahrhundert erhielt es mit diesem concurrente Jurisdiction, in deren Besitz es noch ist. Das Fürstenrecht in

Sachen, die eines Fürsten Person, Ehre und Leben, oder ein ganzes Fürstenthum betreffen, blieb noch, und ward selbst von Max 1504 ausgeübt. Auch die Austräge blieben nicht nur, sondern wurden sogar förmlich legalisirt, und zu einer Instanz erhoben, von welcher man jedoch nun zum Reichsgerichte fortgehen konnte, weil sie für eine beständige kaiserliche Commission erklärt wurden. Das Kammergericht urtheilte also in letzter Instanz über mittelbare Mitglieder des Reichs, die sich durch ihre Landesgerichte beschwert fanden, und über unmittelbare, die mit den Aussprüchen der Austrägal - Instanz nicht zufrieden waren; und nur für Landfriedensbruchs - Sachen war es die erste und einzige Instanz: späterhin sind noch einige Fälle dazu gekommen. Nach dem Muster des Kammergerichts wurden nun in allen beträchtlichen Deutschen Staaten Hofgerichte errichtet, wobey die Landstände concurrirten, wie es bey jenem die Reichsstände gethan hatten. Aber auch hier traten die (nach dem Wiener Muster) neu errichteten Regierungen ein, und zogen

die Justiz an sich, wenn nicht die Landstände es verwehrten. Kurz, die Deutschen Staaten erhielten damals ihre meistens noch bestehende innere Organisation. Die Reichsstände benutzten sie, um sich von der bisherigen Concurrenz des Kaisers in der Ausübung ihrer landesherrlichen Gewalt ohne förmliches Gesetz völlig los zu machen.

Die Wahl Carls des V. gab Gelegenheit zu einem neuen Fundamentalgesetz. Man fürchtete die große Macht dieses Monarchen. Der Churfürst von Sachsen schlug daher vor, ihn nur unter gewissen Bedingungen zu wählen, die er beschwören müsse. Die Churfürsten setzten also einen Vertrag auf, welcher die Art bestimmte, wie der Kaiser die Regierung führen sollte, und Carl beschwor ihn. Ursprung der kaiserlichen Wahlcapitulation, welche seitdem, wiewohl mit vielen Abänderungen und Zusätzen, jedem Kaiser bey der Wahl vorgelegt worden, und als das allerwichtigste Reichsgrundgesetz anzusehen ist. Die erste enthielt nichts, was nicht im Herkommen gegründet, oder doch dem gesamten Reiche offenbar nützlich war.

Die Stände ließen sich daher dieselbe gefallen. Nachher aber warf man die Frage auf: ob die Churfürsten befugt wären, ein solches Fundamentalgesetz ohne Zuziehung der übrigen Stände zu entwerfen, und erst 1711 ward in Folge des Westphälischen Friedens eine beständige Wahlcapitulation als ein allgemeines Reichsgrundgesetz entworfen, die doch auch weder ganz angenommen, noch ohne beträchtliche Zusätze geblieben ist. Die nächstkünftige wird einer gänzlichen Umarbeitung bedürfen.

Die Reformation äußerte sehr früh einen starken Einfluß auf das Deutsche Staatssystem. Sehr frühe wurden zwischen deren Gegnern, hauptsächlich durch die Säcularisation von Preussen, das erste Beyspiel der Art, veranlaßt, Offensive, und zwischen deren Freunden defensive Bündnisse geschlossen. Schon 1529, als die Majorität der Stände Schlüsse gegen die weitere Ausbreitung der Reformation faßte, ward die Frage aufgeworfen: ob man in Gewissenssachen der Mehrheit der Stimmen des Reichstags sich zu unterwerfen verpflichtet sey? Die Schmal-

kaldischen Bundesgenossen, obgleich die geringere Zahl der Stände, bildeten doch eine dem Kaiser und der größern katholischen Zahl furchtbare Macht, und nach ihrer Demüthigung war der Kaiser gleichsam Herr von ganz Deutschland, bis ihn der Churfürst Moriz von Sachsen, nur mit einem sehr entfernten Bundesgenossen, zum Passauer Vertrage zwang, der den Religionsfrieden, ein neues Reichsgrundgesetz, zur Folge hatte. Von dieser Zeit an wurzelte sich die Meynung ein, daß vom Schicksale der Protestanten die Freyheit des Reichs abhängen. Man hielt es daher für einen glücklichen Umstand, daß von den sechs Churfürsten die drey weltlichen evangelisch waren. Dieses Gleichgewicht im Churfürstenrathe mußte zugleich der katholischen Majorität im Fürstenrathe zum Gegengewichte dienen. Denn der geistliche Vorbehalt hinderte es, daß nicht mehrere katholische Stifter evangelisch wurden.

Unter Carl dem V. erhielt das Kammergericht und der Landfriede völlige Befestigung, und die Kreisverfassung eine zweckmäßigere Einrichtung. In jedem Kreise

bekam der erste Fürst im Range, oder wo ein geistlicher und weltlicher Fürst sich um den Rang stritten, jeder von ihnen, den Auftrag, die kaiserlichen Erklärungen den Mitgliedern des Kreises zu communiciren, und diese zusammen zu berufen. So entstanden kreisausschreibende Fürsten und Kreistage. Die Bewegungen des unruhigen Markgrafen Albrechts, der den Passauer Vertrag nicht annehmen wollte, veranlafsten 1554 einige Kreise, sich noch enger zu verbinden, und in ordentlichen Wehrstand zu setzen. Diese Einrichtung nahmen die übrigen Kreise sogleich an, und daraus entstand die Reichsexecutions-Ordnung. Eine Reichsmatrikel oder Verzeichniß der sämtlichen Stände mit Bestimmung des Beytrags eines jeden an Volk und Geld war schon im Hussitenkriege gemacht worden, und wurde 1521 für den Römerzug, den Carl vorhatte, neu entworfen. Der Zug unterblieb, aber die Matrikel ward unvermerkt die Richtschnur des Reichssteuereufusses, wofür sie bis auf die Caducitäten und Moderationen noch jetzt gilt, nur daß die Truppenzahl

nach einem monatlichen Unterhaltungs - Anschlage, zum Behuf außerordentlicher Reichssteuern, welche daher noch immer R ö m e r - m o n a t e heißen, in Geld verwandelt wurde. Dagegen wurde 1543 verordnet, daß die Reichssteuern von den Landschaften, und nicht mehr wie bisher von den Kammergütern, bezahlt werden sollten. Anstatt daß vorher die Landesregenten von den Unterthanen keine Steuern erhoben hatten, als wenn die Landstände zuweilen eine aus freyem guten Willen bewilligt hatten, ward es jetzt zuerst eine Schuldigkeit, die dann bey mehrern Gelegenheiten wiederholt, und bald eine fortwährende Bürde wurde. Die Reichsritterschaft, welche weder unter den zehn Kreisen noch in der Reichsmatrikel begriffen war, und sich unter dem Vorwande der persönlichen Kriegsdienste den Steuern entziehen wollte, mußte sich doch zu Charitativ - Subsidien verstehen. Eben dieß war auch der Fall mit der Ritterschaft in den meisten Deutschen Staaten.

Bis zum letzten Viertel des sechszehnten

Jahrhunderts hatten alle Söhne in allen fürstlichen und gräflichen Häusern gleiches Erbrecht, und theilten entweder oder führten die Regierung gemeinschaftlich, oder wechselten mit derselben ab. Nur für die eigentlichen Churlande hatte die Goldene Bulle das Recht der Erstgeburt festgesetzt, und nur Brandenburg hatte schon 1473 verordnet, daß außer den Fränkischen Landen, welche damals jüngere Linien erhielten, alle übrigen Lande und künftigen Erwerbungen unzerrennt beysammen bleiben sollten, und hatte dadurch den ersten Grund zu seiner Größe gelegt. Jetzt führten mehrere Häuser das Erstgeburtsrecht ein, worin Oestreich voran gieng. Die Folge war, daß bald mehrere Häuser ausstarben, und daß der Reichstag eine andere Gestalt bekam. Vorher hatte jedes Haus so viele Stimmen, als regierende Herren desselben vorhanden waren. Nun nahm man den richtigern Grundsatz, daß die Stimmen nicht auf den Familien, sondern auf den Landen hafteten, und den Reichstag von 1582 zur Norm an. So viele Stimmen ein Haus wegen seiner Lande auf

diesem Reichstage gehabt hatte, so viele behielt es, wenn gleich Linien desselben erloschen oder errichtet wurden, und die Stimme, die ein Land 1582 gehabt hatte, blieb auf dem Lande bey jedem Wechsel des Regenten haften, hingegen blieb das Land, wegen dessen auf diesem Reichstage keine Stimme geführt wurde, für immer ohne Stimme. Da vorhin keinem neuen Fürsten der Eintritt in den Fürstenrath verweigert worden war: so half jetzt die Standeserhöhung nichts dazu. Die Reichsstände erlaubten das Stimmrecht keinem ohne ihren besondern Beschluß, und die Stimme mußte auf ein reichsunmittelbares Land radiciret werden. Hierzu wurde der Kaiser 1711 durch die Wahlcapitulation verbindlich gemacht.

Politische und religiöse Ursachen erzeugten erst die unter den Namen der Union und der Ligue bekannten Verbindungen der Protestanten und Katholiken gegen einander, und endlich den dreyßigjährigen Krieg. Während desselben ward 1) die Religions-Gleichheit der sechs Churfürsten auf immer

aufgehoben, indem Bayern die Pfälzische Chur bekam; 2) der Hippolitus a Lapidē geschrieben, welcher den Reichsständen die Ehrfurcht gegen die kaiserliche Machtvollkommenheit vollends benahm, und dagegen ein ganz neues Staatsrecht einführte. Durch den Westphälischen Frieden wurden 1) die Vereinten Niederlande und die Schweiz, die Lothringischen Bisthümer und der Elsass, so weit er Oestreich gehört hatte, gänzlich vom Reiche losgerissen; 2) eine fremde Krone als Reichsstand aufgenommen: ein Fall, der bis diesen Tag in seiner Art einzig ist; 3) das erste Beyspiel von Säcularisationen in Deutschland gegeben, welche aber lauter evangelisch gewordene Stifter und einige Johanniter - Commenden traf, (doch war, was wohl zu merken ist, bey den Friedensunterhandlungen auch schon die Rede von Säcularisation katholischer Stifter;) 4) das erste Beyspiel von Errichtung neuer Churwürden gegeben, (doch rechnete man damals Böhmen nicht, so daß die von der Goldenen Bulle geheiligte Zahl 7 zu bleiben schien;) 5) den Evangelischen völlig gleiche

Rechte mit den Katholiken gegeben, und unter jenen auch die Reformirten begriffen; 6) die Mehrheit der Stimmen auf dem Reichstage, wenn beyde Religionstheile verschiedener Meynung sind, für ungültig erklärt, so daß der streitige Gegenstand bloß durch gütlichen Vergleich entschieden werden kann; 7) den Reichsständen ihre hergebrachten Vorrechte, Freyheit, Privilegien, freye Ausübung des Territorial - Rechts in geistlichen und weltlichen, Besitzungen und Regalien (d. h. die Landeshoheit) bekräftigt; 8) den Reichsständen noch ausdrücklich das Recht der Bündnisse unter sich und mit Auswärtigen, wie die Erhaltung und Sicherheit eines jeden erfordert, nur nicht gegen Kaiser und Reich, den Land- und den Westphälischen Frieden, sondern dem Eyde, womit jeder dem Kaiser und Reiche verpflichtet ist, gemäß, zugestanden; 9) den Stimmen der Reichsstädte mit denen der übrigen Stände gleicher Werth beygelegt (vorher wollte man ihnen nur eine gutachtliche Stimme einräumen), ohne jedoch eine Mehrheit der Stimmen unter den drey Collegien des Reichstags

einzuführen; 10) das völlig freye Stimmrecht und die Einwilligung der Stände auf dem Reichstage in allen Berathschlagungen über Reichsangelegenheiten, vornämlich über Gesetze, Steuern, Stellung und Einquartierung von Truppen, Festungswerke, Krieg, Frieden und Bündnisse, ausbedungen; 11) die concurrente Jurisdiction des Reichshofraths mit dem Kammergerichte gesetzlich gemacht, und beyden eine dem Religionsfrieden angemessene Einrichtung gegeben; 12) dem Kaiser aber frey gestellt, ob er noch ein Fürstenrecht halten wolle oder nicht, welches auch seitdem unterblieben, und an dessen Stelle der Reichshofrath getreten ist. Das Verfahren bey der Reichsacht, welche sonst zum Fürstenrechte gehörte, und der Kaiser bisher misbräuchlich als ein Reservatrecht ausgeübt hatte, sollte, wie viele andere wichtige Theile der Verfassung, auf dem nächsten Reichstage festgestellt werden; diess geschah aber erst 1711 durch einen Reichsschluss, der die Acht meist in die Hände der Stände gab. Der Friede selbst ward für ein Reichs-Fundamental-

Gesetz erklärt, und jeder Theilhaber desselben (von Auswärtigen also Frankreich und Schweden) zur Vertheidigung seines Inhalts d. i. zur Gewährleistung desselben, folglich beynahe der ganzen Deutschen Staatsverfassung, sofern sie darin Bestimmungen erhalten hatte, verpflichtet.

Von allen im Westphälischen Frieden auf den nächsten Reichstag, der in sechs Monaten gehalten werden sollte, aber erst nach beynahe fünf Jahren anfieng, verschoben, in die Reichsverfassung eingreifenden Materien ward nichts ausgemacht, und der Reichsabschied von 1654 (der jüngste oder letzte) beschäftigte sich mehrentheils mit dem Kammergerichte. Doch setzte er auch fest, daß die Unterthanen den Reichsständen zur Besetzung und Erhaltung der nöthigen Festungen und Garnisonen mit hülfflichem Beytrage an Hand zu gehen schuldig seyn sollten. Also ein neuer Grund der Besteuerung, dem sich mehrere Landschaften vergebens widersetzen. Bey Gelegenheit der gleich darauf ausbrechenden heftigen Streitigkeiten über das Simultaneum bekam das Corpus evan-

gelicum seine heutige Verfassung. Die ungewöhnlich harte Wahlcapitulation Leopolds des Ersten entzog zuerst den Unterthanen bedeutende Rechte, die sie bis dahin gehabt hatten, und machte sie den Landesregenten noch mehr unterwürfig. Man nahm nämlich den Landschaften die ausschließliche Verwaltung der Steuercasse, und das Recht eigenmächtiger Landtage und Convente. So erweiterten die Regenten ihre privative Gewalt über ihre Unterthanen, die doch auch zugleich Unterthanen von Kaiser und Reich sind, immer mehr.

Der Reichstag, welcher 1663 eröffnet wurde, verzog sich durch Anhäufung der Geschäfte so sehr in die Länge, dafs er endlich ohne Absicht immerwährend wurde. Man fand zuletzt die beständige Fortdauer desselben eben so nützlich als bequem, und dachte nicht mehr an einen Reichsabschied. Dadurch erhielt die Staatsform einige neue Modificationen. Das wichtige Vorrecht des Kaisers, nach eigenem Ermessen der Nothwendigkeit die Stände zum Reichstage zusammen zu berufen und wieder zu entlassen,

ward gleichsam auf immer suspendirt. Statt dafs bisher das Beschicken des Reichstags durch Bevollmächtigte eine Ausnahme gemacht hatte, ward es nun zur Regel, von der schon längst gar keine Ausnahme mehr statt findet, welche aber den Gang der Geschäfte langweilig und gezirkelt macht. Daher sind oft die wichtigsten Sachen bey den Höfen schon abgethan, wenn sie pro forma an den Reichstag kommen, und dieser hat mehr das Ansehen eines Congresses freyer Staaten als einer Versammlung von Ständen Eines Reichs.

Sobald der Reichstag anfieng, sich in die Länge zu ziehen, eilten die Stände, die Kosten davon auf die Unterthanen zu wälzen. Ein Gesetz von 1670 verpflichtete die Unterthanen, die Legationskosten zu Reichs- und Kreistagen zu tragen; aber ein Versuch der Stände, sich zu Despoten ihrer Reichsangehörigen Unterthanen zu machen, der schon zu einem Reichsgutachten gediehen war, mislang damals. Doch behielt die Willkühr noch Spielraum genug. Die heutige Reichskriegsverfassung ward erst

1681 eingerichtet. Sie ist bekanntlich sehr schlecht, aber die alte war noch sehr viel schlechter.

Auf einen 1690 den Churfürsten gethanen Vorschlag erklärte der Kaiser 1692 eine neue Chur, und ertheilte die Lehen darüber. Der Kaiser behandelte die Sache als eine zu seinen Reservatrechten gehörige Standeserhöhung; die Stände sahen aber die Ertheilung einer solchen Würde von einer andern Seite an. Nach einem sehr heftigen Streite, der bis zu Kriegsrüstungen stieg, ward die neue Chur 1708 in Activität gesetzt, und zugleich Böhmen wieder in das Churcollegium zugelassen. Doch hatte der Kaiser schon 1706 dem Reiche die Versicherung gegeben, dafs keine neue Churwürde ohne des Reichs Einwilligung eingeführt, und dieß dem Reichsabschiede als ein Fundamental-Gesetz eingerückt werden sollte. Da die gegenwärtige Errichtung neuer Churen einen Theil der Declarationen und des Deputations-Recesses ausmacht: so ist sie zugleich mit diesem dem Reiche zur Einwilligung vorgelegt worden.

Die Constitution blieb nun lange Zeit

ohne bedeutende Zusätze und Veränderungen, wiewohl nicht ohne merkliche Erschütterungen, welche mehrentheils die Religion veranlafste. Eine der merkwürdigsten war der Streit über die Religionseigenschaft der Westphälischen und Fränkischen Grafen, der nicht nur die 1767 wieder eröffnete, heilsame und nöthige Kammergerichts-Visitation 1776 plötzlich sprengte, sondern auch den Reichstag fünf Jahre lang (1780 - 84) in völlige Unthätigkeit versetzte, bis es, nicht zu einer gesetzlichen Entscheidung, sondern nur zu einer einstweiligen Beylegung kam. So kann ein kleiner Umstand, der hundertste Theil eines Drittels, die ganze Maschine zum Stillstande bringen.

Die zum Theil gewaltthätigen, zum Theil zweydeutigen Schritte, welche sich Joseph der Zweyte sowohl gegen benachbarte Reichstände, als auch anderwärts im Reiche, und sogar auf dem Reichstage erlaubte, und die Grundsätze, die seine politischen Handlungen überhaupt verriethen, erregten solche Besorgnisse, daß man die Constitution selbst in Gefahr glaubte. Unleugbar dachte Joseph,

dieser staatskluge und liebenswürdige Despot, auf Erweiterung der kaiserlichen Gewalt. Als er aber, um die zerstreuten Kräfte seiner Staaten zu concentriren, ein altes Churfürstenthum verpflanzen, und aus einem mächtigen Churfürsten einen ohnmächtigen König machen wollte, traten die vornehmsten Stände des Reichs in einen engen Bund zur unverrückten Erhaltung der Constitution und der Besitzungen eines jeden Standes. Das Recht der Stände zu einem solchen Bündniß, das man damals bestreiten wollte, giebt ihnen das Herkommen und die Constitution. So schlossen 1661 verschiedene Reichsstände einen Bund zur Erhaltung ihrer Regalien, besonders des Rechts der Bündnisse, des Kriegs und Friedens. Joseph, bald hernach in mehrere weit aussehende Händel verflochten, mußte nachgeben.

Eine bemerkenswerthe Modification erhielt die Reichsverfassung 1790 durch einen Beschluß der Reichsstände, vermöge dessen der Reichstag auch im Zwischenreiche unter der Leitung der Vicarien fortgesetzt werden soll. Jedoch erhalten die Vicarien keine

Reichsgutachten, sondern vielmehr Reichsschlüsse, welche sie nicht ratificiren, sondern nur acceptiren, und welche in der nächsten Wahlcapitulation zur Bestätigung einge-
rückt werden sollen. Ueber das von den Vicarien verlangte wichtige Recht, solche Reichsschlüsse suspendiren zu dürfen, ist noch nichts entschieden. Also unterscheidet sich der kaiserliche Antheil an der Gesetzgebung und Regierung des Reichs noch wesentlich von dem der Vicarien. Allein die Sache hat doch eine sehr bedenkliche Seite, von welcher zu reden hier der Ort nicht ist.

So bildete sich sehr allmählig, nicht nach einem überdachten Plan als Resultat philosophischer Untersuchungen, sondern meist zufällig, die sonderbare, künstliche, verwickelte Maschine, Deutsche Staatsverfassung genannt. Sie ist noch nicht ganz ausgebildet, und wird es wahrscheinlich niemals werden.

Was ist nun Deutschland vermöge seiner Fundamentalgesetze und seines Herkommens? Es ist kein Staatensystem, kein Föederalstaat, aus einzelnen unabhängigen

Staaten zusammengesetzt, und blofs zur gemeinschaftlichen Vertheidigung vereint: (wiewohl es dem Ausländer und dem oberflächlichen Beobachter so erscheinen muß:) es ist ein einziger Staat; keine Aristokratie, sondern eine durch Stände eingeschränkte Monarchie: ein Königreich — in Germanien König, schreibt sich der Monarch von Deutschlands wegen. Der König ist Monarch. Er allein hat die Regierung des Reichs; die Stände haben keine Mitregierung, sondern nur Mitberathung, Gutachten. Der König regiert mit Zuziehung der Stände. Er kann aufser seinen Reservat - Rechten nichts ohne die Stände thun; aber noch viel weniger können es die Stände ohne Ihn. Die höchste Autorität ist also bey der Gesamtheit des Reichs und bey dem Monarchen, von welchem jede andere Autorität im Reiche ursprünglich abstammt. Jede andere Autorität war anfangs Usurpation, ward durch Nachsicht und Schwäche der Könige erst Gewohnheit, dann Recht, und endlich Gesetz. Durch den König sind die Stände, was sie sind; von Ihm kommt ihre Würde, ihr

Recht; Er ist über alle erhaben, und allein im ganzen Reiche unabhängig. Er ist der oberste Regent und die Quelle aller landesherrlichen Gewalt in den sämtlichen Reichslanden; Er ist der oberste Richter und die Quelle aller Gerichtsbarkeit im ganzen Reiche.

Aber dem Monarchen ist in seinem ganzen Reiche kein Fußbreit Landes unmittelbar unterworfen. Dasselbe ist in eine Menge von Gebieten getheilt, welche sich nicht nur nach den allgemeinen Gesetzen des Reichs, sondern auch nach eigenen Gesetzen, selbst regieren. Diese Territorien, fast insgesamt Reichsstände, haben (von nun an) fast alle monarchische Erb-Regenten, welche Landesherren heißen,*) ohngeachtet sie nur

*) Aber darum doch nicht Herren des Landes sind, welche damit nach Gutfinden schalten und walten können. „Sie müssen nicht denken, daß die Länder nur ihrethalben da sind, oder daß nur eine Anzahl Slaven zu ihrem Gebote stehen, und daß nur Rechte, keine Verbindlichkeiten ihren Stand begleiten, sondern daß sie auch wahre Regentenpflichten auf sich haben, die nur dahin

das Wenigste eigenthümlich besitzen, sondern fast Alles vom Monarchen zu Lehn haben. Diese Territorien üben verschiedene Rechte der höchsten Gewalt, welche man unter dem Namen der Landeshoheit begreift, unter Aufsicht des Monarchen und der Gesamtheit des Reichs, nach Maaßgabe ihrer eigenen Verfassung aus. Die Regenten sind also gleichsam Stellvertreter und Repräsentanten des Monarchen; sie sind diesem und der Gesamtheit des Reichs unterworfen und verantwortlich. Sie sind also keine Souverains, und ihre Territorien eigentlich keine Staaten, (wiewohl man sie im weitern Sinne so nennen kann,) weil ihnen das unbeschränkte Recht der Waffen und der Gesetzgebung fehlt. Sie sind nur bewaffnet im Namen und zum Schutze des Reichs, und ihre Gesetze müssen mit den Reichsgesetzen übereinstimmen.

„gerichtet seyn dürfen, Land und Leute
 „glücklich zu machen, und den Unterthanen
 „Sicherheit und Wohlfahrt zu verschaffen.“

PÜTTER.

Die Stände des Reichs sind auf dem Reichstage versammelt, um nicht nur über allgemeine Angelegenheiten des Reichs ihre Meynungen zu äufsern, sondern auch das Interesse ihrer Territorien oder Unterthanen wahrzunehmen, *) nicht ihr persönliches, denn sie sind nicht um ihrer Personen willen, sondern wegen der ihnen gehörigen oder überlassenen Lande da. (Von Personalisten weiß die Deutsche Constitution eigentlich nichts.) Das Recht zu proponiren hat allein das Reichsdirectorium (der Erzkanzler); der einstimmige Schluß der drey Reichscollegien, in deren jedem die Pluralität gilt, wird dem Monarchen als Gutachten des Reichs vorgelegt, um von ihm genehmigt oder verworfen zu werden. Jeder Schluß der

*) „Nach der ursprünglich harmonischen Verfassung unsers Deutschen Reichs und der besondern Staaten desselben war es nichts ungewöhnliches, daß Fürsten erst in ihren Ländern Landtag hielten, und dann erst auf dem Reichstage ihres Landes Interesse besorgten, PÜTTER.

Stände wird erst durch die Ratification des Monarchen Reichsschluss und rechtskräftig, und der Monarch kann nach eigenem freyen Gutfinden seine Ratification geben oder verweigern, ohne davon Rechenschaft schuldig zu seyn.

Die sämtlichen Regenten, welche Theile des Reichs besitzen oder zu regieren haben, sie mögen so groß oder klein, wie sie wollen, Stände des Reichs oder keine, erbliche oder gewählte seyn, sind unmittelbare Unterthanen von Kaiser und Reich; die Einwohner der Territorien aber sind zunächst Unterthanen ihrer Regenten, und dann ebenfalls von Kaiser und Reich, oder Reichsangehörige. Die Regenten sollen in ihren Territorien nicht willkührlich, sondern den Reichsgesetzen und der eigenen Verfassung eines jeden Landes gemäß, regieren; namentlich soll kein Regent, außer den Steuern, die einmal durch allgemeine Reichsgesetze oder besondere Landes - Grundgesetze gebilligt sind, seine Unterthanen ohne ihre Einwilligung mit Steuern zu belegen berechtigt seyn. Der Geist der Deutschen Constitution setzt also

in allen Territorien eine landschaftliche Verfassung voraus. Man sieht, die Constitution giebt den Regenten die Freyheit, in ihren Territorien so viel Gutes zu stiften, wie sie wollen; verbietet aber allen Misbrauch, Druck und Tyranney. Die Reichsangehörigen sind befugt, sich bey dem Kaiser über ihre Regenten zu beklagen, wenn diese die landeshoheitlichen Rechte verfassungswidrig misbrauchen, und der Kaiser ist als Ober-Regent schuldig, ihnen verfassungsmässig beyzustehen. Sie haben das Recht, sich bey verweigerter oder nicht genügender Justiz von ihren Landesgerichten an den Kaiser zu wenden, und der Kaiser ist verpflichtet, ihnen durch seine und des gesammten Reichs Gerichte Recht zu verschaffen.

Es fällt also in die Augen, dafs, je mehr die unmittelbaren Glieder des Reichs an Gewalt und Rechten über ihre Territorien gewinnen, die mittelbaren desto mehr an Schutz und Hülfe gegen ungerechte Regenten und Richter verlieren. Da aber die Regenten fast alle zugleich Reichsstände sind: so würden

sie, wenn sie die Gesetzgebung unabhängig vom Kaiser hätten, sich bald zu unumschränkten Herren ihrer Unterthanen machen. Dem Kaiser hingegen ist daran gelegen, durch die gänzliche Unterdrückung der mittelbaren Reichsglieder die Gewalt der unmittelbaren nicht zu verstärken, und sich selbst zur Null zu machen. Folglich ist das Veto des Kaisers das kostbarste Palladium der Deutschen Freyheit. *) Folglich sind alle mittelbaren Reichsglieder natürliche Freunde des Kaisers, und der Kaiser ist seiner Pflicht und seines Vortheils wegen ihr Beschützer und ihre letzte Zuflucht. Folglich steigt die

*) Im October 1670 kam durch Mehrheit der Stimmen ein Reichsgutachten zu Stande, welches den Reichsständen ein beynahe uneingeschränktes Besteuerungsrecht zugestand; allein der Kaiser versagte in einer vortreflichen Erklärung vom 3 Febr. 1671 die Ratification, und wandte dadurch die Einführung des Despotismus von Deutschland ab. Der Kaiser erklärte, er sey gemüssiget, einen jeden bey dem, wozu er berechtiget, und wie es bisher hergebracht sey, zu lassen.

Freyheit der Deutschen mit der kaiserlichen Gewalt, bis zu einem gewissen Grade, und geht mit der kaiserlichen Gewalt unter. Nur durch den Kaiser sind wir frey; ohne Ihn sind wir gar keine Deutsche mehr, als etwa in dem Sinne, in welchem die Südpreußen oder Galizier noch Polen sind. Denn für wen ist die Deutsche Freyheit? Für die zwanzig Millionen in Deutschland lebende Deutsche, oder für die siebzig bis achtzig in Deutschland regierende Familien? *) Doch auch von diesen letztern dürften nur sehr wenige beym Umsturze des Kaiserthrons gewinnen; alle übrigen würden unter dessen Trümmern begraben werden. Man nehme dem Kaiser sein Veto, und Deutschland hört auf, ein Reich zu seyn, und wir sind Slaven. **)

*) Es versteht sich, daß ich die reichsritterschaftlichen nicht unter die regierenden rechne.

**) „Ich bin der Meynung,” sagt einer unserer ersten Publicisten, „daß das Ansehen des „Kaisers und der höchsten Reichsgerichte „die ich als das Palladium der Deut-

III.

Ueber das Deutsche Gleichgewicht.

Wo liegt nun das Deutsche Gleichgewicht? wo war es bisher, oder was erhielt bis jetzt die Constitution? Das Gleichgewicht des Rechts liegt in den Fundamental-Gesetzen, welche die Gewalt des Kaisers einschränken, und zugleich die Gewalt der Regenten dem Kaiser und der Gesamtheit unterordnen. Es kommt hierbey hauptsächlich auf zwey Puncte an: 1) auf die völlige Freyheit der Stimmen und die gänzliche Entfernung alles entscheidenden Einflusses

„schen bürgerlichen Freyheit ver-
„ehre, nicht nur aufrecht erhalten werden
„müsse, sondern dafs es selbst gut seyn
„würde, wenn dasselbe noch erhöht
„würde.“ — Ich bin eben dieser Meynung,
und sehe einzig den Hipolithus, der sehr
viel mehr Böses als Gutes gestiftet hat, für
die Ursache an, dafs die gegenseitige Mey-
nung auch bey unabhängigen Schriftstel-
lern so lange und so allgemein geherrscht hat.

irgend eines Reichsstandes auf dem Reichstage; und 2) auf das unbeschränkte Recht des Kaisers, die Beschlüsse des Reichstags zu genehmigen oder zu verwerfen. *) Beyde liegen in den Gesetzen, und es bedarf zu deren Erhaltung nichts als die Aufrechterhaltung der bestehenden Gesetze. Von ihnen hängt auch das Ansehen der Reichsgerichte ab, welche die Waage halten.

*) „Das Ansehen des Kaisers wäre vernichtet, „und ganz Deutschland einer uneingeschränkten zaumlosen Aristokratie preisgegeben, „wenn das Veto, das Nonratificationsrecht, „dem Kaiser entrissen würde, und er blindlings alles thun, und in alles eingehen „müßte, was dem aristokratischen Reichstheil „gefällig wäre. Alsdann wird er freylich für „die Nation nichts mehr vermögen. Es wird „kein Gleichgewicht, kein Mittelpunkt „in der Verfassung mehr seyn; sie wird unter „der Uebermacht der Großen erliegen. Es „läßt sich gar nicht vorsehen, wohin solche „Dinge führen könnten; die Ueberspannung „der Aristokratie dürfte das Gegentheil be- „reiten.“

J. MÜLLER.

Allein in einem so complicirten Staate, wie der Deutsche, muß auch das Gleichgewicht selbst verwickelt und mannichfaltig seyn. Das zwischen dem Kaiser und den Ständen ist das vornehmste, von welchem alles abhängt. Ein anderes bezieht sich auf die drey verschiedenen Collegia der Stände. Von diesen hat das dritte gegen die beyden vordern, und selbst das erste gegen das zweyte, in den neuern Zeiten an Gewicht verlohren. Allein durch den Uebergang einiger der vornehmsten Stände aus dem zweyten in das erste, möchte wohl die Schaale des letztern wieder sinken. Das Ansehen des dritten Standes hingegen dürfte nun auf immer verlohren seyn. Noch ein anderes Gleichgewicht findet zwischen den verschiedenen Religionen statt, und wird durch die *Itio in partes* erhalten.

Doch das Gleichgewicht wird im Deutschen Reiche, so wie allenthalben, nicht bloß durch das Recht, sondern auch durch die Macht bestimmt. Die Unmöglichkeit, ohne große Gefahr, ungestraft, vom Rechte abzuweichen, muß das Recht in Kraft

erhalten. Ehrgeiz und Herrschsucht sind allzu mächtige und allzu gewöhnliche Leidenschaften, als daß man sie nicht bey jedem Menschen voraussetzen dürfte, und sich dagegen verwahren müßte. Der Freund der strengsten Gerechtigkeit unter allen Umständen macht eine seltene Ausnahme von der Regel, und man hat Beyspiele, daß selbst gute und edle Fürsten von listigen Ministern um ihr Gewissen betrogen wurden. Also muß dem Rechte die Macht zur Seite stehen, wenn es Sicherheit haben soll.

Wo war dieses Gleichgewicht der Macht vor dem Revolutions-Kriege? Wie ward es durch den Krieg zerrüttet? Wie wird es durch die Declaration wieder hergestellt? Diese Fragen leiten auf Beurtheilung des vornehmsten Grundsatzes, nach welchem der Entschädigungs-Plan entworfen ist.

Ursprünglich war alle Macht bey dem Monarchen; alle militairischen Kräfte der Nation waren ihm allein und unmittelbar unterworfen. Das Lehnwesen vertheilte diese Macht, und gab den Ständen zuerst Waffen in die Hände, die ihnen jedoch anfangs nur

anvertraut, nicht eigen waren. Das Faustrecht gab ihnen das Recht des freyen Gebrauchs. Hier fieng das Bestreben der Stände, sich am Throne hinan zu schwingen, der lange Kampf zwischen dem Monarchen und den Ständen seines Reiches, an. So lange die Geistlichen treu am Monarchen hielten, konnten die Weltlichen wenig ausrichten. Allein Bonifaz zog sie ab, und nun gab die Vereinigung des Pabstes mit den Ständen den letztern das Uebergewicht über den Monarchen. Die Stände wurden Landesregenten, die weltlichen sogar erbliche; dem Monarchen entfiel das Scepter auf immer. Doch blieb ihm noch viel übrig, da das Gegengewicht nur auf der Gesamtheit der Stände beruhte, und man sich sorgfältig hütete, einen einzelnen Stand allzu mächtig werden zu lassen. Wenn Einer sich zu sehr erhob, wie die Sächsischen Heinriche: so sahen ihn die Mitstände selbst für gefährlich an, und vereinigten sich mit dem Kaiser zu seinem Sturze. Auch vom Pabste, als er seinen Einfluß misbrauchte, lösten sich die Stände ab, so gut sie konnten. Die furchtbare Vergröfse-

ung Oestreichs um den Anfang des sechszehnten Jahrhunderts machte die Stände mit Recht vor Unterdrückung bange; das rechtliche Mittel dagegen fanden sie in der Wahlcapitulation, das wirksamste in enger Vereinigung. Allein mit der Reformation entstand ein neues System. Die Stände selbst theilten sich: die Katholiken, meist Geistliche, hielten es mit dem katholischen Kaiser; die Protestanten mußten sich also gegenüber stellen. Die Protestanten sahen jene für die Parthey des Despotismus an, sich selbst hingegen für die Beschützer der Deutschen Freyheit. Zufälliger Weise war etwas Wahres daran; denn wenn der Kaiser die Protestanten unterdrückte: so traf es die mächtigsten Stände, und der Rest des Reichs war keines Widerstandes mehr fähig. Carl der Fünfte brach wirklich die Macht der Protestanten und der Stände, und machte sich fast zum unumschränkten Herrn von Deutschland; aber Moriz von Sachsen stellte, in Einverständniß mit Frankreich, die Freyheit der Stände und der Gewissen wieder her. Von der Zeit an Frankreichs Theilnahme am

Deutschen Gleichgewicht. Von nun an der herrschende Gedanke, daß Frankreich die vornehmste Stütze der Deutschen Freyheit sey. Und warum nicht? Die Freyheit der Deutschen Stände steht mit der Macht des Deutschen Reichs im umgekehrten Verhältnisse; was dem Kaiser schadet, ist auch seinem Hause nachtheilig; überdiß hat sich Frankreich für den Beystand, den es der Freyheit der Stände geleistet, mit dem vierten oder fünften Theile des Deutschen Reichs bezahlt gemacht.

In der Opposition gegen den Kaiser standen immer einige der mächtigsten Reichsstände voran. Von der Reformation an bis zum dreyßigjährigen Kriege machten Sachsen und Hessen die Grundlagen des Gegengewichts. Der dreyßigjährige Krieg war nichts anders, als ein Streit über die Frage: ob Deutschland wieder Einem Herrn gehorchen, oder fernerhin unter viele Regenten getheilt seyn sollte. Ferdinand der Zweyte brach noch einmal die Macht der Protestanten und der Stände; aber Gustav der Zweyte stellte sie wieder her, und zwar

ebenfalls im Einverständniß mit Frankreich. Im Westphälischen Frieden ward die Landeshoheit der Stände nicht nur in ihrem bisherigen Wesen bestätigt, sondern auch auf eine, dem Geiste des Landfriedens wenig angemessene, für Deutschlands Ruhe gefährliche, aber der Opposition sehr zuträgliche Art erweitert. Die veralteten kaiserlichen Rechte, die erneuerten kaiserlichen Ansprüche, waren vernichtet. Es war den Kaisern zu verzeihen, wenn sie Versuche machten, ihr voriges Ansehen wieder herzustellen. Man muß sie darum nicht als Tyrannen verschreyen.

Der Antheil, den Frankreich an der Rettung der Deutschen Freyheit genommen, hätte die Stände, sollte man glauben, bewegen müssen, sich aufs engste an Frankreich anzuschließen. Nichts weniger! Den Ständen giengen die Augen auf: sie erkannten die Gefahr, welche dem Deutschen Reiche von Frankreich her drohete, und die Ursache, warum dasselbe sich so sehr des Deutschen Gleichgewichts annahm, und hielten es alle in den folgenden beynahe ununterbrochenen

Kriegen gegen Ludwig den Vierzehnten treulich mit dem Kaiser, oder, wenn man will, mit Oestreich. Aber im Spanischen Erbfolge-Kriege nahmen zwey der mächtigsten Stände die Französische Parthey gegen Kaiser und Reich, und wurden darüber in die Reichsacht erklärt, jedoch im Frieden wieder hergestellt. Seitdem blieb Frankreich mit Bayern in Verbindung, und ward als die Grundlage des Gegengewichts gegen Oestreich in Deutschland angesehen. Man wählte sogar einen Kaiser aus diesem Hause, fand aber nach dessen Tode gerathen, wieder zum Oestreichischen zurück zu kehren. Man muß hierbey nicht vergessen, daß man das kaiserliche und das Oestreichische Interesse nicht für verschieden hält, da die Kaiser seit mehrern Jahrhunderten immer aus dem Oestreichischen Hause gewählt worden waren, und Oestreich wegen der großen Vorrechte seiner Deutschen Erblande bey der Einschränkung der Reichsstände wenig zu verlieren hat. So lange dieß Verhältniß bleibt, ist Oestreichs Macht zugleich auch die kaiserliche, als welche an sich — Nichts ist.

Mittlerweile hatte sich ein anderer Stand des Reichs, beynahe unbemerkt, zu einer sehr bedeutenden Macht empor geschwungen. Brandenburg hatte im Westphälischen Frieden und durch die Clevische Erbschaft sehr ansehnliche Erwerbungen in Deutschland gemacht. Es zerbrach die Fesseln, die sein Herzogthum Preussen von Polen abhängig machten, und trat hiermit in die Ruhe unabhängiger Potenzen. Aus Brandenburg ward Preussen. Von nun an befolgte es das System der Vergrößerung unablässig, mit eben so viel Glück als Klugheit. Lange Zeit that es keinen Schritt gegen Oestreich, bis es einen gewissen Grad der Stärke erlangt hatte. Aber durch die Eroberung von Schlesien machte es sich zum natürlichen Feinde von Oestreich. Vergebens vereinigten sich Kaiser und Reich und halb Europa, der anwachsenden Gröfse dieser neuen Monarchie engere Schranken zu setzen. Der große, standhafte Friederich erhielt, erweiterte, ründete sie. Jetzt zog Preussen allein die Schaale des Gegengewichts so tief nieder, dafs die übrigen, ehemals so wich-

tigen, Reichsstände nur als leichte Zugaben erschienen: ein Umstand, der für die Opposition desto erwünschter war, da Frankreich nach dem Aachner Frieden das Deutsche Gleichgewicht gleichsam aufgegeben, und sich enge mit Oestreich verbunden hatte. Das fühlte Preussen, das wußten die Stände, und beyde handelten dem gemäß. Die Stände, welche von Oestreich bedrängt wurden, nahmen ihre Zuflucht zu Preussen, und dieses stand ihnen willig bey. Friedrich führte, um Bayern zu retten, einen Krieg mit Oestreich, ohne irgend einen Ersatz der Kriegskosten zu verlangen; er schloß den Fürstenbund, ohne sich besondere Vorthelle zu bedingen. So war also Preussen vom Schicksale zum Gegengewichte gegen Oestreichs Uebermacht, zur Aufrechthaltung der Deutschen Constitution, und zum Schutze seiner minder mächtigen Mitstände bestimmt, und glücklich wird Deutschland seyn, wenn Preussen dieser erhabenen Bestimmung (selbst mit eigenen Aufopferungen, nach des Großen Friedrichs Beyspiel) treu bleibt.

Für das südliche Deutschland schließt

sich Bayern, auf dieser Seite Oestreichs mächtigster Nachbar, an Preussen an. Nach Talleyrands eigener Erklärung machen jetzt Preussen und Bayern die Grundlagen des Deutschen Gleichgewichts.

Wie ist es durch den Französischen Krieg zerstöhrt oder geschwächt worden? Man könnte sagen, die Vereinigung Preussens mit Oestreich habe es aufgehoben; und in der That könnte nichts das Deutsche Reich in grössere Gefahr bringen, als eine enge Verbindung dieser beyden Höfe. Allein damals waren sie verbunden, die Rechte des Reichs, das Eigenthum seiner Stände zu vertheidigen, und jene Monarchie zu erhalten, von welcher die Deutsche ursprünglich abstammt. Es ist vielmehr von dem Verluste die Rede, den Preussen und Bayern im Kriege und Frieden erlitten haben.

Preussen hat verlohren Land, Volk und Geld. Das verlohrne Land betrug noch nicht den fünf und achtzigsten Theil des Ganzen. Will man einen solchen Verlust für

bedeutend ansehen: so erinnere man sich, daß Preussen während dieses Kriegs eine mehr als zwanzigmal grössere Provinz erwarb, und nach dem Baseler Frieden noch eine fast eben so grosse Provinz erhielt, wodurch die eigentliche Monarchie, das Königreich, bey nahe um anderthalb mal vergrößert wurde. Was von der Grösse gilt, das gilt auch vom Volke, nur mit dem Unterschiede, daß im Lande und im Felde verlohrenes Volk in Anschlag kommt. Die Einwohner der abgetretenen Lande machten nicht viel mehr als den sechzigsten Theil der gesamten Volksmenge aus; dagegen hat Preussen mehr als achtzehnmal so viele Unterthanen in seinen eben gedachten neuen Provinzen erhalten. Was überhaupt im Felde geblieben, ist nicht genau bekannt; was vor dem Feinde gefallen ist, mag kaum so viel betragen, als eine einzige Hauptschlacht im siebenjährigen Kriege wegnahm. Gesetzt also, er habe den zehnten Theil der Armee betragen: so konnte er bey nahe mit dem hundertsten Theile des waffenfähigen Volkes wieder ersetzt werden. So leicht läßt sich nun freylich ein erschöpf-

ter Schatz nicht wieder ersetzen, und der Marsch einer Armee von der Spree bis zur Marne muß begreiflich große Summen kosten. Allein ein Schatz wird nicht durch den Besitz von Landen, sondern einzig und allein durch genaue Wirthschaft und Sparsamkeit hergestellt. Hierin muß jeder Staat voraus wissen, wie viel er wagen darf, und in welcher Zeit sich die Lücke wieder füllen wird. Wie viel leichter konnte dieß nun bey so erstaunlichen Acquisitionen geschehen? — Kurz, Preussen hatte 1792 nur 3600 Quadratmeilen, 7 Millionen Unterthanen, und etwa 31 Millionen Thaler Einkünfte; hingegen 1801 beym Lüneviller Frieden 5400 Quadratmeilen, über 9 Millionen Unterthanen, und über 36 Millionen Einkünfte. Bedurfte es noch einen mehrfachen Ersatz für seine abgetretenen Lande, um das Deutsche Gleichgewicht herzustellen?

Ganz anders verhält es sich mit Bayern. Dieses hatte durch die Rheingränze mehr als den fünften Theil seiner Lande, den vierten seiner Unterthanen, und den dritten seiner

Einkünfte (nach den gewöhnlichen Angaben) verlohren, und es hatte keine Erwerbung anderweitig gemacht, die ihm seine vorige Stärke wieder geben konnte. Ob es nun gleich nach Oestreich und Preussen noch immer unter allen Ständen des Reichs die ausgedehntesten Besitzungen beherrschte: so hatte es doch einen so ansehnlichen Abgang an politischen Kräften erlitten, daß es die vorzüglichste Rücksicht verdiente. Dazu kam noch der Umstand, daß Bayern im südlichen Deutschland der einzige Stand von bedeutender Macht ist, den man also wenigstens nicht schwächen lassen durfte, und dieser mußte schon darum den stärksten Einfluß auf den Entschädigungs-Plan haben, weil gerade Bayern derjenige erbliche Reichsstand war, der unter allen absolut durch die Rheingränze am meisten verlohren hatte.

Man sieht also, der Preussische Verlust war in Verhältniß zu seiner übrigen Macht so unbedeutend, und auf einer andern Seite so reichlich ersetzt, daß das Gegengewicht der kaiserlichen oder Oestreichischen Macht während des Kriegs mehr zu- als abgenom-

men hatte; Bayern hingegen hatte einen reellen und in jeder Rücksicht großen Verlust erlitten, und es war, obgleich weit unter Preussen, doch bey einer guten Verwaltung bedeutend genug, um bey der Rücksicht auf das Gleichgewicht in Betracht gezogen zu werden. Man sieht ferner, daß durch den bloßen Ersatz diesseit des Rheins das Gleichgewicht nicht nur vollkommen hergestellt, sondern auch dadurch schon beträchtlich verstärkt worden wäre, daß dieser Ersatz weit näher und bequemer lag, folglich weit zweckmäßiger zur Erhaltung des Gleichgewichts benutzt und gebraucht werden konnte.

Dieser Fall trat besonders bey Preussen ein. Die abgetretenen Preussischen Lande mochten einträglich genug seyn, lagen aber in so großer Entfernung vom Mittelpuncte der Preussischen Macht, daß sie zu derselben fast gar nichts beyzutragen vermochten, und in jedem Kriege gleichsam als verlohrne Posten anzusehen waren. Dafür hat Preussen eine Entschädigung erhalten, die an sich schon wenigstens fünfmal so viel werth ist,

und durch ihre nähere Lage und unmittelbare Verbindung mit den Hauptländern in ökonomischer und militairischer Hinsicht noch einen weit größern Werth erhält. Indefs erweitert doch diese sehr reichliche Entschädigung die Preussische Monarchie nur etwa um den zwey und zwanzigsten Theil, mag aber wohl die Einkünfte um den funfzehnten Theil vermehren. Dem Kriegsheere hat sie bis jetzt nur einen Zuwachs von einem Regiment Infanterie und einem Regiment Cavallerie gegeben, welches ohngefähr den achtzigsten Theil des Ganzen beträgt. Preussen scheint also durch die Entschädigung, ohngeachtet sie den Verlust mehrfach übersteigt, doch nur einen im Verhältniß zu seinem Total nicht sehr bedeutenden Zuwachs an Gewicht erhalten zu haben. Allein es treten hierbey noch verschiedene politische Umstände ein, welche mit in Rechnung zu bringen sind. Diese Entschädigungslande liegen in Deutschland, und sind oder werden reichsständische Lande. Brandenburg, welches ohnehin schon so viele Stimmen auf dem Reichstage besafs, hat durch die Ent-

schädigung noch mehrere, folglich einen größern Einfluß auf die Beschlüsse erhalten. Mehrere Reichsstände werden dadurch, daß diese Lande, welche ehemals von friedfertigen und ohnmächtigen geistlichen Fürsten beherrscht wurden, sich nun in der starken Klaue des schwarzen Adlers befinden, sehr genirt, und in verschiedenem Betracht abhängig gemacht. Und ob man gleich den Preussischen Regenten und Staatsmännern Mäßigung und Gerechtigkeitsliebe genug zu trauen darf, um die Ahndungen, die ein gewisser Schriftsteller *) äußert, für übertrieben zu halten: so zeigt doch ein einziger Blick auf die Charte, daß das ganze nördliche Deutschland, seit der Besitznahme der Entschädigungslande, von Preussen gleichsam umklammert, und immer in einer sehr precären Lage ist. Die Folge muß seyn, daß alle diese Stände, um der Ahndung von irgend einer Art zu entgehen, durch ihre

*) Die Preussischen Occupationen im nördlichen Deutschlande und deren wahrscheinliche Folgen. Regensburg 1802.

Lage genöthigt sind, dem Preussischen Interesse, Absichten und Maafsregeln beyzutreten, und sie zu unterstützen, wodurch Preussen in den Stand gesetzt wird, dem Gleichgewichte der Macht nöthigen Falls auch noch das des Rechts beyzufügen. Wenn man in dem Allen mehr sieht, als blofs Herstellung des Gleichgewichts: so erinnere man sich, dafs die Französische Regierung schon 1795 öffentlich erklärte: sie habe für gut gehalten, dafs die Preussische Macht unter den Ständen des Deutschen Reichs ein Uebergewicht (*Prépondérance*) besitze, welches für die Französische Republik nicht anders als sehr nützlich seyn könne; man erinnere sich, dafs schon damals (1795) fast alle die Lande, welche ihm der Entschädigungs-Plan 1802 gab, als diejenigen öffentlich genannt wurden, welche es verlange, und welche ihm bestimmt wären.

Bayern kann nur in Vereinigung mit Preussen daran denken, als Gegengewicht zu wirken. Es hat ebenfalls dem Anscheine nach mehr bekommen, als verlohren, und es war auch von denen nicht anders zu er-

warten, die es zur Grundlage des Gleichgewichts in vorzüglichen Stand zu setzen Willens waren. Indessen hat es doch officiell einen sehr ansehnlichen Verlust an Einkünften angegeben. Dieser läßt sich gar nicht erklären, wenn man nicht annimmt, daß die alten Etats nach gewissen Vordersätzen bey der Berechnung zum Grunde gelegt sind. Künftig, bey einer mehr simplificirten und strengern Verwaltung, und bey einer gleichförmigern Vergleichung, ist nicht zu zweifeln, daß der Ersatz dem Verluste auch an Einkünften nicht nur völlig beykomme, sondern ihn auch noch beträchtlich übersteige. Den größten Vorthail aber zieht Bayern aus der Lage seiner neuen Lande an der Gränze und in der Nähe seines Hauptlandes, wodurch seine Kräfte concentrirt, eines schnellen und vollen Gebrauchs fähig, und gerade nach der Gegend hin vorgerückt werden, wo sie als Gegengewicht Dienste thun sollen. Um diesen Vorthail, der aus der Entschädigung unmittelbar hervorgieng, möglichst zu vergrößern, zog man auch die diesseitige Rheinische Pfalz zur Entschädigungsmasse,

und wahrscheinlich haben nur besondere Schwierigkeiten es verhindert, dasselbe mit dem Herzogthume Berg zu thun.

Auffallend bleibt der, auch in der Reichsdeputation bemerkte Umstand immer, daß fast alle, Virilstimmen führende Reichsstände bey der Entschädigung merklich gewonnen haben. Es ist möglich, daß dieß zum Theil von der Art, wie man Verlust und Ersatz gegen einander berechnet hat, herrührt. Es ist aber auch möglich, daß Frankreich die höhere Absicht hat, sich diese Fürsten verbindlich zu machen, an ihnen Freunde im Reiche und auf dem Reichstage zu haben, und ihrer Politik die Pflicht aufzulegen, sich an das Gegengewicht anzuhängen, und dieses nach Maafsgabe ihrer Schwere zu verstärken. Wie dem auch sey, so ist für Deutschlands Glück und Ruhe zu wünschen, daß es immer bey einem gerechten Gleichgewichte bleiben möge!

IV.

Kurzer Begriff von den Verhandlungen der Reichsdeputation.

Die außerordentliche Reichs-Deputation versammelte sich am 24. August 1802 zum ersten Male, und constituirte sich. Der erste Vortrag des Directorii (Mainz) betraf den ihr vom Reiche ertheilten Auftrag, welcher nach ihrer General-Reichs-Vollmacht darin bestand: „dals sie „die in dem Lüneviller Friedensschlusse Art. „5. und 7. einer besondern Uebereinkunft „noch vorbehaltenen Gegenstände mit und „neben der Kaiserl. Plenipotenz, einvernehmlich mit der Französischen Regierung, „zu untersuchen, zu prüfen, und mit Rücksicht auf das Reichsgutachten vom 2. Oct. „1801 zu erledigen habe.“ Sachsen bemerkte sehr richtig, dals das der Deputation aufgetragene Geschäfte wegen seiner Wichtigkeit und seiner unabsehbaren Folgen seines Gleichen nicht habe, seitdem die Deutsche Ver-

fassung steht. Brandenburg versprach, Einfachheit in der Ausführung mit aller billigen Rücksicht auf das Interesse, so viel es möglich, vollständiger Entschädigungen, und auf das Bedürfnis künftiger Sicherstellung des inneren Bestandes von Deutschland, zu vereinigen, und so das Entschädigungswerk aufs baldigste und zweckmäßigste zur Berichtigung bringen zu helfen.

Höchst merkwürdig war aber die Proposition des Kaiserl. Bevollmächtigten, welcher in der Versammlung erschien, des Inhalts: „Der Kaiser habe seit dem erwähnten Reichsgutachten bey der Französischen Regierung oft schriftlich und mündlich auf die Zusammentretung der Reichsdeputation mit Französischen Bevollmächtigten, um die noch übrigen Friedenspunkte zu verabreden, angetragen, aber vergeblich; eben so wenig habe Er es zu einer vorberreitlichen Unterhandlung zwischen Ihm und der Französischen Regierung bringen können, und ob Er gleich die zu Ende vorigen Jahrs Ihm von Rußland angetragene

„neue gemeinschaftliche Unterhandlung in
„Paris sich bereitwilligst habe gefallen las-
„sen: so sey doch Sein dortiger Bothschafter
„weder zu dieser Unterhandlung gezogen,
„noch von deren Fortgang und Resultat
„benachrichtigt worden. Er habe also durch
„keine Verzögerung oder Unterlassung Seines
„Reichsoberhauptlichen Amtes ir-
„gend eine Veranlassung gegeben, dem Kaiser
„und Reiche, als contrahirenden Hauptthei-
„len des Lüneviller Friedensschlusses, die
„Ihnen darin vorbehaltene unmittelbare Be-
„handlung und Berichtigung des Entschädi-
„gungs-Geschäftes zu schmälern. Sobald
„Er von den gemeinschaftlichen Verabredun-
„gen Frankreichs und Rußlands über diesen
„Gegenstand unterrichtet worden sey, habe
„Er im Vertrauen auf die Achtung der er-
„wähnten Mächte für die unverletzbaren
„Rechte eines unabhängigen Staates — wie
„der Deutsche Staatskörper sey — geeilt,
„die Reichsdeputation zusammen zu berufen,
„um zu der Behandlung eines Geschäftes
„mitzuwirken, bey dem es sich um des
„Deutschen Reiches Interesse, Ei-

„genthum, Verfassung, Wohl und
„Wehe, vorzüglich handelt; und Er sey
„hierzu um desto mehr bewogen worden,
„da er die officiële Versicherung erhalten,
„dafs beyde Mächte zur Berichtigung eines
„verwickelten Geschäftes zwar ihren Rath
„und ihre freundschaftliche Verwendung als
„dritte nicht interessirte Staaten für nützlich
„erachteten, jedoch nicht gesonnen seyen,
„dem Deutschen Reiche und der dasselbe
„repräsentirenden Reichsdeputation die Be-
„fugniß abzustreiten, an der Behandlung
„des Entschädigungs - Geschäftes selbst Theil
„zu nehmen. Der Auftrag der Deputation
„sey: die zur gänzlichen Berichtigung des
„Lüneviller Friedens noch vorbehaltene be-
„sondere Uebereinkunft einvernehmlich mit
„Französischen Bevollmächtigten zu schließ-
„sen, und insbesondere die in dem Vten und
„VIIten Artikel festgesetzten Entschädigun-
„gen durch Säcularisationen in Ordnung zu
„bringen. Demnach werde das erste Ge-
„schäfte der Deputation seyn, über die, in
„der von den vermittelnden Mächten über-
„gebenen Declaration, angenommenen Ent-

„schädigungs-Grundsätze, und über
„die in derselben Gemälsheit getroffenen
„mannichfaltigen Bestimmungen die reifste
„Berathung anzustellen, für die friedens-
„schlußmäßige Erfüllung der verheissenen
„Entschädigungen mit gleicher Gerechtigkeit
„zu sorgen, dabey nur die in dem Frieden
„selbst und in den Rastadter Unterhandlungen
„festgesetzten Hauptgrundsätze (ohne Ge-
„stattung nachtheiliger Ausnah-
„men unter dem Vorwande eines
„unter den vorzüglicheren Deut-
„schen Fürsten zu beobachtenden
„Gleichgewichts) immer vor Augen zu
„haben, und sowohl die Anwendung dersel-
„ben, als die übrigen — in der Declaration
„dem Reiche zur Erwägung empfohlenen —
„die Grundverfassung des Deutschen Reichs
„betreffenden Punkte mit der Sorgfalt und
„Umsicht in Ueberlegung zu ziehen, welche
„die Wichtigkeit des Gegenstandes und die
„davon unzertrennbaren Folgen für die
„Wohlfahrt des gesamten Deutschen Reichs,
„seiner Stände und Angehörigen zur unnach-
„lässlichen Pflicht machen.“ Zuletzt ermahnt

der Kaiser noch die Deputation zur Eile, obgleich ein Geschäfte von solcher Wichtigkeit die Vorschrift eines peremptorischen Termins,*) welchen selbst das Reichsoberhaupt nach dem Völkerrechte und den Reichsgesetzen vorzuschreiben nicht ermächtigt ist, zu seiner Erledigung nicht zuläßt; und der Bevollmächtigte wünscht der Versammlung Glück, welche berufen sey, ein Geschäfte zu vollenden, wovon die vaterländische Geschichte kein gleiches, kein wichtigeres kennet, und Deutschlands Verfassung — das Resultat gereifter Erfahrungen vieler Jahrhunderte, und einer weisen Gesetzgebung — in jeder Hinsicht zu erhalten.

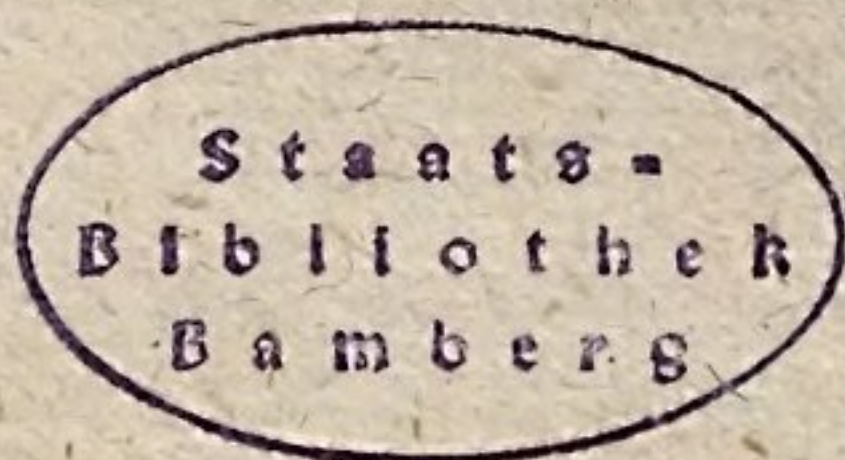
Die Deputation versprach in ihrer Antwort: Sie werde, stets eingedenk ihrer Pflichten, mit redlichem Gemeingeiste sorgfältig bedacht seyn, so viel nur immer möglich sey, der allgemeinen Erwartung zu entsprechen.

*) Die Declarationen schrieben bekanntlich der Deputation einen Termin von zwey Monaten zur völligen Beendigung ihres Geschäftes vor.

In dieser Proposition zeichnete sich besonders die Rechtfertigung des Kaisers wegen verzögerter Zusammenberufung der Deputation, aus. Er sagt: Frankreich habe sich mit Ihm in keine Unterhandlung einlassen wollen, und zu der Unterhandlung zwischen Frankreich und Rußland habe man Ihn nicht gezogen. Es war allerdings auffallend, daß nicht nur einzelne Reichsstände über ihre vom Reiche zu leistende Entschädigung mit Frankreich Verträge schlossen, ohngeachtet für dieß Geschäfte bereits vom Reiche selbst eine Deputation ernannt war; sondern auch die vermittelnden Mächte eine gänzliche Umkehrung des halben Deutschlands und eine starke Veränderung der Deutschen Staatsverfassung verabredeten, ohne das Reichsoberhaupt zu fragen. War das Vernachlässigung des Kaisers oder vom Kaiser? Diese mußte der Kaiser von sich ablehnen; jene konnte Er nicht verhüten. Des Kaisers Wunsch war, und mußte seyn, die bisherige Verfassung des Reichs und seiner Stände so viel wie möglich beyzubehalten, in der

Ueberzeugung, daß jede Veränderung sein Ansehen verminderte. Frankreichs Bestreben hingegen war es immer, und ist es noch immer, das Ansehen des Kaisers immer mehr zu untergraben, dadurch die Stände zu vereinzeln und immer mehr von sich abhängig zu machen. Auch jetzt, bey dieser trefflichen Gelegenheit war man Willens, dem Kaiserlichen Ansehen eine Hauptwunde beyzubringen. Schon darum mußte man den Kaiser von den Unterhandlungen entfernt halten. Aber nun war der Kaiser auch zugleich Beherrscher der Oestreichischen Monarchie, der alten Hauptfeindin von Frankreich auf dem festen Lande, und gerade Er hatte unter allen betheiligten Ständen die größte Forderung an die Entschädigungsmasse für sein Haus. Frankreich war Willens, die Zeitumstände zu benutzen, um die mächtigen Stände, welche zu verschiedenen Zeiten Feinde seines Feindes gewesen waren, noch mächtiger zu machen, indem man diesen Ständen einen größern Antheil an der Entschädigungsmasse und an der künftigen Regierung des Reichs bestimmte, als sie fordern konn-

ten, und dagegen dem Oestreichischen Hause einen grossen Theil der ihm gebührenden Entschädigung entzog. Gegen Preussen hatte Frankreich ohnehin noch besondere Verbindlichkeiten. Man nannte dieß: das durch den Krieg zerrüttete Gleichgewicht im Reiche wieder herstellen. Auch diesen Zweck konnte man bey Oestreichs Mitwirkung in den Unterhandlungen kaum zu erreichen hoffen. Ueberhaupt aber wollte die Französische Regierung das ganze Entschädigungsgeschäfte selbst reguliren, und von Paris aus sollte das Deutsche Reich seine neue geographische und politische Organisation erhalten. Daher schloß sie fast mit allen größern Ständen eine Reihe von Verträgen, worin es ihnen ihre Entschädigung bestimmte, wie sie gut fand, und nahm alle Reclamationen von den betheiligten Ständen an, die sich nun alle, nachdem man wufte, wo der wahre Sitz des Entschädigungs-Geschäftes sey, nach Paris wandten. Indessen würde Frankreich mit seinen Absichten kaum haben durchdringen können, wenn es allein ge-



standen hätte; es sah sich also nach Alliirten um. Preussen war ihm gewiss, denn dessen Interesse war mit dem Französischen Eins. Daran war es aber noch nicht genug. Ganz Europa heftete die Augen auf den Zustand seines Mittelpuncts, seines Herzens, der ihm nicht gleichgültig seyn konnte. Aber unter allen noch übrigen Europäischen Staaten war Rußland der einzige, der an der Bestimmung von Deutschlands Schicksal thätigen Antheil nehmen konnte. Auch hatte Rußland seinen Vorsatz, die Französischen Absichten auf Deutschland zu moderiren, schon erklärt. Nach der bekannten Zusammenkunft in Memel trat daher Rußland als mitvermittelnde Macht bey allen Französischen Anträgen und Forderungen, die es als die seinigen anerkannte, in Deutschland auf. So ward der Kaiser, so ward Oestreich, so ward das Reich von aller Theilnahme an den Unterhandlungen über seinen eigenen künftigen Zustand ausgeschlossen, und Kaiser und Reich genöthigt, zu dem, was sie selbst als unabhängiger Staat unter sich hätten ausmachen sollen, bloß ihre Einwilligung zu

geben. Denn nun erst verlangten die Vermittler die schleunigste Eröffnung der Reichsdeputation, um ihr den von Frankreich, Preussen und Rußland beschlossenen Entschädigungs-Plan vorzulegen. Vermittler waren dem Reiche in dieser Sache allerdings nöthig, starke Vermittler — und in dieser Rücksicht, so wie in Betracht, daß man nicht weiß, wie weit ohne Rußlands Dazwischenkunft die Französischen Forderungen gegangen seyn würden, hat sich Rußland um das Deutsche Reich ein unsterbliches Verdienst erworben. Von des Kaisers Unterhandlung in Paris ist noch im Folgenden die Rede.

Nachdem sich der Kaiserliche Gesandte entfernt hatte, ließ das Directorium die ihm von den Ministern der vermittelnden Mächte schon am 18 d. M. übergebenen gleichlautenden Declarationen verlesen. Bey der Umstimmung darüber gab Böhmen allein sein Votum, welches eine Wiederholung und Erweiterung der Proposition des Kaiserl. Gesandten war. „Die weder durch Schuld des „Kaisers noch des Reichs (heißt es) nicht

„früher erfolgte Eröffnung der Reichsdepu-
„tation könne kein Beweggrund werden,
„dem Kaiser und Reiche, als bedingendem
„Haupttheile des Lüneviller Friedensschlus-
„ses, die ihnen zustehende und ausdrücklich
„vorbehaltene unmittelbare Behandlung
„und Berichtigung der Entschädigungen so-
„wohl, als aller anderen dem erwähnten
„Friedensschlusse zu gebenden Vervollstän-
„digungen zu schmälern. Vielmehr halte der
„Kaiser, von der Rücksicht der vermitteln-
„den Mächte für die unverletzbaren Rechte
„eines unabhängigen Staates, wie der Deut-
„sche Reichskörper es sey, sich vollkommen
„versichert, sie werden dieses erste und
„höchste aller Befugnisse der Unabhängigkeit
„in der Ausübung nicht verkennen. Auch
„habe Talleyrand seinem Bothschafter
„die Versicherung gegeben, daß man mit
„Rußland überein gekommen sey, dem
„Reiche bloß Vorschläge zu thun, die
„man nicht einmal einen Plan nennen könne,
„sondern die nichts als ein Entwurf wä-
„ren, den man der Berathschlagung des
„Reichstags unterwerfe als ein ihrem Bedün-

„ken nach zweckmäßiges Mittel, um alle
 „Welt, so gut es sich thun lasse, zufrieden
 „zu stellen, daß man aber dasselbe bloß als
 „einen guten Rath vorlegen, und sich
 „nicht das Ansehen geben werde, als wolle
 „man die Sache mit Gewalt durchsetzen.“

Hieraus schließt Böhmen, daß jene Mächte nicht gesinnet seyn, dem D. Reiche das Befugniß eigener Miterörterung der Entschädigungsforderungen, und so vieler anderen, in sein Eigenthum, in seine Verfassung tief eingreifenden, sein Wohl und Wehe entscheidenden Bestimmungen zu bestreiten; und trägt dann darauf an, den Ministern der beyden Mächte die Versicherung zu geben: die Deputation werde ihre freundschaftlichen Vorschläge in die sorgfältigste Ueberlegung nehmen.

Die Frage war also: Was soll die Reichsdeputation mit dem Französisch-Russischen Entschädigungs-Plan machen? Soll sie ihn zurückgeben und erklären, sie werde die nöthigen Plane schon selbst entwerfen? Dazu hatte sie ein unbestreitbares Recht, nicht nur überhaupt als Repräsentant einer

unabhängigen Macht, sondern hauptsächlich darum, weil der Plan die Entschädigungsmasse viel weiter ausdehnte, als sie nach dem Lüneviller Friedensschlusse und nach dem D. Staatsrechte ausgedehnt werden durfte, indem sie unmittelbare Reichsstände, die nichts verbrochen, vernichtete, und Eingriffe in die Rechte der Landeshoheit that. Allein durch Verwerfung des Plans hätte die Deputation das Reich in eine sehr zweydeutige Lage gebracht. Soll sie den Plan simpliciter annehmen und ohne weitere Untersuchung zur Ausführung bringen lassen? Dieß schien eines Theils der Würde und der Selbstständigkeit des Deutschen Reichs nicht angemessen, und andern Theils, indem man ja nicht wissen konnte, ob alle Entschädigungen dem erlittenen Verluste entsprachen, und sogar gleich der erste Interessent offenbar verkürzt war — ungerecht. Oder soll die Deputation den Plan Punct für Punct untersuchen, Beschädigung und Entschädigung genau gegen einander abwägen, und sich nöthigen Falls mit der Französischen Regierung über eine andere Bestimmung zu ver-

einigen suchen? Das schien das Reich von ihr zu verlangen; denn sie sollte nach ihrer Vollmacht untersuchen, prüfen. Allein das Reich selbst hatte durch den Zusatz „eilvernehmlich mit der Französischen Regierung“ ihr den Weg der freyen Untersuchung versperrt und sie von dieser abhängig gemacht. Konnte sie nun irgend etwas ohne den Willen und die Genehmigung der Französischen Regierung thun? Und hatte diese nicht deutlich genug erklärt, dafs sie nicht gemeynt sey, sich an den Lüneviller Frieden zu kehren, und nur gerechten Ersatz für Verlust zu geben, sondern dafs sie um des Deutschen Gleichgewichts willen Einige ganz vorzüglich begünstige? Auf diesen Grundsatz war die Deputation vom Reiche gar nicht angewiesen, und vermittelst desselben konnte Frankreich in und mit Deutschland machen, was es wollte. Zwar hatte Talleyrand eine sehr beruhigende Versicherung gegeben; aber das waren Worte, lauter Worte, nichts als Worte. Denn zu gleicher Zeit machte man am Rheine sehr beunruhigende Anstalten, um allenfalls doch die

Sache mit Gewalt durchzusetzen. Was die Verlegenheit der Deputation noch vermehren mußte, war, daß gerade um die Zeit ihrer Eröffnung oder bald hernach die größern Stände, auf Erlaubniß und Verlangen der vermittelnden Mächte, die ihnen im Plan zugetheilten Entschädigungslande schon vorläufig in militairischen Besitz nahmen; daß also die Deputation an eine Abänderung der diese Stände betreffenden Punkte gar nicht denken durfte. Doch die Wahrheit ist, daß die Deputation selbst beynahe ganz aus diesen größern Ständen bestand, und daß unter ihr nur ein Einziger völlig uninteressirter Reichsstand war. Es kam also nur darauf an, die verschiedenen Interessen so weit zu vereinigen, daß plurima vota herauskamen, denn unanimia waren nicht nöthig, um zu einem Beschlusse über den Plan zu gelangen. Alle übrigen Bedenklichkeiten fielen weg.

Der Natur der Sache nach mußten in der Deputation zwey Hauptparteyen seyn, Böhmen und Brandenburg, d. h. Oestreich und Preussen. Das erstere verlangte für Toscana die friedensschlußmäßige vollstän-

dige Entschädigung, und das mit allem Rechte. Indirect erreichte man zugleich den Zweck, die andere Schaale, die das Reich ins Gleichgewicht bringen sollte, etwas zu erleichtern; denn zu einer völligen Indemnisation von Toscana mußten die von Frankreich so reichlich bedachten Stände nothwendig hergeben, weil der Fond schon bis auf den Grund erschöpft war. Preussen hingegen kann bey keiner Vergrößerung Oestreichs, am wenigsten in Deutschland, gleichgültig seyn; es mußte die Annahme des Plans, wenigstens in seinen Haupttheilen, durchzusetzen suchen, und es hatte auch Recht. Von den übrigen Deputirten waren aus leicht zu erkennenden Ursachen der Deutschmeister (ein Erzherzog) auf Oestreichischer; dagegen Bayern, Wirtemberg und Hessen-Cassel, welche alle Ursache hatten, mit dem Plane zufrieden zu seyn, auf Preussischer Seite. Maynz wankte, und das ist nicht zu verwundern, denn es stand in der That auf Eis. Sachsen allein konnte sich unparteyisch und strenge an seine Vorschrift, die Reichsvollmacht, halten, ohne Furcht oder

Hoffnung, durch das herzustellende Gleichgewicht zu verliehren oder zu gewinnen.

Erst nach sieben Tagen (31. Aug.) hielt die Deputation ihre zweyte Sitzung. In derselben beharrte Böhmen auf seiner vorigen Meynung. Brandenburg äußerte: „der
„König habe immer gewünscht, den Ent-
„schädigungs-Punct auf eine möglichst baldige und allgemein befriedigende Art beseitiget zu sehen, und es daher an keiner Bemühung in Unterhandlungen ermangeln lassen, habe es auch immer bedauert, daß
„Er bey aller Uneigennützigkeit für
„seinen eignen, als souveraine Macht und
„Reichsstand erlittenen Verlust, *)/ solche
„Schwierigkeiten habe antreffen müssen,
„welche ihn den vorgesetzten Zweck zu errei-

*) Preussen hat als souveraine Macht seinen Antheil am Herzogthume Geldern, welches mit dem Deutschen Reiche in gar keiner Verbindung stand, als Reichsstand aber einen Theil des Herzogthums Cleve und das Fürstenthum Meurs verlohren, beyde Westphälische Kreisländer.

„chen gehindert haben. *) Aber weit ent-
 „fernt, dabey irgend einen Vorwurf zu ma-
 „chen, suche Er vielmehr den Grund der
 „Nichterreichung Seiner aufrichtigen wohl-
 „thätigen Absichten in dem so vielfach ver-
 „wickelten Interesse, und danke daher den
 „vermittelnden Mächten um so verbindlicher
 „für einen Plan, welcher im ersten Theile
 „die nöthigen Entschädigungen beziele, und
 „im Weitern noch Betrachtungen enthalte,
 „die für das Bedürfnis künftiger Sicherstel-
 „lung des innern Bestandes von Deutschland
 „auch wesentlich scheinen. Der König
 „glaube, daß, um möglichste Einfachheit
 „in die Behandlung zu bringen, es zweck-
 „mälsig und zeitbeförderlich seyn werde,
 „wenn alles, was nach dem vorgelegten Plane
 „die Entschädigungs-Gegenstände betreffe,
 „zuvörderst in Berathung genommen werde,

*) Diefs bezieht sich offenbar auf Toscana. Man will sagen: der König habe für Toscana eine vollständige Entschädigung zu erhalten gewünscht, aber nicht erhalten können, weil das politische Interesse, das System des Gleichgewichts, entgegen gestanden habe.

„und habe seine Gesandschaft beauftragt, da-
„hin zu stimmen: dafs durch ein vor-
„läufiges Conclusum der Plan im
„Allgemeinen anzunehmen sey;
„dafs zur Beseitigung aller Beunruhigungen
„und Zweifel eines längern Aufschubs der
„nach dem Lüneviller Frieden zu erledigen-
„den Gegenstände, diese Annahme ein drin-
„gendes Bedürfnifs sey; dafs aber wegen der
„vorauszusehenden dringenden und wohl
„selbst gegründeten Reclamationen, welche
„einige Modificationen zuzulassen erfordern
„möchten, das gehörige im Concluso vorzu-
„behalten sey; dafs die Deputation von den
„Gesandten der vermittelnden Mächte über
„dergleichen Reclamationen die erforderliche
„Aufklärung und Einverständnifs zu erhalten
„suchen wolle, damit sie in den endlichen
„Schluß aufgenommen werden könnten. So
„wichtig und weit umfassend der Gegenstand
„der Deputations-Geschäfte sey, um so
„äußerst dringender sey auch die Lage der
„Umstände, da davon Ruhe, Ordnung und
„künftige Sicherheit abhänge. Diese Rück-
„sichten und die schuldige Achtung gegen

„die Vermittler erheischen allen Eifer und
 „alle Betriebsamkeit zur baldigsten Beendi-
 „gung des wichtigsten vaterländischen Ge-
 „schäftes.“

B a y e r n s Stimme war mit der Branden-
 burgischen gleichlautend. Aber das Votum
 des D e u t s c h m e i s t e r s wich sehr ab. „Die
 „Versicherung der Vermittler, daß sie den
 „wahren Betrag jedes Verlustes und Ersatzes
 „mit gewissenhafter Aufmerksamkeit abge-
 „wogen, und hiernach die Entschädigung
 „zugetheilt hätten, gebe der Deputation die
 „Hoffnung, in der übergebenen Declaration
 „eine Erleichterung ihres Geschäftes zu finden.
 „Da es aber der Deputation zur vorschrifts-
 „mäßigen Pflicht gemacht sey, das Verhält-
 „niß des Verlustes und der Entschädigung
 „in eigene Berathung zu ziehen, und die
 „Forderungen nach Maasgabe der im Frieden
 „adoptirten Grundsätze zu erörtern, so glaube
 „man dahin stimmen zu müssen: daß die
 „Declaration allerdings anzunehmen und an
 „die Vermittler eine Dankerstattung für ihre
 „freundschaftliche Verwendung zu erlassen
 „sey, mit der Versicherung, die Deputa-

„tion werde nunmehr, in Gemäfsheit
 „ihrer Befugnifs, jeden einzelnen Ver-
 „lust in eigne Prüfung ziehen, die
 „dafür abzureichende Entschädigung
 „nach denen in der Reichsvollmacht aufge-
 „stellten Grundsätzen erörtern, hiernach
 „die von den vermittelnden Mächten über-
 „gebene beyrathende Erklärung ver-
 „gleichen, und über die allenfallsigen
 „Anstände mit den Bevollmächtigten dersel-
 „ben Rücksprache pflegen.“

W i r t e m b e r g glaubte von dem Gesichts-
 puncte ausgehen zu müssen, dafs die Besei-
 tigung der durch einen längern Aufschub
 sich vermehrenden Zweifel und Besorgnisse,
 die schleunige Herstellung des innern Ruhe-
 standes und die gründliche Befestigung der
 Wohlfahrt des D. Reichs es zum dringend-
 sten Bedürfnisse machen, das der Deputation
 übertragene Geschäfte in seiner Handlungs-
 art möglichst zu vereinfachen, allen Ver-
 wickelungen und Schwierigkeiten, welche
 auf die Beförderung desselben nachtheiligen
 Einflufs haben könnten, vorzubeugen u. s. w.
 mit Preussen übereinstimmend. Hessen-

Cassel schloß sich ohne Weitläufigkeit an das Brandenburgische Votum an. Da Sachsen wegen der mannichfaltigen Betrachtungen, die der Plan darbierte, seine Abstimmung sich noch vorbehalten hatte: so war nur noch Maynz übrig, welches ein sehr wichtiges Votum ablegte.

Nachdem es der Reichsdeputation ihre eigentliche gesetzliche (in der Reichsvollmacht liegende) Obliegenheit vorgehalten, fährt es fort: „Die ganz richtige Betrachtung, dafs das Reich für sich allein mit dieser höchst wichtigen Sache nicht werde fertig werden können, hat die Vermittler bewogen, hierüber der Deputation ihre Plane vorzulegen, welche von dieser in schleunige und gründliche Ueberlegung genommen werden möchten, indem das Wohl des Reichs, und die Befestigung der allgemeinen Ruhe Europens erforderten, dafs alles, was die Berichtigung des Entschädigungswesens betreffe, in Zeit von zwey Monaten geendigt sey.“

„Es ist bekannt, daß verschiedene Deut-
 „sche Höfe hierauf nicht gewartet,
 „sondern mittlerweile diejenigen Lande,
 „welche ihnen in den Declarationen zuge-
 „dacht worden, wirklich schon theils in
 „eigenthümlichen, *) theils in vorläufigen
 „militairischen Besitz genommen haben.
 „Wie sehr sich dadurch, gleich bey Eröff-
 „nung dieser Deputation, der Zustand der
 „Dinge, den sich das Reich bey Ausstellung
 „seiner Vollmacht gedacht hat, geändert
 „habe, bedarf wohl keiner Bemerkung.
 „Wäre auch die Berichtigung des Entschä-
 „digungswesens vorhin weniger eilig gewe-
 „sen, als sie es schon für sich selbst, nach
 „einmal öffentlich bekannt gewordenen De-
 „clarationen der beyden Mächte, **) in vielem
 „Betrachte wirklich ist: so würden es doch

*) So Preussen alleine.

**) Die Minister der vermittelnden Mächte er-
 suchten die Deputation, ihre Declarationen
 oder den Plan vorerst noch geheim zu halten.
 Und an eben dem Tage, da dieß zu Regens-
 burg geschah, ward er zu Paris im Mo-
 niteur abgedruckt.

„die nur gedachten Vorgänge der Deputation
 „zur Pflicht gemacht haben, dieses schwere
 „Werk, so traurig und verwickelt es
 „auch immer ist, nach aller Möglichkeit zu
 „beschleunigen. Die groſe Vorfrage ist nur,
 „wie ist es ernstlich anzugreifen? Daſs auf
 „die Declarationen der beyden Mächte sich
 „einzulassen, mit ihnen darauf zu unter-
 „handeln sey, versteht sich von selbst. Es
 „zerfallen allerdings diese Declarationen in
 „zwey Haupttheile, nämlich in die bestimm-
 „ten Entschädigungen, und dann in die
 „weitem Einrichtungs-Gegenstände, welche
 „als Considerations generales der
 „Deputation zur weitem Ueberlegung empfoh-
 „len werden; es finden sich jedoch unter
 „letztern auch solche Puncte, welche ihrer
 „Natur nach alsbald zugleich mit den erste-
 „ren bestimmt, und darüber wenigstens un-
 „verzüglich allgemeine Regeln festgesetzt
 „werden müssen. Hier werden nun als Bey-
 „spiele angeführt: der anständige Unterhalt
 „aller lebenden Personen, die in einem säcu-
 „larisirten Lande ihre constitutionelle Existenz

„gehabt haben; die Schulden und Pensionen,
„welche auf den zu säcularisirenden Landen
„haften, besonders auf den zerstückelten;
„daher sey nöthig, bey den anzuweisenden
„Entschädigungen zugleich deutlich auszu-
„drücken und festzusetzen, dafs auf den
„neuen Besitzer eben so alle auf seinen Ent-
„schädigungslanden haftende Verbindlichkei-
„ten übergiengen, wie ihm anderer Seits
„alle deren Rechte und Einkünfte zufielen.
„Dann sagt es weiter:

„Was nun die in den Declarationen auf-
„gestellte Entschädigungsmasse selbst, und
„hiernächst die wirkliche Austheilung der zu
„säcularisirenden Lande und dahin mit auf-
„genommenen reichsstädtischen Bezirke be-
„trifft: so fällt wohl bey deren Durchlesung
„jedem sogleich in die Augen, dafs sich
„hierbey die beyden Mächte nicht
„an den dürren Buchstaben des
„Lüneviller Friedens, worauf die De-
„putation angewiesen ist, zu halten ge-
„meynt waren. Dafs sie bey den
„größeren Höfen und Virilstimmen
„führenden Reichsständen an den genauen

„Ersatz des Verlustes sich nicht haben bin-
 „den wollen, sondern dabey zugleich eigene*)
 „politische Rücksichten und Grundsätze
 „haben eintreten lassen, geben sie deutlich
 „genug zu erkennen. Bey den übrigen und
 „Curiatstimmen führenden Ständen hingegen
 „war und ist ihre Intention und Meinung,
 „nach der gründlichsten Prüfung mit der
 „strengsten Unpartheylichkeit die Entschä-
 „digungen nach dem wirklichen Verluste ab-
 „zumessen. Wie war es aber fremden
 „Mächten, auch bey dem entschei-
 „dendsten Willen möglich, über-
 „haupt bey Bestimmung der Ent-
 „schädigungen**) mit allen nöthi-
 „gen Landeskenntnissen versehen
 „zu seyn? Eben deswegen verlangen diese

*) d. h. weder auf den Lüneviller Frieden ge-
 gründete, noch vom Reiche erwartete.

**) Also hätte der Entschädigungs-Plan zu Re-
 gensburg von Deutschen, und nicht zu
 Paris von Franzosen gemacht werden
 müssen, der Französischen Mitwirkung in
 Herstellung des Gleichgewichts völlig unbe-
 schadet.

„Mächte von der Deputation, daß diese die
 „vorgelegten Plane aufs gründlichste prüfen
 „solle, und es ist heilige Pflicht dieser De-
 „putation, diesem Verlangen aufs beste und
 „schleunigste entgegen zu gehen.“ Hierauf
 dankt der Erzkanzler den beyden Mächten,
 daß sie die Fortdauer seiner Existenz für
 nothwendig gefunden, und die Würde ange-
 messen fundirt haben; bedauert, daß seine
 beyden geistlichen Mitchuren aufhören, und
 die Säcularisationen so sehr generalisirt wer-
 den sollten, und schließt mit der Erklärung,
 es sey seine Pflicht, als Deputirter, und
 noch mehr als Erzkanzler, sich um das
 Wohl des ganzen Reichs und eines jeden
 Individuen nach allen Kräften anzunehmen,
 und gemeinsam mit der Deputation sich zu
 bestreben, daß hierüber die mediirenden
 Mächte hinlänglich aufgeklärt werden.

Durch diese offene, männliche und des
 Reichserzkanzlers höchstwürdige Abstim-
 mung trat also derselbe denen bey, welche
 für die Prüfung waren, jedoch mit der Be-
 merkung, daß die Deputation die Entschä-
 digungen der größern Stände werde unge-

prüft lassen müssen, weil sie mehr als Entschädigungen wären, und auf Grundsätzen beruhten, die der Deputation fremd wären. Die Annahme des Plans im Allgemeinen verlangten demnach Brandenburg, Bayern, Wirtemberg und Hessen-Cassel — die Hälfte der Deputirten; eine vorherige Untersuchung desselben verlangten der Erzkanzler, Böhmen und der Deutschmeister. Da Sachsens Stimme noch fehlte: so konnte kein Conclusum gefasst werden.

Von Böhmen ward eine Reclamation wegen Toscana, und eine Erklärung wegen der Kaiserlichen Besitznahme der Stadt Passau zu Protocoll gegeben. Der Anfang dieser letztern ist merkwürdig. „Der Kaiser „habe gehofft, durch die ungesäumte Eröffnung der Deputation das D. Reich vor der, „seiner Verfassung und seiner Selbstständigkeit im gleichen Maasse gefährlichen Extremität zu bewahren, daß die wichtigsten „Länder- und Grundverhältnisse, mit Unterdrückung der dem Kaiser und Reiche „nach dem Lüneviller Tractate und nach dem

„Völkerrechte zustehenden freyen Unterhand-
„lungs- und Berichtigungs-Befugniss, nicht
„nur beschlossen, sondern auch durch vor-
„greifende militairische Besitznehmungen
„auf bloße geheime einseitige Verabredungen
„ausgeführt würden. Allein Er war bisher
„nicht so glücklich, diese väterliche und pa-
„triotische Absicht zu erreichen. Als noch
„für den Kaiser und den D. Reichskörper die
„über Deutschlands Schicksal verfaßten Plane
„ein tiefes Geheimniss geblieben waren,
„wurden schon in den Nordischen Reichs-
„kreisen Länderoccupationen ausgeführt,
„denen außer dem Huldigungsact gar nichts
„von einer wirklichen landesherrlichen Zu-
„eignung abgeht. Von einer andern Seite
„wurden zur nämlichen Zeit öffentliche An-
„stalten und Schritte zu einer gleichen vor-
„greifenden Unternehmung im Süden und in
„der Mitte von Deutschland gemacht, und
„zwar mit einem so großen Umfange der
„Gegenstände, daß nicht nur darunter ein
„sehr großer Theil der in den frühern Un-
„terhandlungen für die Entschädigung von
„Toscana gewidmeten Lande begriffen sey,

„sondern auch die Ersetzung derselben durch
„andere Zutheilungen unmöglich gemacht
„werden sollte. Der Kaiser habe daher einen
„Gesandten nach München geschickt, um
„Vorstellungen dagegen zu thun; vorzu-
„schlagen, daß beyde Höfe bis nach erfolg-
„ter Berichtigung der Deputation sich aller
„vorläufigen Besetzungen enthalten wollten;
„und eine Unterhandlung zur Ausgleichung
„der beyderseitigen Ansprüche anzubieten.
„Pfalz habe alle Vorstellungen und Anträge
„abgewiesen, und sey im Begriffe gewesen,
„sich Passaus zu bemächtigen; da habe der
„Kaiser die Stadt auf Verlangen des Bischofs,
„wie auch Salzburg und Berchtesgaden, be-
„setzt. Doch blieben die Landesverwaltung
„und die Einkünfte dieser drey Fürstenthü-
„mer den bisherigen Besitzern, da der Kaiser
„sich zwar zur Sicherstellung dieser Lande
„für die Toscanischen Entschädigungsan-
„sprüche, keinesweges aber auch dazu befugt
„halte, Seinem Herrn Bruder den Besitz der-
„selben vor erfolgter tractats- und verfas-
„sungsmäßiger Berichtigung der Entschädi-
„gungsangelegenheiten zuzueignen.“

Brandenburg antwortete: „Da der
„König bey dem ganzen Friedenswerke mit
„der Französischen Republik, und allen in
„dessen Folge nothwendigen Unterhandlun-
„lungen, so wie bey dem vorausgegangenen
„Kriege selbst, nicht blofs als Stand des D.
„Reichs, sondern zugleich als souveraine
„Macht aufgetreten sey: so könne diese ge-
„doppelte auch von Oestreich geltend ge-
„machte Eigenschaft nicht aufser Acht gelas-
„sen werden, und es sey daher auf diesen
„Unterschied auch bey denjenigen Entschä-
„digungen, welche Preussen zukommen,
„eine billige Rücksicht zu nehmen. *) So
„wenig der König als Macht zuzugeben ge-
„habt hätte, dafs der Kaiser im Friedens-
„schlusse mit Frankreich die Preussischen
„jenseitrheinischen Provinzen, zumal die

*) Diese Doppelt-Eigenschaft verschiede-
ner Reichsstände ist eins der gröfsten Uebel,
welche die Deutsche Staatsverfassung drücken.
Es kommt nicht mehr auf die Natur der Sache,
sondern allein auf das Interesse an, ob man
als Souverain oder als Reichsstand
auftreten will.

„gar nicht zum D. Reiche gehörige Provinz
 „Geldern, mit abtrat;*) so gerne hätte
 „Er gleichwohl um der Ruhe und der Her-
 „stellung des Friedens willen eingewilligt,
 „sich aber ausdrücklich in der zur Reichsra-
 „tification des Friedens bey der Reichsver-
 „sammlung gegebenen Abstimmung Seine
 „Verhältnisse und Rechte vorbehalten. Um
 „diesen Genüge zu leisten, habe man Preussi-
 „scher Seits keine andere Bahn betreten kön-
 „nen, als diejenige, auf welcher Oestreich
 „schon voran gegangen war. Dieß habe in
 „den Friedensschlüssen für seine an Frank-
 „reich abgetretenen Provinzen sich nicht
 „allein Schadloshaltungen stipulirt, sondern
 „sich auch sofort und ohne weiters in den
 „Besitz derselben gesetzt. Daher sey es der

*) Im Viten Art. des Lüneviller Friedens sind nur die Länder und Domainen auf dem linken Rheinufer, die zum Deutschen Reiche gehören, abgetreten worden. Da nun Geldern gar nicht zum D. Reiche gehört, so ist es gar nicht mit abgetreten worden, folglich auch zu einer Entschädigung vom D. Reiche gar nicht geeignet.

„König seiner Würde und den Rechten Sei-
 „ner gleichen Verhältnisse schuldig gewesen,
 „auch für Sich in Absicht Seiner Schadlos-
 „haltungen das Nämliche zu thun, und Sich
 „hierunter auf die nämliche Linie zu setzen. *)
 „Aus diesem Gesichtspuncte wären die Un-
 „terhandlungen zu betrachten, in welche der
 „König mit den vermittelnden Mächten ein-
 „gegangen. In einer Convention vom 23
 „May d. J. würden Ihm die aus dem
 „Plane bekannten Indemnitäten
 „nicht allein ohne alle Restrictio-
 „nen zugewiesen, sondern es sey
 „auch in diesem Vertrage ausdrück-
 „lich bestimmt, dafs jene Entschä-
 „digungslande sogleich in Besitz
 „genommen werden sollten. Durch
 „diese ausdrückliche Festsetzung, durch das
 „Beyspiel von Oestreich, und durch die
 „dringende Rücksicht auf die wesentlichen

*) Hier tritt aber der wesentliche Unterschied
 ein, dafs Oestreich ehemals souveraine
 Lande zur Entschädigung erhielt; Preussen
 aber Reichs-Lande, welche von der Depu-
 tation erst noch näher zu bestimmen waren.

„Nachtheile, welche aus dem prekären und
 „ungewissen Zustande eines zur Verwechslung
 „seiner Landesherrschaft bereits bestimmten,
 „aber noch nicht dazu wirklich abgegebenen
 „Landes entspringen, habe sich der König
 „zur vorläufigen Besitznehmung der Ihm zu
 „Theil gewordenen Schadloshaltungen be-
 „wogen gesehen. Je mehr hiernach das
 „Preussische Benehmen von aller Willkühr
 „entfernt erscheine, und je mehr dieser Vor-
 „gang beytragen werde, die Entschädigungs-
 „angelegenheit zu beschleunigen, und dem
 „traurigen Zustande der Ungewifsheit und
 „Befürchtungen ein Ende zu geben, welcher
 „nur zu lange schon über so viele Deutsche
 „Staaten walte; je mehr daher hierdurch
 „die Ruhe des nördlichen Deutschlands viel-
 „mehr befestigt als erschüttert worden sey:
 „desto ruhiger könne der König die Ver-
 „vollständigung der staatsrecht-
 „lichen Form von der Sanctioni-
 „rung erwarten, welche den gesammten
 „Schadloshaltungen vom Deutschen Reiche
 „überhaupt noch zu ertheilen sey.“

Bayern fügte noch hinzu: es werde

durch Vorlegung der bestimmtesten statistischen Angaben auf eine überzeugende Art darthun, daß die ihm angewiesenen Entschädigungen in keiner Rücksicht als ein Aequivalent für die zum Besten des Vaterlandes gebrachten Pfälzischen Abtretungen anzusehen wären.

Diese Behauptung widerspricht nicht nur den bisherigen Angaben aller Statistiker, sondern sogar den Aeußerungen der Französischen Regierung, Bayern darum so sehr verstärkt zu haben, weil es mit zur Grundlage des Gleichgewichts im Reiche dienen solle. Wie konnte Talleyrand dieses sagen, wenn Pfalz Bayern noch nicht einmal ein Aequivalent für seine Abtretungen erhielt? — In keiner Rücksicht? also weder in Ansehung des Umfangs, noch der Bevölkerungen, noch der Einkünfte, noch der natürlichen Beschaffenheit, noch der politischen Lage? Von den ersten drey Puncten wird bey Bayerns Entschädigung die Rede seyn, und man wird sehen, daß in diesen drey Rücksichten kein Zweifel statt finden könne, daß hier mehr als Aequivalent ist. In Ansehung des Clima

und der Fruchtbarkeit gehörte die Rheinische Pfalz allerdings zu den besten Deutschen Landschaften; doch dürften sich von den Entschädigungs-Landen einige Striche in Schwaben und die Fränkischen Bisthümer Bamberg und Würzburg noch wohl mit ihr messen können. Sollte überhaupt darauf Rücksicht genommen werden, so hätte ganz Deutschland kein Aequivalent für Toscana. Ueber die in politischer und militairischer Rücksicht weit vortheilhaftere Lage der entschädigenden Lande als der verlohrnen kann gar kein Streit seyn. Es wäre daher zu wünschen gewesen, daß man der Deputation die bestimmtesten Angaben wirklich vorgelegt hätte, welches aber nicht geschehen ist.

Schon die dritte Sitzung (8 Sept.) entschied Deutschlands Schicksal. Sachsen gab folgende Abstimmung: „Da von Seiten „der Vermittler auf die schleunige Abfassung „eines Schlusses über ihre Declaration gedrungen werde; so könne es, um den Vorwurf aller Verzögerung zu vermeiden, in „Gemälsheit der Reichsvollmacht sich vorläufig nur dahin erklären: daß die Mitthei-

„lung der Declaration, als eines Leitfadens,
 „nach welchem die Deputation ihre Berathun-
 „gen anzustellen habe, mit Danke zu erken-
 „nen, und daß nunmehr die darin ent-
 „haltenen Puncte in baldige reife
 „Ueberlegung zu nehmen; mit der
 „Verhandlung aber zugleich die Regulirung
 „des Schuldenwesens in den Entschädigungs-
 „landen und des standesmässigen Unterhalts
 „ihrer bisherigen Besitzer, imgleichen die
 „nöthige Rücksicht auf Landes- und Religions-
 „Verfassung, auf Reichs- und Kreis-Leistun-
 „gen, und auf die einem Dritten zustehenden
 „Rechte, in untrennbare Verbindung zu
 „setzen seyen.“

In einer darauf folgenden Interlocution
 äußerte Böhmen nochmals, daß, da der
 vorgelegte Entwurf von den beym Rastadter
 Congresse verabredeten, und im Lüneviller
 Frieden förmlich festgestellten Grundlagen
 so offenbar und weit abweiche, man densel-
 ben zwar als Ordnung und Reihe, in
 welcher die mit den Vermittlern zu verhan-
 delnden Gegenstände vorzutragen und zu
 prüfen seyen, — keinesweges aber als wirk-

liche erste Bestimmungen, unter bloßem Vorbehalte etwaniger Modificationen, annehme; indem die im Entwurfe liegenden Haupt- und Urmängel eine Verbesserung forderten, die unter den engen Begriff einer Modification nicht wohl gebracht werden könne. Dagegen traten Brandenburg, Bayern, Württemberg und Hessen-Cassel dem Mainzischen Antrage, daß im Deputationsschlusse bestimmte Regeln für den Unterhalt der Geistlichkeit und wegen der Landesschulden sogleich mit festzusetzen wären, bey.

Gleichsam aus Erkenntlichkeit gab nun Mainz einen schließlichen Nachtrag zu seiner vorigen Abstimmung, der sie wesentlich veränderte. Nachdem es seine vorigen Bemerkungen kürzlich wiederholt hat, fährt es so fort: „Da die Vermittler verlangen, daß das „Entschädigungswerk in Zeit von 2 Monaten „terminirt werden möge: so sieht man wohl „deutlich, daß ihre Meinung nicht ist, von „sämtlichen Beschädigten ohne Unterschied förmliche Liquidationen

„ihrer Verluste zu fordern, solche von
„der Deputation streng prüfen zu lassen,
„und dann die Entschädigungen nach dem
„Resultate solcher Prüfungen abzumessen.
„Wie sollte auch die Deputation mit dieser
„Prüfung fortkommen, da in die Declara-
„tionen sogar solche Beschädigte
„mit aufgenommen sind, deren der
„Lüneviller Friede in keinem Ar-
„tikel erwähnt? Auch müßte sich die
„Deputation überhaupt auf die so weit aus-
„gedehnte Entschädigungsmasse selbst er-
„klären: sie müßte den wirklichen Besitzern
„so viel als möglich noch davon zu retten
„suchen. Leider! aber beweisen die jetzt
„schon erschienenen Reclamationen, und die
„Entschädigungen, deren Bestimmung selbst
„in den Declarationen noch vorbehalten
„worden ist, erfordern schon so viel, daß
„man sich vergeblich schmeicheln würde,
„von denjenigen Stiftern und Reichsstädten,
„welche von den vermittelnden Mächten
„wirklich schon zur Entschädigungsmasse be-
„stimmt sind, noch etwas retten zu wollen.
„Unter allen solchen Umständen bleibt also

„der Deputation allerdings practisch nichts
 „anders übrig, als die ihr obliegende Prü-
 „fung des Plans dahin zu beschränken, daß
 „sie nur die ihr gegen denselben zu-
 „kommenden dringenden Reclama-
 „tionen in Erwägung nimmt, und
 „jeder nützlichen und pflichtmäßigen Erinne-
 „rung irgend eines Deputirten gegen einzelne
 „Puncte Gehör giebt; Da sie aber von den
 „Gründen und Berechnungen, wor-
 „auf jede einzelne Entschädigung beruht,
 „nicht unterrichtet ist, sich solche
 „alsbald von den Ministern der ver-
 „mittelnden Mächte erbittet, auch
 „sie allenfalls um ihre Vormeinung ersucht.
 „Da nun diejenigen Delegirten, welche für
 „die Annahme des Plans im Allgemeinen
 „angetragen hätten, in ihren so eben proto-
 „collirten nachträglichen Abstimmungen sich
 „wegen des Unterhalts derer, die in den Ent-
 „schädigungs-Landen ihre constitutionelle
 „Existenz gehabt, und wegen der Schulden
 „mit Mainz einverstanden seyn: so könne es
 „keinen weitem Anstand nehmen, seine

„Abstimmung dahin zu concludiren, daß den
„Ministern der beyden Mächte zu erklären
„sey, man nehme im festesten Vertrauen
„auf die wohlmeinenden Gesinnungen bey-
„der Mächte für das D. Reich den Entschä-
„digungs-Plan im Allgemeinen der-
„gestalt vorläufig an, daß man dabey alle
„Modificationen, die durch Reclamatio-
„nen veranlaßt würden, oder welche die
„Deputation selbst durch Beschlüsse zu er-
„innern nöthig fände, sich vorbehalte, und
„deren gerechte gemeinsame Erledigung sich
„verspreche. Man glaube dagegen, die men-
„schenfreundlichen Gesinnungen und Ab-
„sichten der beyden Mächte nicht zu ver-
„fehlen, wenn man dabey bemerke, daß in
„dem endlichen Schlusse der Deputation zu-
„gleich festzusetzen seyn werde, daß jeder
„Beschädigte bey wirklicher Ueberkommung
„seiner Entschädigungslande auch zugleich
„den anständigen Unterhalt aller bisher in
„solchen Landen ihre constitutionelle Exi-
„stenz gehabten Personen, die darauf hypo-
„thecirten Schulden und andere reelle Ver-
„bindlichkeiten mit zu übernehmen habe,

„und hierüber im Schlusse bestimmte Regeln
 „festzusetzen seyen; dafs hiernach, um zur
 „baldigsten Erörterung der Reclamationen
 „und Deputations-Erinnerungen gelangen zu
 „können, diese Deputation sich unverzüglich
 „mit den Ministern der vermittelnden Mächte
 „benehmen werde, um von denselben über
 „alle solche Gegenstände die erforderlichen
 „Aufklärungen zu erhalten, und sich mit
 „ihnen darüber einzuverstehen u. s. w.“

Auf die Anzeige des Directoriums, dafs in den Abstimmungen noch immer einige Verschiedenheiten lägen, welche die Formirung des Conclusi erschwerten, vereinigten sich Brandenburg, Bayern, Württemberg und Hessen-Cassel mit dem Schlufsantrage von Maynz; und nachdem der Sächsische Subdelegatus erklärt hatte, er sey zwar nicht zur allgemeinen Annahme des Plans angewiesen, müsse sich jedoch die bereits vorhandenen majora gefallen lassen, ward der Mainzische Antrag Wort für Wort zum Conclusum gemacht, ohne dafs Böhmen und der Deutschmeister etwas dagegen einwendeten.

Von nun an war nicht mehr die Rede davon, den Plan Punct für Punct zu prüfen. Die Deputation gab bey den ganz veränderten Umständen — da die Vermittler sich weniger an den Inhalt des Friedens als an den Grundsatz des Gleichgewichts gehalten, und die größern Stände von ihren Entschädigungen schon Besitz genommen hatten — das in ihrer Vollmacht liegende Geschäfte der Untersuchung völlig auf, oder vielmehr, sie schränkte es bloß auf die gegen den Plan einkommenden Reclamationen ein. Diese, und die Bestimmungen und Einrichtungen, welche der Plan unmittelbar erforderte, machten nun ihre vornehmste Beschäftigung aus. Weil man aber über jede gegründet befundene Reclamation die Meinung und den Willen der Vermittler vernehmen mußte: so ward beschlossen, die schon eingegangenen Reclamationen vom Großherzog von Toscana, Deutschmeister und Grafen Stadion den Ministern der vermittelnden Mächte mitzutheilen.

Nach dem gesetzmäßigen Herkommen muß jedes Conclusum einer Reichsdeputation an die ihr zugeordnete Kaiserliche Plenipotenz

erlassen, und nach deren Vereinigung mit demselben von ihr an die Behörde befördert werden. Dieß geschah dann auch mit obigen beyden Conclusis. Allein in der vierten Sitzung (14. Sept.) zeigte das Directorium an, daß die Kaiserl. Plenipotenz sich weigere, dem ersten Beschlusse (von Annahme des Plans) beyzutreten. „Die Kaiserl. Commis-
 „sion glaubt, heißt es in ihrem Erlaß, von
 „der Voraussetzung ausgehen zu dürfen, die
 „Meinung der Deputation gehe dahin: daß
 „alle jene Erinnerungen von ihr vorzubringen
 „seyen, welche sie nach den ihr in der
 „Reichsvollmacht vorgeschriebenen
 „Pflichten zu machen hat, und die sich
 „als Folge der im Lüneviller Frieden
 „völkerrechtlich bestimmten Direc-
 „tivnormen ergeben; daß in den Begriff
 „der vorbehaltenen Modificationen jede Er-
 „weiterungen und Einschränkungen aufzu-
 „nehmen seyen, welche eine pflichtmä-
 „ßige Prüfung aller Theile des
 „Planes nothwendig erzeugen wird; und
 „daß unter der zu hoffenden gerechten Erle-
 „digung ihrer Erinnerungen und der gegründet

„befundenen Reclamationen eine den Be-
„stimmungen des Lüneviller Frie-
„dens gemäße Berichtigung sowohl
„von der Gerechtigkeit der vermittelnden
„Mächte, als von ihrer Achtung für die un-
„verletzbaren Rechte eines unabhängigen
„Staates mit aller guten Zuversicht zu erwar-
„ten sey. Mit dieser Ansicht der Sache von
„Seiten der Deputation sey aber deren Erklä-
„rung: sie nehme den Plan im Allgemeinen
„vorläufig an, unvereinbarlich. Eine An-
„nahme dieser Art lasse voraussehen, daß
„jeder nach dem Plane zu entschädigende
„Theil glauben dürfte, ein Recht erworben
„zu haben, auf Erhaltung des ihm zugedach-
„ten Looses zu bestehen, und Aenderungen
„und Modificationen zu erschweren, welche
„durch Reclamationen nothwendig würden.
„Gleich unvereinbarlich würde es seyn,
„wenn man Erinnerungen von vorbemerakter
„Art sich ausdrücklich vorbehalten, aber
„zugleich die Wege verengen, und die Mit-
„tel entziehen wollte, solche zu befriedigen;
„indem die Entschädigungen, welche in dem
„einmal angenommenen Plane schon festge-

„setzt wären, die Indemnitätsmasse dergestalt erschöpften, daß für die nachmalige Befriedigung der gerechten Reclamationen nichts, oder nur sehr wenig, mehr übrig bleiben dürfte. Endlich erfordere es wohl die Natur des Geschäftes, daß man, ehe der Plan im Allgemeinen angenommen werde, sich vorerst mit der Prüfung der wider so viele Theile des Ganzen gemachten Erinnerungen beschäftige, und aus dem Resultate der Prüfung der einzelnen Theile erst hervorgehen lasse, was wegen des Ganzen festzusetzen sey. Mit dem zweyten Deputations - Gutachten vereinige sich die Kaiserl. Commission, und werde die 3 Reclamationen an die Gesandten der Vermittler gelangen lassen.“

Von dem Kaiser also ward die Deputation wieder auf ihre Vollmacht verwiesen, welche Prüfung verlangte, und auf den Lüneviller Frieden, als die einzige Directivnorm beym Entschädigungswerke; denn auf diesem Wege mußte Toscana vollständig entschädigt werden, und der von den Vermittlern aufgestellte Grundsatz

des Gleichgewichts, als dem Friedensschlusse zuwider, der nur wahre Entschädigung verspricht, über den Haufen fallen.

Hierauf ward eine Note des Französischen Ministers verlesen, welche gegen die erste Böhmische Abstimmung gerichtet war. Der erste Consul bezeugt darin, die Eröffnungen des Wiener Hofes, anstatt die Mittel anzugeben, für die Entschädigung so vieler weltlichen Fürsten zu sorgen, hätten bloß zur Absicht gehabt, die Entschädigung des Großherzogs zu reguliren, wozu weltliche und erbliche Besitzungen angewandt werden sollten. Die Entwürfe desselben wären dahin gegangen, sein Gebiet bis an den Lech auszudehnen, wodurch Bayern aus der Zahl der Mächte wäre ausgestrichen worden. Bayern sey aber durch die Politik der Mächte garantirt, die bey der Erhaltung eines billigen Gleichgewichts in Deutschland interessirt wären. Denn wenn das Gleichgewicht von Europa wolle, daß Oestreich groß und mächtig sey: so erfordere es das Gleichgewicht von Deutschland, daß Bayern in seiner Integrität erhalten, und gegen alle

weitere Zerstückelungen gedeckt werde. Daher hätten die Wiener Insinuationen weder zu Paris, noch zu Petersburg, noch zu München, angenommen werden können. Dagegen erkläre man der Deputation, daß die Erbstaaten des Churfürsten von Pfalz-Bayern, so wie die ihm bestimmten Entschädigungen, die zur Herstellung des Gleichgewichts nöthig wären, sich unabänderlich unter dem Schutze der vermittelnden Mächte befänden, und daß der erste Consul nie zugeben werde, daß Oestreich einen Theil des Gebiets erhalte, was Bayern auf dem rechten Inn - Ufer besitze.

Bey der Umstimmung gab Böhmen wieder ein sehr merkwürdiges Votum. „Es müsse, sagte es, seine erste Verwahrung gegen den Plan durch eine zweyte tiefer befestigen. Einer Seits sey die Annahme des Plans im Allgemeinen unvereinbarlich mit der von der Deputation und den vermittelnden Mächten bezielten Gerechtigkeit und Unparteylichkeit; sie könne daher weder der gegenwärtigen, noch der Nachwelt als Frucht ruhiger, jedes Recht und

„jedes Verhältniß wägenden Prüfung, sie
„müsse ihr vielmehr als Werk entweder der
„Uebereilung oder des ausschliessendsten
„Vorbedachts erscheinen: zwey Urtheile,
„welche die Würde des der Deputation an-
„vertrauten Geschäftes und der gerechte
„Wunsch seiner unantastbaren Fortdauer in
„gleicher Weite von ihm entfernt halten soll-
„ten. Anderer Seits gebe diese Annahme
„allen noch so gegründeten Reclamanten, in
„jedem durch den Plan übermässig Be-
„theilten einen eigenen Gegner, welcher von
„nun an über die gerechtesten Ausstellungen
„sich erhaben wähnet, und das ihm ange-
„kündete Loos gleich einem bereits erwor-
„benen unbestreitbaren Eigenthume verthei-
„diget; die Deputation setze also hierdurch
„ein unverkennbares, neues, großes Hinder-
„niß zwischen ihr eigenes Gefühl und die
„den Verletzten schuldige Hülfe. Die Rich-
„tigkeit dieser Bemerkungen zeigt sich jedem
„unbefangenen Auge, und wer sie nicht laut
„mitspricht, kann sie doch seiner eigenen
„stillen Ueberzeugung und dem Urtheile
„des Publicums nicht ableugnen. Wenn

„es demnach um würdige und gesetzte Be-
„handlung eines so grossen Gegenstandes zu
„thun sey, so dürfe wenigstens nicht gleich
„der erste Schritt in ausganglose Abwege
„führen. Ohne Zweifel aber wären es solche
„Abwege, wenn der Plan, im Anbeginne
„seiner Entwicklung die klärste Verbind-
„lichkeit des Vten Art. des Friedens grossen-
„theils unerfüllt lasse; wenn er auf dem
„Grunde, welcher die Schadlosstellung des
„Grossherzogs vervollständigen sollte, Ent-
„schädigungen für einen Dritten errichte,
„und so stufenweise auf den Vierten und
„Fünften fortschreite, auch endlich gar zu
„neuen Sätzen und Grundlagen, die weder
„mit dem Buchstaben noch mit dem Sinne
„des Reichsfriedens-Vertrages irgend etwas
„gemein haben; wenn endlich die Deputa-
„tion, statt einen festen Richtpunct in der
„Mitte dieser Verwicklungen zu ansehen und
„deutlich zu bezeichnen, ihnen vielmehr zu
„folgen scheine. Es sey das allerseitige In-
„teresse, selbst der beyden Mächte, dafs
„dieses nicht geschehe, und dafs jenes, was
„aus Drange der Umstände geschehen mufs,

„nicht mit dem zerstörenden Gepräge einer
„gänzlichen Aufgebung alles eigenen Ur-
„theiles und Willens in die Welt trete. Da-
„mit nun das Geschäfte ohne Zeitverlust in
„eine bessere Lage komme, wäre der K. K.
„Hof zu neuen Eröffnungen mit den beyden
„Mächten gekommen, wovon er sich einen
„glücklichen Erfolg verspreche, müsse aber
„um so feyerlicher gegen alle vorläufige An-
„nahme des vorgelegten Plans sich verwah-
„ren. In Betreff der Französischen Note er-
„klärte der Subdelegirte, ohne seinem Hofe
„vorgreifen zu wollen, daß ihm während
„seiner Theilnahme an den Unterhandlungen
„in Paris nichts bekannt geworden sey,
„woraus entweder auf eine Vorrückung der
„Gränzen bis an den Lech, oder auf eine
„Untergrabung und Gefährdung des gegen-
„wärtigen Bestandes von Pfalz-Bayern auf
„irgend eine Weise gefolgert werden könnte;
„daß vielmehr für jede Abtretung oder Ver-
„wechselung der vollständigste Gegenwerth je-
„desmal angetragen worden, und keine Verän-
„derung überhaupt anders als mit dessen völli-
„gem Einverständnisse bezweckt worden sey.”

Es ist nicht zu leugnen, daß zwar einer Seits in dieser kräftigen Abstimmung sehr viel Wahrheit lag, daß aber auch anderer Seits Toscana allein die Ursache der verweigerten Annahme des Plans war. Dadurch ward die Französische Versicherung, daß Oestreich nur wegen der Toscanischen Entschädigung unterhandelt habe, bestätigt.

Brandenburgs Votum enthielt eine Widerlegung des Böhmischen. „Bey der „beyspiellosen Lage, in welcher gegenwärtig „das D. Vaterland sich befinde; bey dem „außerordentlichen sich täglich mehrenden „Drange der Umstände, welche die schleu- „nige Entscheidung dieser Crise zur dringen- „den Nothwendigkeit machten, weil davon „einzig die Ruhe, die Ordnung und die „öffentliche Sicherheit abhängen; bey den „hierauf gerichteten Wünschen und Seufzern „nicht allein so vieler Beschädigter, wegen „ihres künftigen Schicksals in Ungewißheit „schwebender Deutscher Fürsten und Lan- „desherren, sondern auch aller Deutscher „Bürger und Unterthanen; bey dem leben- „digen Gefühle, welches die beyden vermit-

„telnden Mächte gleichmäfsig von der Noth-
„wendigkeit dieser Entscheidung belebt, und
„zur Bestimmung eines bereits beynahe zur
„Hälfte verflossenen Termins hierzu veran-
„lafst habe; und bey der innigsten pflicht-
„mäfsigsten Ueberzeugung, welche das auf
„die allgemeine Annahme des Plans gerich-
„tete Conclufum der Deputation habe vor-
„schreiben müssen — müsse es als höchst
„unerwartet und schmerzlich auffallen, dafs
„die Kaiserl. Plenipotenz Bedenken trage,
„sich mit diesem Conclufio zu vereinigen.
„Indessen sey man des Dafürhaltens, dafs
„das durch so aufserordentliche Zeitumstände
„erzeugte, und durch die Majorität ord-
„nungsmäfsig beschlossene Conclufum, des
„verweigerten Beytritts der Plenipotenz un-
„geachtet, in seiner vollen Kraft, Gültigkeit
„und Wirksamkeit bestehe, und die Deputa-
„tion auf dessen Grund ihre Deliberationen
„und Unterhandlungen mit den Ministern
„der beyden Mächte bis zur Fassung eines
„endlichen Kaiser und Reich zur Genehmi-
„gung vorzulegenden Beschlusses ruhig und
„ununterbrochen fortsetzen könne. Aufser-

„ordentliche Fälle heischten außerordentliche
 „Maafsregeln; Förmlichkeiten, welche für
 „gewöhnliche Zeitumstände ersonnen und
 „passend wären, liefsen sich in außerordent-
 „lichen Zeitumständen unmöglich nach ihrer
 „ganzen Strenge anwenden und beobachten.
 „Die Subdelegation glaube sich vor ganz
 „Deutschland und Europa, vor der Mit- und
 „Nachwelt verantwortlich zu machen, wenn
 „sie hier nicht laut ihre Ueberzeugung be-
 „kennen würde, dafs die Deputation sich in
 „der Ausübung ihrer schweren Pflichten durch
 „die abgehende Förmlichkeit der Vereini-
 „gung mit der Kaiserl. Plenipotenz nicht hin-
 „dern lassen, und dem gegründeten Vorwurf
 „einer Vernachlässigung des Wesens wegen
 „der Form sich nicht aussetzen dürfe, und
 „dafs, um alle fernere, mit den traurigsten
 „Folgen für Deutschlands Wohl begleitete
 „Verzögerung zu vermeiden, die Deputation,
 „im Fall eines fernern Anstandes der Ple-
 „nipotenz, die Obliegenheit habe, in un-
 „mittelbare Communication mit den Mini-
 „stern der vermittelnden Mächte zu treten,

„um so mehr, da eine solche Mittheilung in
„der Geschichte der Deputationen nicht ohne
„Beyspiel sey.“

Diesen letztern Antrag nahm jedoch die Deputation nicht an, sondern das Conclusum über diesen Gegenstand fiel dahin aus: das Directorium solle unter Anführung der im Protocolle liegenden Gründe die Kaiserl. Plenipotenz zu vermögen suchen, dem Hauptconcluso vom 8. d. ihren Beytritt nicht länger zu versagen, und dasselbe baldigst an die Minister der vermittelnden Mächte gelangen zu lassen. Wobey zugleich Directorium dem Plenipotentarius zu erkennen zu geben habe, dafs es bey dessen Erlasse und den darin vorkommenden Ausdrücken die Meinung nicht haben werde, die Verhältnisse, worin die Deputation gegen die Plenipotenz stehe, verkennen zu wollen.

Dieser letztere Zusatz bezog sich auf die im Erlasse der Plenipotenz sich selbst gegebene Benennung Commission. Wenn es damit ernstlich gemeint war, so erhoben sich die Erlasse der Plenipotenz zu Commissions-Decreten, und die Beschlüsse der

Deputation sanken zu bloßen Gutachten herab. Dieser wesentlichen Veränderung der Verhältnisse widersetzte sich die Majorität der Deputation fortwährend, und es wird weiter unten noch einmal davon die Rede seyn.

Man nahm nun die weiter eingegangenen Reclamationen vor, nämlich eine allgemeine Vorstellung der Westphälischen Grafen, und die mit derselben in Verbindung stehenden besondern Vorstellungen der Grafen von Quadt und Metternich-Winneburg. Bey der Umfrage kamen verschiedene merkwürdige Aeufserungen vor. Sachsen z. B. kam doch wieder auf die Prüfung des Plans zurück, und meynte: „Da bey der „Annahme des Plans alle Modificationen, „welche die Deputation pflichtmäfsig zu „erinnern nöthig finden werde, und deren „gemeinsame Erledigung vorbehalten worden: „so könne man voraussetzen, daß hierin die „freye Mitwirkung der Deputation, welche „auf den dem D. Reiche als unabhängigen „Staate unstreitig zukommenden Rechten

„beruhe, auf keine Weise werde beschränket
„werden wollen. Daher werde sich die De-
„putation zunächst mit der Entschädigungs-
„Vertheilung und den damit in Ansehung der
„Bestimmung sowohl des Verlustes der zu
„entschädigenden Stände, als auch des
„Werths der Entschädigungs - Objecte, in un-
„zertrennlicher Verbindung stehenden Ge-
„genständen zu beschäftigen haben, wovon
„die Erledigung der Reclamationen grossen-
„theils abhängen. Zwar erkenne man die
„Gründe zur schleunigsten Behandlung des
„Geschäftes keinesweges; indess sey es für
„die Deputation, welche die Grundsätze der
„Gerechtigkeit bey der ihr aufgetragenen Aus-
„gleichung nicht aus den Augen verlieren
„dürfe, die erste Pflicht, sich die zur Beur-
„theilung der, im Plane nur unvollständig
„enthaltenen, Verlust - Angaben und des
„Werths der Entschädigungen erforderlichen
„Erläuterungen in facto zu verschaffen. Die
„im Plane noch enthaltenen Punkte, welche
„Bestimmungen der Reichs - Constitution
„enthielten, lägen ausser den Gränzen der
„der Deputation ertheilten Vollmacht. Eben

„dies sey der Fall in Ansehung derjenigen
 „Entschädigungs-Anträge, welche theils auf
 „Bestimmung von Entschädigungen für solche
 „Objecte, die unter der vom Reiche an
 „Frankreich geschehenen Abtretung nicht
 „begriffen wären, theils auf die Verwen-
 „dung der im Lüneviller Frieden
 „und bey den Rastadter Verhand-
 „lungen zur Entschädigung nicht
 „mit bestimmten freyen Reichs-
 „städte und unmittelbaren Reichs-
 „dörfer *) zu dem angegebenen Behuf,
 „gerichtet wären. Uebrigens werde die De-
 „putation, bey der jetzt vorzunehmenden
 „speciellen Erörterung und den darauf anzu-
 „tragenden Modificationen nach der ihr durch
 „den Reichsschluss vom 2. Oct. 1801 aufge-
 „legten Verpflichtung mit allen den Maafs-
 „regeln und beschränkenden Vorsichten,

*) Dies ist die erste Spur von Bedenklichkeit gegen die Zuziehung der Reichsstädte und Reichsdörfer zur Entschädigungsmasse, welche man im Deputations-Protocolle findet, und sie blieb so wie einige folgende ohne allen Erfolg.

„welche zur Erhaltung der Reichs-
„Constitution in jeder Hinsicht, wie
„auch zur Wiederherstellung und Befestigung
„des darauf gegründeten Wohls der
„Reichsstände und sämmtlicher
„Reichsangehörigen erforderlich wä-
„ren, zu verfahren, und auf die Erhaltung
„des gesetzmässigen status religionis
„und der sonstigen Rechte und Frey-
„heiten der Unterthanen in den zu
„säcularisirenden Landen, auf die Sicher-
„stellung der Rechte und Ansprüche eines
„Dritten an irgend ein Entschädigungs-Land
„u. s. w. Bedacht zu nehmen haben. Da
„nun zu diesem Geschäfte unumgänglich
„nöthig sey, daß die Deputation die erfor-
„derlichen Aufklärungen von den Gesandten
„der vermittelnden Mächte zu erlangen suche:
„so müsse bey denselben auf baldigste Mit-
„theilung der in dem Plane angezogenen
„Mémoires et évaluations de pertes
„et demandes d'indemnités *) angetra-

*) Diese mémoires et évaluations sind
von den Vermittlern weder verlangt noch

„gen werden. In Ansehung der Reclamationen
 „bemerkt Sachsen, daß die angeblichen
 „Läsionen sich ohne eine genaue Uebersicht
 „der ganzen Entschädigungs - Vertheilung,
 „worüber die nöthigen Aufschlüsse nur von
 „den Gesandten der vermittelnden Mächte
 „zu erlangen seyn würden, nicht beurtheilen
 „liessen; auch sey dabey nicht zu vergessen,
 „daß der Lüneviller Friede den jenseit des
 „Rheins ihrer Territorien, Regalien und Do-
 „mainen entsetzten Erbfürsten, zwar eine
 „Entschädigung, aber nicht eine vollstän-
 „dige Entschädigung *) zusichere. — Die
 „Beyziehung von Mediat-Stiftern und Klö-
 „stern sey nur von den zur Säcularisation
 „bestimmten Ländern zu verstehen, nicht
 „aber von den Besitzungen der weltlichen
 „Fürsten, deren Landeshoheitliche Rechte

bekannt gemacht worden. Es is zwar zu
 P a r i s eine Berechnung erschienen; sie kann
 aber unmöglich durchaus ächt seyn, da sie
 grofse Fehler enthält. Auch ist in der Deputa-
 tion derselben niemals gedacht worden.

*) Dieser höchst merkwürdigen Behauptung ward
 weder widersprochen noch beygepflichtet.

„nicht gekränkt werden dürften, am wenig-
 „sten aber von Stiftungen in evange-
 „lischen Reichslanden, bey welchen
 „ohnehin der Begriff von Säcularisation nicht
 „anwendbar sey,*) und wobey Landesherr-
 „liche und Landständische Gerechtsame ein-
 „treten.“

Von diesem, der Natur der Sache, dem Friedensschlusse und der Reichsvollmacht vollkommen angemessenen Antrage nahm die Mehrheit der Deputation keine weitere Kunde. Der Plan sollte und konnte nicht geprüft werden. Weder den Vermittlern, deren neu aufgestellter Grundsatz einer solchen Prüfung widersprach, noch der Hälfte der Deputirten, die dabey nichts gewinnen konnten, war damit gedient. Auch war die vorgeschriebene Zeit dazu lange nicht hinlänglich. Zwar hatte der Kaiser eine solche Vorschrift abgelehnt; allein die Vermittler

*) Die evangelischen Stifter sind allerdings ihrer Absicht und ihrer Einrichtung nach als völlig säcularisirt, und als bloße Versorgungs-Anstalten anzusehen. Davon unten bey §. 35. des Recesses.

drangen immer auf Eile und Beschleunigung. Endlich fehlte es der Deputation zu einer genauen Prüfung an allen Mitteln, die sie erst von den Vermittlern erhalten sollte. Der Plan war im Allgemeinen angenommen. Dieß verstand man so: alle Punkte des Plans, gegen welche keine gegründete Einwendungen gemacht werden, bleiben unabänderlich. Wozu also eine Prüfung aller Punkte? Es ist genug, wenn nur die Einwendungen geprüft werden. Die Entschädigungspunkte wurden also nicht geprüft; von den Ministern der vermittelnden Mächte wurden die angeführten *Mémoires et évaluations* nicht verlangt; die Zuziehung der Reichsstädte (weltlicher Reichs- und Kreis-Stände) und der Reichsdörfer (weltlicher unmittelbarer Reichsgebiete) zur Entschädigungsmasse erregte nicht das geringste Bedenken, und der Zweifel über die Nothwendigkeit einer vollständigen Entschädigung liefs man auf sich beruhen.

Da Metternich - Winneburg das Stift Waldsassen als Entschädigung vorgeschlagen hatte: so bemerkte Brandenburg, daß

bloß nach dem Umfange verlohrender reichsständischer Lande die Entschädigung auszumitteln sey, und daß es gewiß nicht die Absicht der vermittelnden Mächte seyn könne, dergleichen in ältern weltlichen Reichslanden gelegene geistliche Besitzungen zu den Entschädigungen mit beyzuziehen. *) Auch Bayern erklärte, daß es sich als deputirter Stand nicht für ermächtigt halte, zur Annahme einer Reclamation einzustimmen, wodurch irgend eine unter der Landeshoheit eines erblichen Reichsfürsten und in dessen alten Staaten befindliche Mediat-Besitzung ohne dessen Einwilligung als Entschädigungs - Object begehrt werde, und suchte nur die unbestreitbare Mittelbarkeit der Abtey Waldsassen darzuthun. Einstimmig ward das Brandenburgische Votum angenommen und beschlossen: die Reclamationen den Ministern der beyden Mächte zur Aufklärung mitzutheilen, zugleich aber den Directorien des Westphälischen und Wetterauischen Grafen-Collegii den Auftrag zu

*) Eben so hatte auch Sachsen geurtheilet.

ertheilen, sich von den Interessenten ihre Verlustliquidationen, wie solche den vermittelnden Mächten eingegeben worden, vorlegen zu lassen, den zur Entschädigung bestimmten District von Münster an Ort und Stelle statistisch zu untersuchen, und Vorschläge zu thun, wie er unter die Interessenten vertheilt werden könne.

In der fünften Sitzung (16 Sept.) berichtete das Directorium, seine Bemühung, die Plenipotenz zur Vereinigung mit dem Hauptconcluso vom 8. d. zu vermögen, sey vergeblich gewesen. Sie sey hauptsächlich darauf bestanden, daß die Declarationen im Allgemeinen deswegen nicht jetzt schon angenommen werden könnten, weil solche von dem Lüneviller Frieden abwichen, und die Deputation hierauf allein instruiert sey. Auf den Antrag, daß das Conclusum, wie zu Rastadt mehrmalen geschehen, wenigstens ohne Accession den Ministern der vermittelnden Mächte zugefertigt werden möchte, habe der Plenipotentarius geantwortet, er wolle sich hierüber aus den Rastadter Protocollen ansehen. Ueber ein Schreiben des

Reichskammergerichts wegen seines künftigen Unterhalts ward beschlossen, daß wegen Fortbezahlung der Kammerzieler (in den Entschädigungslanden, besonders den zerstückten) sich hiernächst über ein Provisorium und dessen nähere Bestimmung zu vereinigen seyn werde. Eine Vorstellung des Freyherrn von Helmstadt, worin er um Entschädigung für die verlohrne Grafschaft oder Reichs-Dynastie Mörchingen (Morhange) nachsuchte, gab Gelegenheit zu interessanten Aeußerungen. Böhmen sagte: „der Freyherr gehöre in die Classe aller reichsritterschaftlichen Glieder, deren Besitzungen „unter Sequester gelegt worden seyen; die „Aufhebung dieses Sequesters, folglich die „Wiedereinsetzung aller Eigenthümer dieser „Art in den völligen Besitz und Genuß sey „im Lüneviller Frieden so deutlich bestimmt, „daß hierüber kein Zweifel obwalten könne; „vielmehr sey zu erwarten gewesen, daß die „Erfüllung dieser Stipulation sogleich nach „erfolgter Ratification in Vollzug gebracht „worden wäre; man müsse also von den „Franzosischen Gesandten vernehmen, wie

„bald diesen und ähnlichen Klagen abgeholfen werden wolle.“ Sachsen: Der Freyherr sey nich selbst Reichsdynast,*) und die Dynastie Mörchingen gehöre zu den Besitzungen in Lothringen, welche die Französische Landeshoheit stillschweigend anerkannt hätten; man müsse also auf die Erfüllung des IXten Friedensartikels antragen. Brandenburg: Im Plane sey wegen mehrerer in gleicher Kategorie stehender Güter auf Entschädigung angetragen. Deutschmeister: Mörchingen solle zwar nach dem Westphälischen Frieden unmittelbar seyn, und gehöre eigentlich unter die unmittelbaren Besitzungen der Rheingrafen; aber hier sey nicht von dem Rechte und Ansprüchen, sondern lediglich vom Besitzstande die Rede. „Wer eine Viril- oder Curiat-Stimme am Reichstage hat, verliert seine Besitzungen

*) Man versteht unter einem Reichs - Dynasten einen Freyherrn, der wegen seiner Besitzungen Sitz und Stimme auf dem Reichstage hat. Deutschland hat jetzt nur einen einzigen, den Freyherrn von Bömberg, wegen der Herrschaft Gehen.

„jenseit des Rheins; wer keine Stimme und
 „keinen Antheil an einer Stimme am Reichs-
 „tage hat, bleibt in dem Besitze seiner jen-
 „seitigen Besitzungen.“ Dieses ist die von
 den paciscirenden Theilen vorgeschriebene
 Norm. *) Also beschlossen, bey den Fran-
 zösischen Ministern auf die Erfüllung des

*) Man widersprach dieser mit dem Friedensver-
 trag am meisten übereinstimmenden Behaup-
 tung nicht; aber alle Conclusa der Deputation
 zeigen, daß sie einen andern, nämlich fol-
 genden Grundsatz hatte: „Nur verlohrene
 „reichsständische Lande werden vom
 „Reiche ersetzt; alle übrigen eignen sich zur
 „Aufhebung des Sequesters.“ Da man aber
 deutlich sah, daß Frankreich in der Aufhe-
 bung des Sequesters mehr seinem Gutfinden
 als einer festen Norm folgen wollte, so hätte
 vielleicht nach Recht der Grundsatz so ge-
 stellt werden müssen: „Alle unmittelbaren
 „Lande, die jenseits verlohren gehen, müssen
 „diesseits ersetzt werden;“ wobey besondere
 Verträge z. B. Bayerns, Badens u. s. w. noch
 Ausnahmen rechtfertigten. Diesen wichtigen
 Punct hätte der Friede deutlicher bestimmen
 müssen.

IXten Friedensartikels anzutragen. Da auch Hessen-Homburg aus ganz besondern Verhältnissen um Entschädigung wegen Kriegsschäden und Kosten nachgesucht hatte, so ward besonders vom Deutschmeister der Grundsatz aufgestellt, der Lüneviller Friede sichere nur Entschädigung für die am linken Rheinufer wirklich abgetretenen Länder und Besitzungen zu. Kriegsschäden müßten als Zufälle von dem, den sie getroffen, allein getragen werden. Auf Ansprüche könne man sich nicht einlassen, da für solche allein im Lüneviller Frieden keine Entschädigung versprochen worden sey. Die Deputation könne nur für wirklich besessene und cedirte Lande entschädigen, und sollten auch Ansprüche verlohren gehen, so wären dieses unvermeidliche Folgen des Kriegs, denen unmöglich abgeholfen werden könne. Diesem Voto gleichlautend stimmten Böhmen, Sachsen, Wirtemberg und Mainz, und das Gesuch ward als außer der Geschäfts-Obliegenheit der Deputation liegend, erklärt.

In dieser Sitzung wurden auch drey Er-
lasse der Kaiserl. Plenipotenz verlesen. In
dem ersten zeigte sie an, daß die Minister
der vermittelnden Mächte die Annahme des
zweyten Deputationsbeschlusses (also auch
aller folgenden) verweigert hätten, weil sie
vorher die Mittheilung des ersten erwarten
zu müssen glaubten; im zweyten genehmigt
sie den Beschlufs wegen der Westphälischen
Grafen, und beharrt im dritten auf ihrer
Weigerung, dem Hauptconcluso beyzutreten.
Hierüber ward erst in der sechsten
Sitzung (18 Sept.) abgestimmt, nachdem
man die Noten der vermittelnden Minister,
welche sich über diese Weigerung beschwe-
ren, angehört hatte. Brandenburg suchte
die Gründe der Plenipotenz zu entkräften.
„Daß man sich strenge an die im Frieden
festgesetzten Directivnormen und Grundsätze
binden könne, sey schon in den vorliegenden
Abstimmungen bezweifelt worden, und
müsse jetzt um so mehr bezweifelt werden,
nachdem aus der in der zweyten Sitzung
vorgekommenen Böhmischen Erklärung her-
vorgehe, daß der K. K. Hof selbst auf ein

Entschädigungs - Supplement für Toscana im Schwäbischen Kreise angetragen, und laut des in Druck gegebenen Verzeichnisses hierzu neunzehn Reichsstädte gefordert, hierdurch aber die Normen des Lüneviller Friedens zuerst in den wesentlichsten Grundzügen verändert habe. *) Wenn der Plan im Allgemeinen angenommen werde, so könne darin kein anderer Sinn liegen, als dafs solcher in so weit bestehen solle, als dagegen von den beschädigten Theilen keine Reclamationen gemacht, oder von der Deputation selbst Erinnerungen nothwendig befunden würden. Dafs die hierdurch möglichen Abänderungen nicht ins Grofse gehen können, folge schon daraus, dafs bisher, aufser der Toscanischen, keine einzige bedeutende Reclamation vorgekommen sey; und dafs man bey den ver-

*) Noch ein Wort über die Reichsstädte! Brandenburg gesteht, dafs durch die Beyziehung der Reichsstädte zur Entschädigungsmasse der Lüneviller Friede wesentlich verletzt worden sey.

mittelnden Mächten, nach der übernommenen Garantie der Bayrischen Indemnitäten, die beharrliche Absicht voraussetzen müsse, keine bedeutenden Abänderungen des Plans zuzulassen; für die geringern Reclamationen aber sey im Plane selbst schon hinlänglich gesorgt. Hierauf fordert Brandenburg mit grossem Nachdruck seine Mitdeputirten auf, durch unverweilte unmittelbare Mittheilung aller bisherigen Deputationsschlüsse dem Geschäfte den Fortgang und Erfolg zu verschaffen, den die Kaiserl. Gesandtschaft bisher einzig gehindert habe. Und wenn dieselbe auch nach dieser Aeufserung noch weiter das Geschäfte aufzuhalten gedenke, verlangt Brandenburg, dafs über diesen seinen Antrag förmlich gestimmt werde, und will sich, im Fall die Deputation denselben verwerfe, wegen der Folgen aufser Verantwortung gesetzt haben."

Bayern meynt, die Plenipotenz werde bey reiferer Erwägung diejenigen Motive nicht länger unwichtig finden, welche die mittelnden Mächte und die überwiegende Mehrheit der Deputation für äufserst

dringend hielten, einer Seits die Declarationen vorzulegen, anderer Seits sie im Allgemeinen anzunehmen. Durch die verweigerte Annahme der Reclamationen haben die Gesandten der beyden Mächte die Behandlungsart vorgezeichnet, welche sie für das Deputationsgeschäfte als das zweckmässigste ansehen. Die von der Kaiserl. Gesandtschaft vorgeschlagene Abweichung von derselben, wodurch die Erörterung der Reclamationen vorzugsweise vor der Annahme des Plans bezielt werde, sey aus den wichtigsten, für das gesammte Entschädigungsgeschäfte und jeden einzelnen Betheiligten folgenreichen Gründen unzulässig; auch würde eine vorläufige Discussion über Directivnormen auf unabsehbliche Abwege führen, wodurch man die Folgen einer Veränderung reguliren wollte, ehe noch die Veränderungen selbst als regulirt angenommen seyn. Uebrigens trug Bayern ebenfalls auf unmittelbare Verhandlung des Directoriums mit den vermittelnden Gesandten an.

Dagegen zweifelt Deutschmeister an

dem der Kaiserl. Plenipotenz zustehenden Ratificationsrechte um so weniger, da 1) solches als eines der ersten Majestätsrechte bey Verhandlungen mit auswärtigen Mächten noch nie streitig gemacht worden sey; 2) da die Wahlcapitulation Art. 4. §. 11. in welcher man sogar nöthig befunden hat, für das Deputations- und Beywirkungsrecht der Reichsstände ausdrückliche Stipulationen zu machen, das Ratifications- oder Verwerfungsrecht des Kaisers als reichsherkömmlich aufser allen Zweifel setze; 3) da im vorliegenden Falle der vorläufigen Annahme des Plans im Allgemeinen, von Genehmigung noch anderer Grundlagen und Directivnormen, als der Lüneviller Friede Art. V. und VII. enthält, die Frage sey. Er rath, die von der Plenipotenz vorgeschlagene veränderte Fassung des ersten Conclusi anzunehmen, weil sie in den meisten Puncten mit dem Abschlusse der Deputation ohnehin übereinstimme, die Declaration der vermittelnden Mächte als Grundlage zur gemeinsamen Berathschlagung anführe, und nur die Annahme derselben im Allgemeinen bis nach geschehener Prüfung

der Reclamationen hinaussetze, sich auch überdiß genau an die der Deputation vorgeschriebenen Directivregeln halte.

W i r t e m b e r g, nachdem es der Kaiserl. Proposition die Ueberzeugung der Mehrheit entgegengestellt hat, fährt fort: „Durch die von den ersten Höfen Deutschlands zur Zeit der Fassung des Conclusi bereits vollführten Besitznehmungen, und durch die längst vorangegangenen Unterhandlungen, welche neben den geistlichen Landen und Gebieten auch die Reichsstädte zur Entschädigung bestimmten, wären vollends alle Bedenklichkeiten gehoben worden, welche die Annahme des Plans im Allgemeinen noch hätten entfernen können. *) Die höchste Verpflichtung

*) Ein drittes Wörtchen über den Umsturz der Reichsstädte! W i r t e m b e r g bekennt, daß, wenn nicht die ersten Höfe ihre Besitznehmungen schon vollführt gehabt hätten, und wenn nicht in den längst vorangegangenen Unterhandlungen die Reichsstädte schon zur Entschädigungsmasse bestimmt gewesen wären, diese Bestimmung die Annahme des Plans bedenklich gemacht hätte. Aber sollten jene

der Deputation bestehe darin, das Wohl des Reichs, als das höchste Gesetz, im Blick auf die wahre Lage desselben, und den ganzen Zusammenhang aller auf dasselbe sich beziehenden politischen Verhältnisse vor Augen zu haben. Es vereinigte sich übrigens mit dem Brandenburgischen Antrage. Eben das that Hessen-Cassel; Mainz aber nicht. Der Schluß war: man wolle der Wirkung der Noten der vermittelnden Minister entgegen sehen, und im Entstehungsfalle die Sache in proxima repropoñiren; um aber die Wirkung der Noten noch mehr zu befördern, möchte das Directorium der Plenipotenz die wider deren Verweigerungsgründe heute angeführten Gegengründe eröffnen. Des Brandenburgischen Antrags ward im Concluso nicht gedacht, ohngeachtet er von der Hälfte der Deputation aufgestellt worden war, weil

zwey Ursachen hinlänglich seyn, das Reich wegen Unterdrückung seiner freyen Städte zu rechtfertigen? Aus gleichen Gründen könnte man ja auch die Beyziehung erblicher Staaten zu einer Entschädigungsmasse dereinst rechtfertigen wollen.

man über denselben nicht förmlich gestimmt hatte.

Die Deputation schritt hierauf zur Untersuchung einer sehr merkwürdigen Vorstellung, welche die Schwäbischen und Fränkischen Reichsstädte eingegeben hatten, und worin sie nicht um Beybehaltung ihrer Unmittelbarkeit, (auf die sie vielmehr darin auf eine rührende Art Verzicht thun,) sondern nur verschiedener Vorrechte, die sie bisher in ihrem unmittelbaren Zustande ausgeübt hatten, baten. Böhmen hielt für nöthig, eine bestimmte Versicherung in den Deputations-Recess zu legen, dafs sie als die privilegirtesten Municipalstädte jeden ansehnlichen Landes gesetzt und gehalten seyn sollten. Brandenburg hingegen hielt es dem gemeinen Besten für nachtheilig, wenn man die künftigen Landesherrn der aufgehobenen Reichsstädte in der innern Landes-Administration im voraus durch bindende Regeln in der Ausübung ihrer landesherrlichen Befugnisse beschränken, und die Anwendung der wohlthätigen Grundsätze hemmen wollte, welche ihnen ihre Weisheit,

Gerechtigkeit und Milde in allen Zweigen der Landesverwaltung zum Besten des Einzelnen so wie des Ganzen, ohnehin vorschreiben würden. Bayern glaubte, den Grundsatz voraussetzen zu müssen, daß der Reichsstand, welchem eine Reichsstadt zur Entschädigung zufalle, in alle jene Rechte ohne Einschränkung eintrete, welche die Reichsstadt kraft ihrer Landeshoheit in ihrem ganzen Umfange besessen und ausgeübt habe. Diese aus dem Begriffe von Entschädigung nothwendig fließende Veränderung des staatsrechtlichen und politischen Zustandes hindere nicht, daß sowohl Gemeinden als Individuen im Fortgenuss aller derjenigen Rechte, Vorzüge und Nutzungen bleiben, welche auf andere Ankunfts- und Rechtstitel gegründet seyen. Württemberg will nicht, daß man in das ganze Detail der Vorstellung eingehe, welches bey der grossen Verschiedenheit der Verfassungen und Rechte einzelner Städte nur Verwirrung und Stoff zu mannichfaltigen Irrungen in der Anwendung veranlassen würde; mißkennt jedoch nicht, daß mehrere der vorgebrachten Wünsche und Bitten nicht

nur mit der Uebertragung der Landeshoheit und der daraus fließenden Regalien und Staats-Einkünfte vereinbarlich sind, sondern auch gerechte und billige Rücksicht verdienen, und auf Befugnisse gerichtet sind, welche auf mehr oder weniger beschränkte Art selbst von vielen mittelbaren Städten hergebracht sind; und schließt sein Votum mit folgender sehr schönen Bemerkung:

„Die landesherrlichen Rechte der Regenten
 „haben schon in der Deutschen Verfassung
 „ihre bestimmten Normen; und die Landes-
 „herren haben in ihren eigenen edeln Ge-
 „sinnungen, und selbst in dem bleiben-
 „den Interesse ihrer Häuser hin-
 „längliche Gründe, um nach dem engen
 „Bande, das sie mit ihren Unterthanen
 „verknüpft, in dem erhöhten Wohlstande
 „derselben ihre Beruhigung und den herr-
 „schenden Gesichtspunct zu finden, der sie
 „sowohl in der Organisation der neuen
 „Gebiete, als in der künftigen Staatsver-
 „waltung selbst leiten wird.“ Sachsen,
 Deutschmeister, Hessen und Mainz
 behielten sich ihre Abstimmungen vor. Den

Rest der Sitzung nahmen die Reclamationen von Aremberg und Wied-Runkel, wegen Vermehrung ihrer Entschädigungen, weg.

In der siebenten Sitzung (21 Sept.) zeigte die Plenipotenz der Deputation in einem Erlasse an, daß sie zwar dem Hauptschlusse der Deputation aus den bekannten Gründen noch nicht habe beytreten können, daß sie aber doch denselben den vermittelnden Ministern mitgetheilt habe. Dadurch erhielt nun die Deputation so viel, daß alle ihre Beschlüsse, welche den Vermittlern mitgetheilt werden sollten, nebst den dazu gehörigen Reclamationen, von diesen angenommen wurden, folglich die Deputation nun von den Ministern den Beystand in ihrer Arbeit erhalten konnte, den sie zu erwarten berechtigt war. Die Reclamationen, welche die Reihe traf, waren von Lippe wegen des Stifts Kappel; von Löwenstein-Wertheim wegen Vermehrung der Entschädigung, dann wegen eines vier Aemter betreffenden Processes gegen Würzburg, wie auch wegen seiner Ansprüche auf Arembergische Be-

sitzungen; und von Salm wegen Vermehrung der Entschädigung. Bey der Umfrage über die erste waren die sämmtlichen Subdelegirten der Meynung, das Stift Kappel müsse aus der Entschädigungsmasse weggelassen werden, weil dieß ehemalige Nonnenkloster seit der Reformation säcularisirt, folglich nur dem Namen nach ein geistliches, im Grunde aber wohlthätiges Institut, ein Bestandtheil des Lippischen Landes, dem es ohne Schmälerung der landesherrlichen Rechte nicht entzogen werden könne, und es gewiß nicht die Intention der vermittelnden Mächte sey, ein in einem ältern weltlichen Reichslande gelegenes mittelbares und zumal weltliches Stift zu den zu säcularisirenden Entschädigungs - Objecten mit beyzuziehen; ohne Zweifel sey es durch die irrige Voraussetzung der Unmittelbarkeit in den Plan gekommen. Bey den Wertheimischen Reclamationen ward der Grundsatz aufs neue festgesetzt: daß auf alle unter fremder Hoheit gelegene und bisher jure privatorum besessene Lande und Güter sich kein Kriegs- und Eroberungs-Recht erstrecke, sondern

denselben die im Frieden bedungene Aufhebung des Sequesters und die Wiedereinsetzung zu statten komme. Allein ob sich die Entschädigung nur auf reichs- und kreisständische, oder auf alle reichsunmittelbare Besitzungen erstrecken solle, darüber schienen die Mitglieder der Deputation selbst nicht einig zu seyn; doch gieng die Mehrheit nur auf reichsständische Lande, nach dem Vorgange der Reichsdeputation zu Rastadt. Die zweyte Wertheimische Reclamation leitete auf die wichtige und schwere Materie von Ansprüchen auf cedirte oder Entschädigungs-Lande; doch ward nichts darüber beschlossen.

Die achte Sitzung (23 Sept.) ward blofs den eingegangenen Reclamationen der Grafen Schönborn, deren Verlust sich zur Aufhebung des Sequesters eignete; der Westphälischen Grafen, der Grafen von Reiferscheid-Dyk und Bedbur, des Grafen Stadion Tannhausen, (wovon bey den Entschädigungen gehandelt wird,) und des Grafen Fugger, wegen einer in Löwen verlohrnen Stiftung, gewidmet.

In der neunten Sitzung (25 Sept.)

wurden über die Reclamationen des Grafen von Wartemberg, von Limburg-Bronchorst-Styrum, der Fürstin Ysenburg und Gräfin Hillesheim, des Fürsten von Bretzenheim, und des Grafen von Bassenheim Beschlüsse gefaßt. (Den Inhalt derselben ersieht man aus den Erläuterungen des Recesses.) Hierauf trug das Directorium vor: Der Hauptschluss (d. h. der Schluss wegen Annahme des Plans) enthalte, daß in dem endlichen Recess bestimmte Regeln über den anständigen Unterhalt aller in den Entschädigungs-Landen ihre constitutionelle Existenz gehabt Personen festzusetzen seyen. Seitdem seyen über diesen Gegenstand eine Constanzi-sche und eine Domcapitlisch-Cöllnische Vorstellung, ein Ansuchen des Baselschen Gesandten, ein Promemoria des Badischen, und ein Gesuch des Lüt-tichischen, eingegangen, welche alle eine besondere Erwägung erforderten. Weil aber der Gegenstand zu wichtig und von zu weitem Umfange sey, um sogleich gründlich darüber abzustimmen: so begnüge es sich,

denselben seiner Pflicht gemäß einstweilen in Proposition gestellt zu haben. Die Subdelegirten ersuchten aber das Directorium, die verschiedenen Classen, von denen hier die Frage sey, in einer anderweiten Proposition aus einander zu setzen. Ein ähnlicher Vortrag von Seiten des Directoriums, die auf den Ländern und Kreisen haftenden Schulden betreffend, hatte den ähnlichen Erfolg, daß die Subdelegirten den Wunsch äußerten, das Directorium möchte in einer anderweiten Proposition die Fälle aus einander setzen.

Schon in der folgenden zehnten Sitzung (28 Sept.) legte das Directorium der Deputation sowohl die Classification der auf lebenslängliche Versorgung in den Indemnitäts-Landen Anspruch habenden Personen, als auch die verschiedenen Fälle vor, welche bey den auf diesen Landen haftenden Schulden eintreten, um den Subdelegirten bey ihren Abstimmungen über diese Gegenstände zum Leitfaden dienen zu können. Dann kam der Hessen-Casselische Antrag auf Vermehrung seiner Entschädigung in Umfrage. Da der Mainzische Subdele-

girte durch specielle Berechnungen darthat, daß das Entschädigungs - Object weit mehr, besonders für Cassel werth sey, als das Verlohrne: so ward der Casselsche Subdelegirte ersucht, seinem Herrn die in der Mainzischen Abstimmung befindlichen Gründe vorzulegen, aus welchen der Deputation scheine, daß das Haus Hessen - Cassel hinlänglich entschädigt sey. Bey Gelegenheit der in Anregung gebrachten Casselischen Schutz- und Schirm - Gerechtigkeiten auf Corvey, Höxter, Herse und Oberwesel machte Mainz die richtige Bemerkung: „daß alle solche
 „häufigen Schutzrechte, welche bekanntlich
 „in den Fehdezeiten den Mächtigen sehr oft
 „gegen ihren Willen über die Mindermächtigen aufgetragen worden, (wenn sie nicht
 „gegen ihren wahren Sinn ausgelegt würden)
 „meist bloß alte honorifique, mehr lästige
 „als nützliche Rechte wären.“ *) Darmstadt's Klage über die Casselische Besitz-

*) Wie widersinnig ist es daher, aus der übernommenen Pflicht, einen Ort zu beschützen, das Recht herleiten zu wollen, ihn zu besitzen.

nahme der Stadt Volkmarsen, und eine ähnliche von Churcölln gegen Wied-Runkel wurden an die mediirenden Minister zur Aufklärung und Vermittelung verwiesen. Ueber die Vorstellung der unterdrückten Reichsstädte wurden die noch fehlenden Abstimmungen gegeben. Sachsen wiederholte seine vorige Bemerkung: „dafs die „Verwendung derselben zu Entschädigungen, da diese Bestimmung nicht in dem „Lüneviller Friedensschlusse und den darin „angezogenen Rastadter Verhandlungen vor- „komme, aufser den Gränzen der vom Reiche „der Deputation ertheilten Vollmacht liege; „dafs aber, wenn jene Bestimmung gleich- „wohl per majora Deputationis für noth- „wendig anerkannt werde, es in der Billig- „keit und Analogie beruhe, sie den privile- „girtesten Städten des Landes gleich zu hal- „ten, und ihnen ihr Commun-Eigenthum „und grundherrlichen Gerechtsame zu las- „sen.“ Auch Deutschmeister hielt dafür, dafs die Frage: ob Reichsstädte zu Entschädigungen dienen sollen? nicht gesetzlich entschieden sey. Die übrigen Sub-

delegirten schienen durch die allgemeine Annahme des Plans die Sache schon für entschieden anzusehen. Ueber die Reclamationen des Erzherzogs Ferdinand wegen Modena, und seiner Gemahlin wegen Massa und Carrara stimmten nur Sachsen, Brandenburg, Bayern, Württemberg und Cassel. Alle fünf sahen die Entschädigung von Modena für eine zwischen Frankreich und Oestreich durch einen besondern Artikel des Friedens ausgemachte Sache an.

In der eilften Sitzung (30 Sept.) legte das Directorium in Sachen der unterdrückten Reichsstädte aus den Abstimmungen das Concluseum vor: „Dieselben
 „seyen den neuen Regenten dahin zu empfehlen,
 „daß sie dieselben, so weit es die Organisation der einzelnen Lande, und die zu
 „treffenden landesherrlichen auf das Wohl
 „des Ganzen berechneten Verfügungen erlaubten, in Hinsicht auf Stadtverfassung
 „und Eigenthum den privilegirteren Municipalstädten eines jeden Landes gleich
 „behandeln würden; insbesondere aber sey

„ihnen freye Ausübung ihrer Religion, und
„ungestörter Besitz ihres Kirchenguts zu
„versichern.“ Das war nicht viel, doch
Etwas. Böhmen setzte noch hinzu: Dafs
den Reichsstädten die Grundherrlichkeit,
abgeschieden von allem Territorialrechte und
Gefällen, ausdrücklich vorzubehalten sey.
Die grundherrlichen Rechte sind für manche
Reichsstadt von grofser Wichtigkeit. Ulm
z. B. hat ein sehr ansehnliches Gebiet;
behält es die Grundherrlichkeit über dasselbe:
so bezieht Bayern nur die Steuern, die
Stadt aber die Einkünfte von den Domainen,
wird aber in diesem Falle auch seine Schul-
den behalten. Es ist sehr merkwürdig, dafs
über die Frage: ob Reichsstädte zur Ent-
schädigungsmasse gezogen werden können
und sollen? in der Deputation gar nicht
gestimmt, und kein Beschlufs gefafst wor-
den ist, welches doch verschiedene Deputirte
für nöthig erachteten.

Man fuhr hierauf in den Abstimmungen
über die Modenesischen Reclamationen fort.
Böhmen vertheidigte sie, weil der Plan
sich doch ohnehin nicht in den Gränzen des

Friedensvertrags gehalten, sondern Schadlosstellungen und Rückblicke auf Sachen und Personen aufgenommen hätte, die noch viel weiter ab Weges ständen. Es bemerkte noch, daß die Ortenau in keiner landschaftlichen Verbindung mit dem Breisgau stehe, sondern eine hievon allezeit unabhängige Besitzung, folglich zu jedem Wechsel derselben die vorgängige Einwilligung Oestreichs erforderlich sey. Deutschmeister trat Böhmen bey, und der Schluß fiel dahin aus, die Reclamation des Erzherzogs den Vermittlern mitzutheilen, die der Erzherzogin aber scheine nicht an die Deputation geeignet. Unter den folgenden Reclamationen von Oettingen-Wallerstein, von Neuwied, von Hohenlohe-Waldenburg, von Sachsen-Meiningen, von Leiningen-Westerburg, von Leiningen-Guntersblum, und von der Reichsritterschaft, gaben die erste und die vierte Gelegenheit zu näherer Erörterung der Grundsätze, nach welchen die Deputation Ansprüche zu behandeln habe. Die Reichsritterschaft, nament-

lich die durch die Abtretung des linken Rheinufers aufgelösten Cantone Ober- und Niederrhein haben an jährlichen Einkünften in Zehenten, Lehns- und Jurisdictions-Gefällen u. s. w. die sie nach den Gesetzen der Französischen Constitution nicht mehr beziehen dürfen, der erste 79874 Gulden, und der andere 133148 Gulden verlohren, wofür sie, als Glieder des Reichsverbandes, auf Ersatz vom Reiche Anspruch machten. Das Conclusum war: die Deputation bedaure ihren empfindlichen Verlust, sey jedoch außer Stand, ihnen Entschädigung zu verschaffen.

Die zwölfte Sitzung (5 Oct.) beschäftigte sich ganz mit Vorstellungen und Reclamationen. Dergleichen waren eingegangen von Stablo und Malmedy, Churtrier, Churcölln, Kempten und Corvey, welche insgesamt die Geistlichkeit und andere in den säcularisirten Landen ihre constitutionelle Existenz habenden Personen betrafen; imgleichen vom Hause Leiningen wegen seiner Ansprüche auf die Grafschaften Saarwerden und Grünstadt, welche eine neue Discussion über dergleichen An-

sprüche veranlafste; von Wiedrunkel, wegen seiner bestrittenen Occupation, vom Grafen von Goltstein wegen Schlenacken, von Wiedrunkel wegen Ansprüche auf Nieder-Isenburg, wobey bemerkt wurde, dafs wegen der rechtlichen Ansprüche ein Grundsatz aufgestellt werden müsse, und endlich eine neue Reclamation vom Fürsten von Bretzenheim. Auch gab in dieser Sitzung der Deutschmeisterische Subdelegirte eine Abstimmung über die reichsritterschaftliche Reclamation mit zweckmäßigen Vorschlägen, welche nicht beachtet werden konnten, da das Conclusum schon gefafst war.

Bisher waren alle Reclamationen, welche die Deputation nicht verworfen, sondern gegründet befunden hatte, durch die Kaiserl. Plenipotenz an die Minister der vermittelnden Mächte zur gefälligen Aufklärung geschickt worden. Man hätte glauben sollen, der Französische Minister würde geeilt haben, aus dem Schatze seiner *mémoires et évaluations* der Deputation über jede Reclamation die erbetene Aufklärung vollstän-

dig zu geben. Allein die Wahrheit ist, daß man sich auf irgend eine Aufklärung oder auf die specielle Darlegung der Gründe für irgend einen besondern Fall gar nicht einliefs: die Deputation erhielt von den Ministern der Vermittler über die mitgetheilten Reclamationen keinen Aufschluß, keine Berechnung, keinen Gedanken. Dagegen ward von denselben ihr erster Plan in denjenigen Puncten, welche Anstand gefunden hatten, und in manchen andern, umgearbeitet, und mit neuen Zusätzen versehen. Dieser zweyte, abgeänderte, sogenannte allgemeine Entschädigungs-Plan ward der Deputation in ihrer dreyzehnten Sitzung (9 Oct.) vom Directorio vorgelegt, und sogleich darüber Umfrage gehalten. Böhmen, Sachsen und Deutschmeister behielten sich ihre Aeufserungen vor, Brandenburg, Bayern, Wirtemberg, Hessen-Cassel und Maynz aber nahmen den mit so vielfachen Rücksichten auf die eingegangenen Reclamationen und die bisherigen Erinnerungen der Deputation modificirten neuen Plan, mit Vorbehalt förmlicher Abstimmung.

gen, sogleich mit Dank an. Wirtemberg insonderheit, das von dem Grundsatz der schnellsten Beendigung des Werkes ausgieng, urtheilte: „Dieser neue Plan stelle sich schon im ersten Anblick als die Frucht einer angestregten Bemühung dar. Er umfasse wirklich das Ganze der in Vorwurf gebrachten Gegenstände, und schneide hierdurch das detaillirte Unterhandeln über einzelne Fälle ab. Ohnehin würde dieß zu keinem Ende geführt haben, und ohne Zusammenstellung mit dem Ganzen hätte es nur unvollständig und nach einseitigen Rücksichten geschehen können. Es zeige sich aber zugleich, daß neben der Tendenz einer richtig berechneten Staatsklugheit *) die Grundsätze des Rechts und die Vorschriften der Billigkeit sich in diesem Plane wechselseitig die Hand bieten. Wo die Reichsdeputation, an strengere Rechtsnormen gebunden, für sich allein entschiedener Billigkeit nicht Platz geben durfte, sondern bey Wünschen stehen blieb, da könne die Vermittlung auf eine wohlthätige

*) Nämlich des Deutschen Gleichgewichts.

Art eintreten." Maynz äußerte: „Aus dem Inhalt ergebe sich, dafs in Ansehung der größern Höfe die vermittelnden Mächte fest darauf bestehen, keiner wesentlichen Abänderung statt geben zu wollen; wohingegen bey den kleinern Ständen die einzelnen Vorstellungen sowohl als die Erinnerungen der Deputation viele Abänderungen erwirkt haben. Es seyen ferner aus den ersten Declarationen die Considerations mit einigen Abänderungen hinzu gekommen, über welche die Deputation bis jetzt noch gar nicht deliberirt habe. Die äußerste Wichtigkeit der Sache erfordere, dafs dieser neue Entschädigungsplan sowohl im Ganzen, als in seinen einzelnen Theilen gründlich erwogen, und mit den bisherigen Unterhandlungen verglichen werde." Wir werden im Folgenden sehen, wie diess geschehen ist.

In der vierzehnten Sitzung (12 Oct.) las zuerst der Hessen-Casselsche Subdelegirte eine Erklärung seines Herrn gegen die Mainzische Abstimmung und das darauf gebaute Conclusum vor, die in verschiedener Rücksicht merkwürdig ist. „Indem andern

„Reichs - Mitständen solche ansehnliche und
„beträchtliche Entschädigungs - Gegenstände
„zugetheilt werden sollten, bey deren Zu-
„weisung nicht auf den erlittenen Verlust
„allein gesehen, sondern auch auf das vor
„dem Kriege bestandene Machtverhältniß
„politische Rücksicht genommen worden sey,
„könnte der Landgraf das billige und gerechte
„Verlangen, dieses Verhältniß durch eine
„nach den nämlichen Grundsätzen abgemes-
„sene Entschädigung auch für Sein Haus
„wieder hergestellt zu sehen, nicht unter-
„drücken; aus diesen Gründen aber auch
„nicht absehen, warum eine specielle Angabe
„des erlittenen Verlustes, der übrigens in un-
„partheyischen statistischen Schriften, und
„zwar unter mehreren andern in der tabella-
„rischen Uebersicht der Staatskräfte von
„Deutschland vor und nach dem Lüneviller
„Frieden, *) inclusive desjenigen, den das
„Haus Rothenburg erlitten hat, zu 150,000

*) Schon in meiner Erläuterung des ersten Plans
ist von der Unsicherheit unserer statistischen
Schriften gehandelt, und diese tabellari-
sche Uebersicht ist um gar nichts siche-

„Fl. jährlicher Reventüen angegeben worden,
 „in so lange verlangt werden möge, als von
 „andern Reichsmitständen eine solche Liqui-
 „dation nicht begehrt, wenigstens von den-
 „selben nicht zum Reichs-Deputations-Pro-
 „tocoll gebracht, noch weniger mit den noch
 „nicht untersuchten und bestimmten Reve-
 „nuen der Entschädigungs-Gegenstände ver-
 „glichen worden sey. Er fände sich daher
 „bewogen, eine beträchtlichere, dem Ver-
 „hältnisse Seines Hauses angemessenere
 „Entschädigung zu verlangen.“

Ueber den neuen Plan stimmten Bran-
 denburg, Bayern und Württemberg.
 Ersteres äußerte: „Der König habe als Sou-
 verain über seine eigenen Entschädigungen
 mit der Französischen Republik und mit Ein-
 verständniß von Rußland unter dem 23. May
 d. J. einen eigenen Vertrag geschlossen, wo-
 durch Ihm die aus dem Plane bekannten
 Entschädigungslande mit der unbeschränkten

rer, wie selbst dieß Datum, welches die Ein-
 künfte fünfmal höher angiebt, als sie sich
 belaufen, unwidersprechlich beweiset.

Landeshoheit und Souverainetät *) auf dem nämlichen Fuß, wie der König Seine übrigen Deutschen Staaten besitze, übergeben, und zur unverweilten wirklichen Besitznahme eingeräumt und garantirt würden. **) Man halte es für wesentlich nothwendig, dieses hier öffentlich bemerklich zu machen, da hieraus die unmittelbare Folge fliesse, daß die Preussischen Entschädigungen gegen die übrigen ihre eigene Verhältnisse hätten, und daß diese bey allen Beschränkungen, welche durch weitere Stipulationen noch festgesetzt werden, nothwendig zu berücksichtigen seyen." Bayern

*) Von der Souverainetät Deutscher Reichslande ist in der Abhandlung unter No. II. die Rede gewesen. Der Umstand, daß Reichslande von einem Souverain regiert werden, kann keinen rechtlichen Unterschied begründen.

**) Es fragt sich aber: können Verträge zweyer Staaten über die Länder eines Dritten für diesen Dritten (im vorliegenden Falle das Deutsche Reich) eine bindende Kraft haben? — Dieser Knoten kann nicht gelöst, nur zerhauen werden.

bezog sich ebenfalls auf den mit Frankreich unterm 24. Aug. v. J. geschlossenen Frieden, auf die in Folge der am 3. Jun. d. J. zu Paris gepflogenen Verhandlungen, noch besonders zwischen Pfalz-Bayern und andern Mächten im September geschlossene Convention, und darauf erfolgte wechselseitige Garantie und deren Wirkung auf die Verhältnisse des Bayrischen Entschädigungsloses; behielt sich auch die Pfalzbayrischen Rechte, namentlich der Chur, des Erzamts, des Reichsvicariats u s. w. bevor. Alle drey trugen auf unverweilte Annahme des Plans (besonders da an den bestimmten zwey Monaten nur noch wenige Tage fehlten), mit Vorbehalt der die Geistlichen und Staatsdiener, ingleichen die Schulden betreffenden Zusätze, und auf Autorisation der Interessenten, den provisorisch-militairischen Besitz in wirklichen Civilbesitz zu verwandeln, an.

Da die Plenipotenz eine Verschiedenheit der Grundsätze in den Conclusis über die Reclamationen von Limburg-Styrum wegen Oberstein und von Goltstein wegen Schle-nacken gefunden haben wollte: so ward

bemerkt, daß Oberstein sine onere eximirt gewesen, Schlenacken aber Reichs- und Kreis-Prästanda unmittelbar entrichtet habe, und als eine reichsständische Besizung anerkannt sey, obgleich ihr Besizzer kein Reichsstand sey. Dieser letzte Umstand machte es zweifelhaft, ob sich Schlenacken zur Entschädigung oder zur Aufhebung des Sequesters qualificire. Man verwies die Sache an die Reichsgrafen-Commission. — Schon in dieser Sitzung zeigte das Directorium an, daß auch gegen den neuen Plan bereits Reclamationen eingekommen wären.

In der funfzehnten Sitzung (14 Oct.) ward beschlossen, die Reclamationen gegen den neuen Plan einzeln zu durchgehen. Mainz stimmte für die Annahme desselben im Ganzen. „In Ansehung der größern Höfe, sagte es, sey wohl alle fernere Hoffnung vergeblich, daß die vermittelnden Mächte weiteren Modificationen der ersten Declaration, als denen, welche im zweyten hin und wieder wirklich gemacht wären, statt geben dürften, zumal nun auch der König in Preussen, als Macht, keine weitere

Abänderung darin zugeben wolle. Hingegen die Erinnerungen der Deputation über andere Artikel wären meistens auf eine Art, wodurch die Reclamanten zufrieden gestellt worden wären, wirklich erledigt, und die Erledigung anderer dergestalt eingeleitet, daß davon gerechte Resultate zu hoffen wären. Zwar wären in diesem neuen Plan noch verschiedentlich, ohne Veranlassung der Deputation, neue Dispositionen hinzu gekommen, gegen welche zum Theil schon Vorstellungen eingekommen wären, auch wohl noch Beschwerden erhoben werden dürften; die Deputation könne jedoch solche letztere nicht *ex officio* in Anregung bringen. Es sey nicht zu zweifeln, daß die Minister der Vermittler, welche bey dergleichen Dispositionen ihre besondern Gründe gehabt haben müßten, diese Größern und Kleinern einzelnen Betheiligten zu beruhigen wissen würden.

„Was sollte nun noch, nach allem diesem,
„eine Nichtannahme des neuen Plans nützen?
„wohin sollte diese Nichtannahme führen?
„Es hätte mit den Besitzergreifungen
„gen so weit nicht kommen sollen,

„als es wirklich gekommen ist, wenn man
„noch auf eine Abänderung der Dinge, mit
„wahrscheinlichem Erfolge, antragen wollte;
„es bedarf keines Beweises, daß der jetzige
„Zustand für Herren, Diener und Untertha-
„nen, die der Veränderung gewifs, solche
„von einem Tage zum andern kommen
„sehen, in jedem Betrachte der unerträg-
„lichste ist, Deutschland selbst aber, und
„dessen Kreis- und Reichsverfassung ist
„dadurch vollkommen gelähmt. Was also
„nicht mehr zu ändern ist, das muß
„vollbracht werden, damit die Lande
„zur Ruhe und Ordnung, das Reich selbst
„aber zu einer Verfassung kommt.“ Es
bemerkte ferner, daß bey der Verleihung der
neuen Virilstimmen es billig seyn werde,
auch andern großen Häusern, sonderlich
Oestreich und Chursachsen, mehrere solche
Stimmen zu verleihen, indem ersteres zwey
verliehre und nur Eine behalte, letzteres aber
überhaupt nur Eine, und zwar abwechselnd
habe. Was die Principes betreffe: so
wisse man, da sie im neuen Plan als inse-
parables von den vorhergehenden Dispo-

sitionen erklärt werden, der Annahme nicht auszuweichen, müsse aber den vermittelnden Ministern einige Bemerkungen zur Prüfung empfehlen. Diese betrafen das dritte Princip, wobey die Universitäten zu Freyburg und Mainz interessirt waren, das vierte oder die Schulden, das fünfte oder die Rhein-Zölle, das neunte oder den Unterhalt der Geistlichen und Diener, und das eilfte oder die Ansprüche, welche letztere aber die Minister in einer an diesem Tage verlesenen Note schon von selbst nach Wunsch entschieden hatten.

Unter allen Geschäften der Deputation war keines umfassender, schwerer und verwickelter, als die Bestimmung des künftigen Unterhalts der Geistlichkeit und der Staatsdiener in den säcularisirten Landen. Man erschwerte die Arbeit noch dadurch, daß man die künftige Verfassung der Indemnitäts-Lande dazu zog, die man vielleicht besser besonders abgehandelt hätte. Viele tausend Personen vom höchsten bis zum niedrigsten Stande sahen der Entwicklung ihres Schicksals, der Versicherung ihres bleibenden Auskommens mit banger Erwartung entgegen.

Die Subdelegirten der Deputation erkannten nicht nur die Wichtigkeit dieses Gegenstandes, sondern fühlten auch mit Theilnahme den sorgenvollen Zustand derer, für die sie sorgen sollten, und alle ohne Ausnahme beeiferten sich, nicht nur ihrem Geiste, sondern auch ihrem Herzen durch ihre Abstimmungen Ehre zu machen. Hier zeigt sich diese außerordentliche Reichs-Deputation in ihrem schönsten Glanze, in ihrer höchsten Würde. Der große Umfang und das mannichfaltige Interesse des Gegenstandes erforderte Zeit; daher ward erst in dieser Sitzung das erste Votum darüber abgelegt, und zwar von Sachsen. Da, wie natürlich, in den Vorschlägen der Abstimmungen eine große Verschiedenheit herrschte: so würde es uns zu weit führen, das Eigenthümliche einer jeden Abstimmung anzugeben, und sie gegen einander zu vergleichen. Auch könnte diese Arbeit jetzt, da die Sache zur allgemeinen Zufriedenheit entschieden ist, nichts nützen. Wir wollen daher aus jeder Abstimmung nur dasjenige bemerken, was die bisherigen

geistlichen Regenten, und was die weltliche Verfassung der säcularisirten Lande betrifft.

In Ansehung der geistlichen Regenten hielt Sachsen für billig, daß man den Fürst-Bischöfen diejenigen Cameraleinkünfte lasse, welche zum Unterhalt ihres Hofstaats bestimmt waren, oder sonst als Schatullgelder in ihre Privatscasse flossen, und daß dieses Einkommen auf gewisse Aemter und Renten unwiderruflich versichert werde; daß ihnen gestattet sey, in ihren Residenzen mit Beybehaltung ihrer bisherigen Würde zu verbleiben, das dazu gehörige Mobiliare, wie auch das Ersparniß ihrer Finanzkammer, in so weit sie nicht zu Tilgung vorhandener Kammerschulden eine eigene Bestimmung haben, eigenthümlich zu behalten. — Bey der Verfassung der säcularisirten Lande läßt Sachsen die allgemeine Regel eintreten, daß die neuen Besitzer lediglich an die Stelle der abgehenden treten, mithin die Rechte und Freyheiten der Landstände und Unterthanen in Ansehung der Steuerverbindlichkeit und sonstigen Leistungen, möglichst aufrecht zu

erhalten seyen. — Zum Sustentationsfond des Churfürsten von Trier aber sollten, wenn die an Weilburg kommenden Trierischen Aemter nicht hinlänglich wären, billig diejenigen Stände, welche durch die Säcularisation einen beträchtlichen Zuwachs ihres Gebiets erhalten, Etwas übernehmen.

Ueber eben diesen Gegenstand gab in der folgenden sechszehnten Sitzung (16. Oct.) der Subdelegat des Deutschmeisters seine Abstimmung zu Protocoll. Er unterschied den Bischof vom Landesfürsten, und meynte, daß die Frage: ob die geistlichen Fürsten, welche aufhören Regenten zu seyn, noch Bischöfe bleiben sollen oder nicht? der Erörterung der Deputation nicht unterliege. Nach ihm sollte den deposedirten geistlichen Fürsten die Reichsfürstenwürde verbleiben; die Wahl ihres Aufenthaltsortes innerhalb oder außerhalb Landes, und eines angemessenen Sommeraufenthalts im Lande, frey stehen; die ständsmäßigen Meubeln und Service, Pferde und Equipagen aus den Hofställen, eine Auswahl aus ihrer bisherigen

Dienerschaft überlassen, und eine verhältnißmäßige, nach einem zehnjährigen Durchschnitt ihrer bisherigen Hofstaats-Ausgaben berechnete, Geldsumme bewilligt, und diese auf bestimmte Aemter, deren Beamten den abgehenden Regenten zur Entrichtung der bestimmten Geld- und Natural Lieferungen verpflichtet werden müßten, angewiesen werden.

In Ansehung der Verfassung der Indemnitätslande macht er einen Unterschied zwischen Verwaltung und Verfassung. „In Betreff der Staatsverwaltung muß es allerdings den neuen Regenten anheim gestellt bleiben, eine Administration zu wählen, welche sie für das Wohl ihrer Staaten oder Lande am zweckdienlichsten glauben. Was aber die Landesverfassung betrifft, so scheint derselben Abänderung Subdelegato eben so wenig von der Willkühr der neuen Regenten abhängig zu seyn, als sie es von jener der abtretenden Fürsten vorher war. Der Lüneviller Friede, das Gesetz, wornach die Deputation zu erkennen hat, spricht den Erbfürsten nur Entschädigung zu. Die

„Berechnung des Verlusts und Ersatzes be-
„steht in der Berechnung der verlohrnen und
„gegebenen Quadratmeilen, Seelen- und
„Länder-Reichthum, heineswegs aber in der
„Stöhrung derjenigen Rechte, worauf die
„Unterthanen dieser Indemnitätslande die
„gerechtesten Ansprüche verfassungsmässig
„haben. Die Stöhrung solcher Rechte würde
„Stöhrung des Völkerrechts seyn, das selbst
„bey dem Westphälischen Frieden einer so
„heiligen Achtung gewürdiget wurde. Schwe-
„den und Brandenburg liessen den ihnen
„damals zugefallenen Landen gleiches Recht
„widerfahren. Subdelegirter unterhält daher
„die Meynung: dafs zur Beruhigung so
„vieler Millionen Deutscher und freyer Un-
„terthanen schon bey der wirklichen Besitz-
„nehmung der Indemnitätslande der ein-
„müthige Schluss abzufassen sey: dafs die
„neuen Landesherren zur willkühr-
„lichen Abänderung der Landes-
„verfassung nicht berechtigt seyen.
„Diesemnach folgert es sich von selbst,
„dafs da, wo Landstände rechtlich bestehen,
„dieselben fortbestehen müssen, und die

„neuen Regenten bey Erhöhung oder Abän-
„derung der gewöhnlichen Steuern, bey
„Contrahirung der Landesschulden, bey
„Veräußerungen der Domainen u. s. w. an
„den landständischen Consens gebunden
„bleiben werden. Hierbey läßt sich ohnehin
„erwarten, daß alle wohlthätigen Anstalten,
„wofür Landesgarantie geleistet ist, z. B.
„Schuldentilgungsfond, Brandassecuranz-
„Gesellschaften u. d. gl. noch ferner aufrecht
„erhalten werden. Eben so muß es den
„Unterthanen der an andere Landesherren
„übergehenden Länder, unbenommen blei-
„ben, in einem zu bestimmenden Termine
„von etwa 2 Jahren, mit ihrem ganzen
„Vermögen frey und ungehindert, in
„welches Land sie immer wollen, abzie-
„hen zu können. Diese Freyheit ist nicht
„allein bey dergleichen Regierungsver-
„änderungen gewöhnlich, selbst nach
„Ausweis des Reichsabschieds von 1555.
„§. 24, des Osnabrückischen Friedens Art.
„V. §. 30, und des Ryswicker Friedens
„§. 17, sondern auch den Grundsätzen des

„allgemeinen Staatsrechts angemessen.“ *) — Für die geistlichen Regenten, welche diesseit des Rheins wenig oder nichts übrig behalten haben, trägt Deutschmeister sehr ernstlich auf eine Unterhandlung mit der Französischen Regierung über eine verhältnißmäßige Uebernahme eines standesmäßigen Unterhalts und dessen Sicherstellung, und bey Frankreichs nicht denkbaren Weigerung auf Römermonate an.

Hierauf ward über verschiedene einzelne Punkte des neuen Plans, nämlich über §. 24, 32 und 34, abgestimmt. In Absicht des 4ten Principis (§. 34) that Brandenburg die männliche und wahrhaft patriotische Erklärung: „Es scheine, als wenn durch diesen „Grundsatz die Verbindlichkeit des VIIten „Artikels des Lüneviller Friedensvertrags „eine Abänderung leiden, und für aufgehoben erachtet seyn sollte. Der König hielt „als deputirter Stand des Reichs es für Seine

*) Durchaus recht und wahr; doch fand dieser wichtige Punct in der Deputation keinen Beyfall, und kam nicht in das Conclusum.

„Mitstände für Seine Pflicht, gegen diese
 „neue, ganz unerwartete und ungeheure
 „Last, welche hierdurch den Deutschen
 „Ländern und Unterthanen aufgebürdet wer-
 „den würde, die ausdrückliche Stipulation
 „des Lüneviller Friedens zu reclamiren, und
 „hielt sich von der Großmuth und Gerech-
 „tigkeitsliebe des Französischen Gouverne-
 „ments überzeugt, daß es bloß dieser Re-
 „clamation bedürfe, um über die treue und
 „unverbrüchliche Erfüllung dieser friedens-
 „schlußmäßigen Verpflichtung von dem
 „Französischen Minister die beruhigende
 „Zusicherung zu erhalten.“ Es wurden,
 vorzüglich nach der Brandenburgischen Ab-
 stimmung, zwey Conclusa gefaßt, von wel-
 chen das erste die §. 24 des neuen Plans vor-
 geschlagene Reichsgrafen - Commission in-
 struirte, das zweyte aber Erinnerungen über
 einige Principes des Plans enthielt, nämlich
 zu Pr. 3, daß unter Gouvernemens
 respectifs der Landesherr und Ort, wo
 solche Institute fortgesetzt seyen, verstanden
 werde; zu Pr. 4, daß unter Terres et
 propriétés die neuen Domainen eines

entschädigten Reichsstandes zu verstehen seyen, (auf eine Bemerkung von Mainz, daß man solche mitgebrachte persönliche Schulden nicht den neuen Unterthanen aufbürden könne), und daß in Ansehung der alten Landesschulden der VIIIte Art. des Lüneviller Friedens in Kraft bleibe; und zu Pr. 5, daß, da bey Abschaffung der Zölle überhaupt die völlige Freyheit der Schifffahrt und des Handels bezweckt werde, man auch keinen Anstand nehmen werde, die Stapelrechte zu Mainz und Cölln aufzuheben.

Zuletzt gab noch Sachsen eine ausführliche Abstimmung in Betreff der auf den Entschädigungs-Ländern und den Reichskreisen haftenden Schulden; es war die erste über diese ebenfalls sehr schwierige und weitläufige Materie.

Schon in der nächsten siebzehnten Sitzung (19 Oct.) war die Antwort der vermittelnden Minister auf die Erinnerungen der Deputation da. Sie waren, bis auf das Stapelrecht, worüber man berichten wolle, den Wünschen der Deputation gemäß, erinnerten aber zugleich die Deputation an

den ganz nahen Ablauf der festgesetzten zwey Monate. Daher ward sogleich über diese Antwort und über den ganzen Plan wieder Umfrage gehalten, aber von Niemand förmlich gestimmt, doch trat Sachsen der schon vorhandenen Majorität für die allgemeine Annahme des Plans; Böhmen hingegen den Abstimmungen von Sachsen und Deutschmeister in Ansehung des Unterhalts der Geistlichkeit u. s. w. bey, und betrachtete es besonders als eine unumgängliche Nothdurft, daß der Unterhalt auf gewisse namentlich auszuzeichnende Aemter und Gefälle hypothecarisch gegründet, und die Beamten derselben von Kaisers und Reichs wegen eidlich zum pünctlichen unmittelbaren Abtrage verpflichtet werden. Deutschmeister legte sein Votum über das Schuldenwesen ab, und über die Reclamation der Wild- und Rheingrafen, die Löwenstein-Wertheimische Vorstellung wegen Ansprüche auf Habitzheim, die Reclamation des Grafen Degenfeld-Schomburg, die des Grafen zu Altleiningen-Westerburg, die Vorstellung des Nas-

sau-USingischen Bevollmächtigten, auf welche gründliche Vorstellung (die Schulden und den Thalweg betreffend) bey dem Gegenstande votando Rücksicht zu nehmen sey. Die Reclamationen von Stollberg wegen Rochefort und Königstein, die Vorstellung der Hanseestädte wegen Neutralität, (auf welche sich die Subdelegaten ihre Abstimmungen vorbehielten,) die Vorstellung des Herzogs von Modena wegen der Breisgauischen Mediatstifter, (wobey man es bey der Verwahrung, daß der den Französischen Ministern von der Deputation geäußerte gleichförmige Grundsatz im neuen Plan nicht berücksichtigt worden sey, vorerst bewenden liefs,) die Reclamation von Frankfurt wegen Sulzbach und Soden, und die Hohenlohe-Bartensteinische Reservation wegen der Secundogenitur, wurden summarische Beschlüsse gefaßt.

In der achtzehnten Sitzung (21. Oct.) nahm das Directorium zuerst wieder den neuen Plan und die jüngste erläuternde Note der Minister in Umfrage, und es erfolgten sehr merkwürdige Aeufserungen.

Böhmen verwahrte aufs neue die Gerech-
same des Großherzogs und des Erzhauses
gegen die Annahme des modificirten
Planes aufs feyerlichste, und glaubte, daß
der Rechtmäßigkeit dieser Verwahrung weder
die Majorität der Deputationsstimmen, weil
sie nicht die Grenzen und den Endzweck
ihrer Vollmacht zu überschreiten befugt sind,
noch die Unabänderlichkeit der Vermitte-
lungsvorschläge, weil diese nach der Rech-
tmäßigkeit der Forderungen eingerichtet wer-
den müssen, entgegen stehe, wie denn auch
schon der erste Plan durch den zweyten in
wesentlichen Puncten verändert worden sey.
„Eben so wenig könnte dem Toscanischen
„Begehren einer vollständigen Entschädigung
„die Einwendung, daß die Masse der Ent-
„schädigungen jener der Forderungen nicht
„gleich komme, entgegen gesetzt werden;
„denn wenn dieser Fall vorhanden wäre: so
„würde es immer unbillig seyn, die Ein-
„schränkung einem einzigen Theile aufzu-
„bürden, die vielmehr durch eine verhält-
„nißmäßige Entschädigungs - Verminderung
„aller interessirten Theile, erzielt werden

„müßte. Allein man könne nicht umhin,
„die Bemerkung beyzufügen, daß in einem
„solchen Falle, vor allem, die Zahl der zu
„Entschädigenden auf die hierzu in dem
„Tractate ausdrücklich Berufenen zu be-
„schränken wäre, wovon sich aber manche
„merkliche Abweichungen in beyden Planen
„von selbst darstellten.“ Allein Oestreich
verlange nicht einmal eine vollständige
Entschädigung. Es habe einen Antrag
zu einem gutwilligen Austausch des
Theils von Bayern auf der rechten Seite des
Inns gegen beynahe alle Oestreichische Be-
sitzungen in Schwaben gemacht, und nun
neue Vorschläge auf dem Grunde gethan,
daß der Großherzog etwas mehr als die
Hälfte seiner gerechten Forderung aufgeben
und nur etwa 1,800,000 Gulden rh. an Ein-
künften erhalten sollte. Es sey also baldigst
eine solche schließliche Modification des
Entschädigungsplans zu hoffen, wodurch
Oestreichs Beytritt möglich gemacht würde.
Uebrigens brächten die allgemeinen Verhält-
nisse keinen solchen Drang der Umstände
mit sich, der in einer reifern Erörterung des

Entschädigungsgeschäftes irgend eine Gefahr voraus sehen liefse. Ganz Europa sey in Ruhe, und wünsche die Erhaltung des Friedens; Deutschland harre seinem Schicksale mit geduldiger Standhaftigkeit entgegen u.s.w.

Sachsen machte den Antrag zu einem nochmaligen Versuche, den milden Stiftungen, namentlich der ehemals Mainzer, nun Aschaffenburgischen Universität, ihre Güter diesseit Rheins zu retten; allein Brandenburg hielt es durch die Französische Auslegung für entschieden, daß dieselben dem Gouvernement, in welchem sie liegen, zugehören sollen; doch erfordere Recht und Billigkeit, von Deputations wegen festzusetzen, daß solche Güter, Gefälle oder Capitalien der Mainzer Universität, welche in den Landen eines zu keiner Entschädigung berechtigten Fürsten lägen, ihr verbleiben sollten. Bey den Stapelrechten bemerkte es: man werde sich von der Großmuth und Gerechtigkeitsliebe der Französischen Regierung um so gewisser einer beyfälligen Entschliesung versehen dürfen, da die Freyheit der Schifffahrt und des Handels bey Fortbestehung

dieser Stapelrechte (droits de relache forc ) nicht denkbar sey; und über die Vorstellung der Hanseestädte äufserte es: „ihr Wunsch
„sey durch den neuen Plan in der Haupt-
„sache schon erfüllt, und der hierdurch
„erlangte Vortheil der Reichsstädte so gro s
„und wichtig, da s er auch in Friedenszei-
„ten ihnen einen unermesslichen Gewinn
„gewähre, weil sie hierdurch ausschließlich
„zu Niederlags- und Stapelst dten des Deut-
„schen und Europäischen Handels erhoben
„würden. So sehr einer Seits der König
„den Reichsstädten diesen Vortheil g nnzte:
„so unverkennbar würden hierdurch so viele,
„zur Handlung eben so taugliche und bisher
„deswegen und wegen ihres Gewerbflusses
„berühmte Municipalst dte, nebst den Für-
„sten, welchen sie angehörten, unendlich
„leiden, ihrer bisherigen Vorth ile entsetzt,
„und ihnen eine Hauptquelle zur Belebung
„ihrer Industrie entzogen werden. Diese
„Beschädigung könne dem Könige nicht
„gleichgültig seyn;  berdi s sey es evident,
„da s durch die zum Vortheil der Hansee-
„städte geschehene Aufhebung des Els lether

„Zolles die dafür erforderliche Entschädi-
„gung, vorzüglich durch die Aemter Vechte
„und Kloppenburg, dem ganzen Reiche zur
„Last falle, weil die auf diese Aemter ange-
„wiesenen Reichsgrafen eine anderweite Ent-
„schädigung erhalten müßten, hierdurch
„aber die Entschädigungsmasse für die dem
„Erzkanzler zugesicherte Million Einkünfte
„höchstbeträchtlich verringert werde. Be-
„sonders sey es drückend für das Ganze,
„dafs den Reichsstädten die geistlichen Gü-
„ter in ihren Bezirken überlassen worden,
„die nach dem ersten Plane für die durch
„den zweyten ohnehin äufserst verminderte
„Masse der Entschädigungs-Complemente
„bestimmt gewesen. Daher erfordere es die
„Billigkeit, dafs sie einen jährlichen Geld-
„beytrag zu dem Erzkanzlerischen Comple-
„mente übernehmen. Nürnberg sey aufser
„Stande, und Frankfurt schon mit 55,000
„Gulden jährlicher Renten beschwert; aber
„den übrigen 4 Reichsstädten könne, jeder
„50,000 Gulden, jährlich zu zahlen auferlegt
„werden.“

Die Majorität drang auf Abfassung des

Schlusses über die Annahme des zweyten Plans, da der angesetzte Termin in zwey Tagen verflossen seyn werde. Nachdem also Böhmen eine Verwahrung der durch den Plan gekränkten Oestreichischen Eigenthums- und Landeshoheits-Rechte zum voraus angekündigt, und Deutschmeister seine Empfindlichkeit, daß man nicht die Abstimmung eines um das Vaterland so verdienstvollen Deputationsmitglieds, welche wegen seiner Reise bisher verzögert worden, habe abwarten wollen, geäußert hatte: so ward das Conclusum gefaßt, den neuen Plan seinem ganzen Inhalte nach anzunehmen, und über die festzusetzenden Reglements unverzüglich die erforderlichen Schlüsse zu fassen, um sodann alles in eine Urkunde begreifen zu können. Diesem gieng ein anderes Conclusum voran, welches noch einige Modificationen des 3ten und 11ten Principis betraf.

Brandenburg gab seine ausführlichen Abstimmungen in Betreff der Geistlichkeit u. s. w. und der Schulden. Da die erstere,

welche mit eben so vieler Gründlichkeit als Liberalität verfaßt ist, zum Grunde des Conclusi gelegt wurde: so bedarf es hier keines weitem Auszugs. Nur die einzige Stelle, die natürlich nicht in das Conclusum kam, mag hier stehen. „Je mehr bisher die Religions- und Kirchenverfassung in vielen Ländern öfters den Vorwand abgegeben, um gegen jede andere Religionsparthey als die sogenannte Herrschende die auffallendste Intoleranz zu beweisen, und deren Mitgliedern nicht allein die ihnen eigene Religionsübung zu verwehren, sondern dieselben zugleich von allen Gewerben und bürgerlichen Nahrungszweigen und Rechten auszuschließen; desto lauter fordern es der Geist und die Ehre unsers gegenwärtigen Zeitalters, keine beschränkende Vorschrift zu sanctioniren, die einem vernünftigen Toleranzsysteme und einer allgemein freyen Religionsübung im Wege stehen könnte.“

In der neunzehnten Sitzung (25. Oct.) geschah die von Böhmen versprochene Aeufserung über die verschiedenen Stellen des neuen Plans, welche Vorschläge

über Veränderungen solcher Gegenstände enthalten, die einzig oder zum Theil in den Umfang des Eigenthumes, der Hoheit und der Rechte Oestreichs oder des Großherzogs gehören. Als Gegenstände dieser Art wurden aufgeführt: Mühldorf, und die Grafschaft Neuburg; die Ortenau; die Probstey Kempten, die Abtey Waldsassen, die Reichsabtey Ottobauern, die Reichsstädte Buchhorn, Wangen, Leutkirch und Ravensburg; die Reichsabteyen Gengenbach, Petershausen, Salmannsweiler, und die Reichsstädte Offenburg, Zell am Hammersbach, Gengenbach, Ueberlingen, Biberach, Pfullendorf; dann die Reichsstädte Weil, Reutlingen, Eßlingen, Aalen und das Stift Heiligenkreuzthal; die Reichsabtey Weingarten; die Abtey und Reichsstadt Buchau; die Abtey und Reichsstadt Lindau; die Reichsabteyen Ochsenhausen, Münchroth, Schussenried, Gutenzell, Baidt, Buxheim, Weissenau und Ysni nebst der Stadt; die mittelbaren Capitel, Abteyen und Klöster des Vorarlbergs und Oestreichischen Schwabens, so wie die

Breisgauischen Stifter — wobey sich Böhmen auf den von Sachsen, Brandenburg und Bayern mit Beystimmung aller übrigen Subdelegirten in der IVten Sitzung der Deputation aufgestellten Grundsatz bezog; endlich die Herrschaft Trasp, mit Vorbehalt der vergessenen. „Spricht man nicht von Unschätzbarkeit seiner Befugnisse, für die man „gleichwohl den Werth bestimmt, von Ansprüchen aus dem XVten und XVIten Jahrhundert: so ist dieses ein Beweis mehr, „dafs, wer nur erhalten, nichts andern entziehen will, nie etwas zu fordern habe, „was dem reinen Rechtsgeföhle eines Dritten „je lästig und gehässig werden könnte. „Desto mehr aber hat man auch Ursache zu „vertrauen, dafs, indem man fremdes Recht „ehret, und zu jeder freundschaftlichen „Auskunft sich willig und billig finden läfst, „nichts eine so gerechte, auf Wiederlage „und Gegengabe gestützte Erwartung stöhen werde.“ Zuletzt ward von Böhmen eine förmliche Abstimmung über die Ortenau und die Mediatstifter verlangt, aber von sämtlichen

Subdelegirten zur nächsten Sitzung vorbehalten.

Ueber die wichtige Materie vom Unterhalte der Geistlichkeit u. s. w. gaben Bayern und Wirtemberg ausführliche Abstimmungen; Hessen-Cassel aber fand die Grundsätze der vorigen Abstimmungen so billig und erschöpfend, daß es, um nicht ohne Noth weitläufig zu werden, der Brandenburgischen beytrat. In Bestimmung des Unterhalts der Fürstbischöfe nahm Bayern den Brandenburgischen Grundsatz an, und meynte, daß er auf die nächsten Recepturen anzuweisen, und von aller Arrestbelegung auszunehmen; aber, um ihn möglichst zu sichern, den Kreisdirectoren aufzugeben sey, die schleunigste Execution eintreten zu lassen, wogegen kein Recurs statt haben solle. Wirtemberg war der Meynung, daß zwar das künftige Einkommen der geistlichen Fürsten ihrem bleibenden Range gemäß seyn müsse, daß aber nicht der bisherige Aufwand ihrer Höfe zum Maafsstab dienen könne, weil ein regierender Herr einen ungleich ausgedehntern Hofstaat haben müsse, als nach

Niederlegung der Regierung erforderlich sey. Es stellt ihren Unterhalt auf ähnliche Art, wie Bayern, in Sicherheit, und breitet sich besonders über ihre Gerichtsbarkeit aus. Die politische Verfassung müsse, so wie sie auf gültigen Verträgen, auch andern reichsgesetzlichen Normen beruhe, bestätigt werden, unter Vorbehalt der Modificationen, welche die selbst in die Verfassung eingreifende Umwandlung eines geistlichen Staats in einen weltlichen, der republikanischen Regierungsform der Reichsstädte in die monarchische, wie auch die Verbesserung und Vereinfachung der Civil- und Militair-Administration, worin dem neuen Landesherrn freye Hand zu lassen, nothwendig machen.

„Der Herzog wünscht auch Seines Orts,
 „dafs bey sämtlichen Religionspartheyen im
 „Reiche an die Stelle der ehemaligen, in
 „manchen Ländern beynahe constitutionell
 „gewordenen Intoleranz und des daraus
 „sogar entsprungenen Religionshasses und
 „Verfolgungsgeistes die ächten Grundsätze
 „wahrer Religionsduldung und gegenseitige
 „Achtung treten möchten; und dafs zur Be-

„förderung und Verbreitung dieser edlern
 „Denkungsart auch durch eine allgemeine
 „Reichs-Sanction der Weg gebahnt,
 „mithin auf eine für alle Deutsche
 „Länder und Gebiete, für Herrschaften
 „und Unterthanen gleich verbindliche Art,
 „der Grundsatz allgemeiner Religions-
 „Duldung, auch voller Genuß bür-
 „gerlicher Rechte für jede Reli-
 „gionsgenossenschaft, jedoch ohne
 „alle Kränkung des gegenseitigen Kirchen-
 „und Schulfonds, als reichsgesetzliche Norm
 „aufgestellt werden möchte.“

Sachsen trat in einem Nachtrage den
 vortheilhaftesten Vorschlägen bey, wünschte
 aber für den Churfürsten von Trier ein an-
 deres Auskunftsmittel, als die unsichern
 Römermonate. Einen andern Nachtrag lie-
 ferte es über die Schulden, besonders die auf
 den Rheinzöllen liegenden betreffend, wobey
 es für einen — schon hin und wieder ge-
 wünschten — Antrag bey den Vermittlern,
 die Aufhebung der Rheinzölle bis zum Ab-
 trag der darauf haftenden Schulden zu ver-
 schieben, ausdrücklich stimmte. Bayern

und Wirtemberg legten ebenfalls ihre Abstimmungen über das Schuldenwesen ab, und Hessen-Cassel trat der Brandenburgischen bey.

Hierauf kam das Gesuch der Hanseestädte in Umfrage. Sachsen wiederholte den vorhin geäußerten Grundsatz: „wie die Entschädigung für solche Objecte, die unter der im Lüneviller Frieden geschehenen Abtretung an Frankreich nicht begriffen sind, und die Erstreckung dieser Entschädigung über die in diesem Frieden dazu bestimmten Säcularisationen, die Vollmacht der Deputation überschreite. Da jedoch, aufser andern schon von andern angeführten Gründen, die anständige Ergänzung der Erzkanzlerischen Revenüen die erste Bedingung bey der ganzen Entschädigungs-Vertheilung seyn sollte; mithin diejenigen, welche offenbar dabey gewinnen ohne zu verlieren, die ersten Beyträge dazu, nach Recht und Billigkeit, zu leisten haben: so fände man der Lage der Sachen und der Gerechtigkeit angemessen, daß jene vier Reichsstädte einen Beytrag zu dem, sonst für den Erzkanzler nicht füglich

zu erlangenden Supplement auf sich nehmen." Derselben Meynung war Bayern nebst allen übrigen. Doch ward, da neue Vorstellungen dieser 4 Reichsstädte eingekommen waren, kein Schluß gefaßt.

Die zwanzigste Sitzung (26 Oct.) ward mit einer Schwedisch - Pommerschen Erklärung eröffnet, die sehr merkwürdig ist.

„Der Schwedische Minister glaubt, das
 „Stillschweigen brechen zu müssen, da das
 „Deutsche Reich wieder mit Gefahren und
 „Erschütterungen bedrohet werde, und dieß
 „auf eine Veranlassung, wobey alle Mit-
 „glieder des Reichs sich vielmehr
 „mit dessen Oberhaupten hätten ver-
 „einigen sollen, um die Selbstständig-
 „keit zu behaupten, ohne welche keine
 „dauerhafte Ruhe und Sicherheit begründet
 „werden kann. Der König denke zu groß-
 „müthig, um einige Erweiterung seines Ge-
 „biets in Deutschland zu wünschen, und
 „habe keinen andern Zweck, als das wahre
 „Wohl des Deutschen Reichs, die Aufrecht-
 „haltung seiner gesetzlichen Rechte und sei-
 „ner Unabhängigkeit. Dennoch würde Er

„an den Deutschen Angelegenheiten keinen
 „nähern Theil genommen haben, wenn Er
 „nicht vernommen hätte, daß fremde
 „Mächte sich in gegenwärtige wichtige
 „Verhandlungen einmischten, da Er dann,
 „als Reichsfürst und Garant der Reichsver-
 „fassung, zur Theilnahme an diesen Berath-
 „schlagungen näher berechtigt zu seyn, habe
 „glauben müssen. *) Der König erkenne
 „zwar die Nothwendigkeit von Veränderun-
 „gen im Deutschen Reiche, als Folgen des
 „Grundsatzes der Entschädigung; aber da
 „müsse auch diesem Grundsatz zufolge mit
 „der möglichsten Billigkeit und Gerechtig-
 „keit verfahren werden, so daß die, welche

*) Schweden prätendirt also ein näheres Recht
 an der Vermittelung zu haben, als — Ruß-
 land? Denn Frankreich ist ebenfalls Garant
 vom Westphälischen Frieden her. Ueber eine
 Russische Garantie ist bey Gelegenheit des
 Fürstenbundes viel geschrieben worden. Von
 Schwedens Theilnahme an den Berathschla-
 gungen ist nirgends die Rede gewesen. Auch
 war es jetzt zu spät; Schweden hätte sich ein
 Jahr früher einmischen müssen.

„wirklich Verluste gelitten haben, dafür nur
 „Entschädigung erhalten. Durch die mili-
 „tairische Besitznahme von Ländern, welche
 „zur Zeit noch nicht rechtlich zuerkannt
 „sind, habe man ein gefährliches und gesetz-
 „widriges Beyspiel gegeben.“

Dieser folgte eine Erklärung von Böhmen, durch welche der Deputation Nachricht gegeben wurde, daß zu einem nahen gütlichen Vergleiche wegen der Entschädigung von Toscana die größte Hoffnung sey, mit dem Ersuchen, sich den hierbey eintretenden geringen Aufschub gefallen zu lassen. Hierüber behielten sich sämtliche Subdelegirte das Weitere vor.

Mainz gab die letzte noch übrige Abstimmung über den Unterhalt der Geistlichkeit u. s. w. zu Protocoll. Es verhehlte seinen Wunsch nicht, daß man den geistlichen Fürsten den Genuß ihrer Domainen, und den Domcapiteln ihrer Güter und Einkünfte, wenn gleich gänzlich in mediater Eigenschaft, hätte lassen mögen; und daß man wenigstens die künftigen Bischöfe und Capitel mit liegenden Gütern sicher dotiren möchte.

„Zu den reichsgesetzlichen Normen , auf
 „welchen die fortbestehenden Landesverfas-
 „sungen beruhen sollen , gehören wohl
 „auch die alten rechtmäßigen Herkommen,
 „welche Art. X. §. 16. pacis Osnabr. eben so,
 „wie die ausdrücklichen Privilegien, als
 „jura longo usu obtenta ordinum
 „et subditorum bey der Uebergabe an
 „Brandenburg und Schweden bestätigt wor-
 „den.“ Es ward nun das vortrefliche Con-
 clusum — ein ewiges Denkmal sowohl der
 Talente als der Humanität der Subdelegirten
 zu dieser Reichsdeputation — einstimmig
 gefasst, das den 47sten und die nächstfolgenden
 Paragraphen des Deputationsschlusses aus-
 macht, und folgenden schönen Eingang hat:
 „Da es Pflicht des Reichs sey, das
 „Schicksal der schuldlosen Opfer des Frie-
 „dens möglichst zu lindern, und sie irgend
 „einer Willkühr nicht auszusetzen, sondern
 „ihre bisherigen persönlichen und amtlichen
 „Verhältnisse eben so, als ihren künftigen
 „lebenslänglichen anständigen Unterhalt zu
 „sichern, mithin für alle Classen der hierun-
 „ter begriffenen Individuen, so viel thun-

„lich, bestimmte Vorsehung zu treffen: so
„sey festzusetzen u. s. w.“

In der ein und zwanzigsten Sitzung (30 Oct.) wurden die noch fehlenden Abstimmungen von Böhmen und Mainz über das Schuldenwesen zu Protocoll gegeben. In der letzten sind folgende statistische Notizen vom Chur- und Oberrheinischen Kreise bemerkenswerth: „Beyde Kreise hätten vor dem Kriege gar keine Schulden gehabt, nur unmittelbar vorher, zur Lütticher Execution, habe der Churrheinische Kreis 200,000 Fl. aufgenommen, welche unter den vier Churhöfen verhältnißmässig nach der Truppenzahl, mit welcher jeder zur Execution concurrirte, vertheilt worden. Dieß seyen die einzigen Schulden dieses Kreises. Der Oberrheinische würde ebenfalls wenig oder keine Schulden haben, wenn nicht auch auf der rechten Rheinseite mehrere Kreisstände mit ihren Steuern zurück ständen, und man nicht am Ende gar keine Steuern mehr aufgenommen, sondern seine Zuflucht zu Capital - Aufnahmen genommen hätte. Dieser Kreis habe zwey Cassen, die allge-

meine, wohin alle Stände contribuïrten, und woraus alle Ausgaben bestritten würden, und eine Specialcasse, wozu nur diejenigen Stände beytrügen, welche ihre Contingente zu den zwey zusammengesetzten Kreisregimentern stellten, und diese Regimenter im Felde unterhalten müßten. Zu jeder der beyden Casen habe der Kreis am erstenmal zu Ende des Jahrs 1794 20,000 Gulden aufgenommen, wozu in den folgenden Jahren immer mehr gekommen wäre. Die ganzen Capitalschulden der allgemeinen Kreiscasse betrügen 195,100 Fl. der Specialcasse aber 275,000 Fl. und für Verpflegung der Truppen noch etlich und 30,000 Fl." Nachdem Wirtemberg zu seiner Abstimmung einen Nachtrag geliefert, ward auch über diese wichtige Materie das Conclusum gefaßt, welches im Deputations-Hauptschlusse ausgedruckt ist.

Deutschmeister gab sein Votum über den neuen Plan, welchen er unter der Voraussetzung, daß der Anstand wegen Toscana baldigst ausgeglichen werden würde, zwar annahm; aber die dem Deutschen Orden angewiesene Entschädigung lehnte er zum Theil

ab, und erklärte, nur diejenigen Bestandtheile derselben annehmen zu können, welche in solchen Landen gelegen sind, die selbst in die allgemeine Entschädigungsmasse gezogen worden; was aber diejenigen betreffe, welche in alten Erblanden liegen: so würden die hohen Vermittler es Seinem strengen Gerechtigkeitsgefühle zu gute halten, wenn Er glaube, von dem Anerbieten solcher Gegenstände keinen Gebrauch machen zu können. Selbst die Reichsdeputation habe durch mehrere Abstimmungen den mit diesen Gesinnungen übereinstimmenden Grundsatz aufgestellt, und in der IXten Sitzung in ein Concluseum *) aufgenommen, daß die mittelbaren Stifter und Klöster, welche in den alten Landen weltlicher Fürsten gelegen sind, nicht zu Entschädigungen zu verwenden seyn

*) Es betraf dasselbe das den Grafen Löwenhaupt und Hillesheim zugetheilte Stift heil. Kreuz, wovon man bemerkte, daß es zu einem altweltfürstlichen Lande gehöre, deren Stiftungen zu Entschädigungen nicht würden verwendet werden wollen.

dürften. Aus eben diesem Grunde möchten auch wohl die protestantischen Mediatstifter im Plane §. 34. ausgenommen worden seyn, da die Veranlassung lediglich in dieser Hinsicht, und keinesweges in der Religions-eigenschaft liegen könne. *) Man bittet also statt solcher für andere Klöster, bey welchen diese Hindernisse nicht eintreten.

Mit diesem Grundsätze stimmte die Churbraunschweigische Reclamation gegen den zweyten Plan, wegen einer auf die Osnabrückischen Stifter angewiesenen Rente und der gänzlichen Cession der Abtey Wittmarsen überein, welche beyde Dispositionen noch überdiß der zu London getroffenen Vereinbarung widersprachen.

Diese Materie ward noch weiter in den Abstimmungen über die in der XIXten Sitzung gethane Böhmische Erklärung erör-

*) Der wahre Grund scheint vielmehr zu seyn, daß die protestantischen Stifter schon säcularisirt, und nur noch wohlthätige Versorgung-Anstalten sind; bey den unmittelbaren und ritterschaftlichen hat man aber diesen Grund aus der Acht gelassen.

tert. Sachsen berief sich auf die IVte und IXte Session, und meynte, es liege in der Natur der Sache, daß das zu Rastadt zugegebene und im Lüneviller Frieden wiederholte Säcularisations-Princip nur die unmittelbaren geistlichen Staaten, nicht aber die den weltlichen Fürsten unterworfenen mittelbaren Stifter und Klöster angehe, weil die Beyziehung derselben zur Entschädigung keine bloße Säcularisation, sondern zugleich eine Schmälerung der über solche Stifter den weltlichen Landesherrn gebührenden Hoheitsrechte seyn würde, wozu die weltlichen Stände des Reichs, indem sie in die Säcularisation geistlicher Staaten — als ein durch die Noth abgedrungenes Entschädigungsmittel — einwilligten, sich keinesweges verstanden haben. Es trug auf einen förmlichen Versuch bey den Vermittlern, den Grundsatz, daß Mediastifter ohne vorgängige Einwilligung des Landesherrn nicht zur Entschädigungsmasse gezogen werden könnten, geltend zu machen, an. Brandenburg zuerst äußerte: es sey zwar seiner Meinung, daß

eine solche Disposition den weltlichen Ständen sehr hart fallen müßte, noch immer getreu; da aber die von der Deputation den vermittelnden Ministern gemachten Vorstellungen fruchtlos geblieben, und in dem schon angenommenen neuen Plane ohne Erfolg gelassen worden seyen: so sey voraus zu sehen, daß jede weitere Vorstellung noch weniger helfen würde.

Näher war bey jener Böhmischen Erklärung Bayern interessirt. Es bemerkte, „daß, wenn auch die sämtlichen Oestreichischen Besitzungen in Schwaben, ohne Breisgau, in Rücksicht auf Flächeninhalt und Bevölkerung mit dem auf dem rechten Innufer gelegenen Theile von Bayern in einigem Ebenmaasse stehen, sie doch im Verhältnisse der Einkünfte so sehr nachstehen, daß die des Inndistricts jene der Oestreichischen Besitzungen in Schwaben wenigstens um eine Million Gulden übersteigen. Es behauptete, daß die dem Großherzoge etwa noch zu bewilligende Ergänzung nicht von dem Bayrischen Entschädigungsloose gefordert werden könne, widersprach der Böhmi-

schen Prätension auf ein Schutzrecht, über Waldsassen, verwahrte sich wegen der Verhältnisse anderer Bayrischer Entschädigungslande, und beklagte, wieder eine neue Erfahrung zu machen, wie mannichfaltige Verkürzungen das ohnehin mit verengtem Maafsstabe zugemessene Bayrische Entschädigungsloos zu leiden habe. Nach so vielen Aufopferungen des Churfürsten hätte Derselbe sich zu der Hoffnung berechtigt gehalten, eine Entschädigung zu erhalten, welche die Verluste aller Art aufwäge; diese Entschädigung sey aber bey den wohlmeinendsten Gesinnungen der hohen Vermittler bey weitem nicht vollständig zugemessen. Nach der der Convention vom 3. Jun. zum Grunde gelegten Evaluation sey der Verlust von Pfalz-bayern nach dem mäßigsten Anschlage auf 220 Qu. Meilen, 780,000 Einwohner, und 5,870,000 Gulden Einkünfte liquidirt, wobey die Rheinzölle gar nicht mit in Anschlag gebracht worden. Bey der Schätzung der dafür bestimmten Entschädigungen habe man dagegen allenthalben die höchsten Anschläge

sich gefallen lassen, und es ergebe sich nach den mannichfaltigen Verkürzungen, welche die verschiedenen Bestandtheile der Bayrischen Entschädigungen neuerdings erlitten haben,*) ein Abgang von einer Million Thaler jährlicher Revenüen.**) Dieses neue dem allgemeinen Frieden zu bringende Opfer müsse dem Churfürsten zu schmerzlich fallen, als daß man diese Thatsache zum ewigen Gedächtniß des Reichs zum Protocoll zu legen sich enthalten könnte. Endlich müsse man bedauern, daß die Vermittler in Ansehung der Mediatstifter von den Grundsätzen abgewichen seyen, welche die Deputation hierüber zu erkennen gegeben habe.“ — Deutschmeister inhärrte dem in der Deputation wegen der Mediatstifter in alten Erblanden aufgestellten Grundsätze; allein Württemberg fürchtete, daß, ohngeachtet die Deputation der Mey-

*) Dies konnte sich damals nur noch auf die Würzburgischen Parcelen, deren der zweyte Plan mehr abriß als der erste, beziehen.

**) Man sehe hierüber die Erläuterung des Recesses §. 2.

nung gewesen sey, der Absicht der Vermittler, welche schon im ersten Plan über mittelbare Stifter weltlicher Lande disponirt hatten, eine andere Richtung zu geben, dennoch, da die Vermittler auf ihrem Grundsatz beharrt, und nach bereits geschehener Annahme des Plans, eine weitere Vorstellung fruchtlos seyn dürfte, indem sonst in verschiedenen wichtigen Bestimmungen des Plans eine Aenderung eintreten müßte. Hessen-Cassel war derselben Meynung, und trat Brandenburg bey. Ob nun gleich Maynz in den Sächsischen Vorschlag eingieng: so ward doch, da ihm die Majorität mangelte, kein Conclusum gefaßt, und die Deputation gab den sehr wichtigen, von ihr förmlichst aufgestellten Grundsatz, daß mittelbare Stifter in alten Erblanden nicht zur Entschädigungsmasse gezogen werden könnten, wiewohl alle Mitglieder der Deputation von der Rechtlichkeit desselben noch immer überzeugt waren, stillschweigend auf.

Die neueren Vorstellungen der vier Reichsstädte, welchen man eine jährliche Rente zum Besten des Erzkanzlers auflegen

wollte, hatten bey der Deputation nicht den erwarteten Eingang. Sämmtliche Mitglieder erklärten, dafs sie in diesen Vorstellungen nichts fänden, was sie bewegen könnte, von ihrer vorigen Meynung abzugehen. Doch machte Sachsen, welches die Verbindlichkeit dieser Städte zu einigem Beytrag auf die durch ihre Erwerbungen geschehene Verminderung der Entschädigungsmasse gründete, *) die Restriction, dafs, bevor darüber eine Bestimmung gefafst werde, diejenigen Supplementfonds, worauf nach dem neuen Plane §. 34. n. 2. **) gerechnet sey, in volles Licht

*) Man nehme dazu, dafs diese Städte in allen Reichskriegen sehr viel gewinnen, und gar nichts bezahlen. Sollte man nicht für den künftig wegfallenden sehr hohen Beytrag zum Kriege einen sehr mässigen jährlichen Beytrag zum Unterhalt des ersten Staatsbeamten des Reichs, mit Recht gefordert haben?

**) Das sind nämlich die mittelbaren Klöster, auf welche viele Beschädigte vertröstet werden, und von denen der Plan immer verspricht, sie weiter hinten anzugeben, aber nirgends angiebt.

gesetzt, und das dabey fehlende Bedürfnis genau angegeben werden möchte, um die Gerechtigkeit des jenen Reichsstädten zu machenden Ansinnens desto überzeugender darzustellen, und die nöthige Ergänzung des Erzkanzlerischen Einkommens nicht länger in Ungewissheit zu lassen. Brandenburg, welches den ersten Vorschlag zu dieser Auflage gethan, schien die Weigerung der Städte zu empfinden, und man fand selbige desto unbilliger, da der Nachtheil einer ewigen Belastung durch die eigene Stipulation des neuen Plans, alle Renten mit einem Capital abkaufen zu dürfen, *) leicht abgewendet werden könne. Deutschmeister, der besonders den Grund der Neutralität geltend machte, wünschte, daß die Summe nach den Local- Finanz- und politischen Verhältnissen auf die Städte vertheilt werden möchte. Im Concluso blieb es dabey: man finde es

*) Sollte dieß bey den Einkünften des Erzkanzlers ein rathsamer oder thunlicher Fall gewesen seyn, wenn das Capital nicht sogleich zum Ankauf unmittelbarer Güter hätte verwendet werden können?

gerecht und billig. dafs die 4 Städte zur Entschädigungsmasse und insonderheit zur Ergänzung des Erzkanzlerischen Einkommens concurrirten. *)

In der zwey und zwanzigsten Sitzung (2 Nov.) gab Böhmen noch Etwas, die Mediatstifter in alten Erblanden betreffend, zu Protocoll. Es dankte den Collegien für ihre Beharrlichkeit, und erklärte: „solche
 „Anweisungen würden in der That die grösste
 „Verletzung eines der wesentlichsten und
 „unverkennbarsten Rechte alt-erworbener
 „Landeshoheit, und des derselben über die
 „Stifter jeder Art zustehenden obersten
 „Eigenthums seyn.“

Nach Anleitung der vom Reichskammer-

*) Nachher hat man von dieser Sache nichts weiter gehört. Weder im Protocoll, noch in den Erlassen, noch in den Noten wird ihrer gedacht, aufser dafs sich die Plenipotenz mit dem Concluso vereinigte, und es an die Minister beförderte. Oeffentlichen Nachrichten zufolge haben die Minister privatim erklärt, dafs die Städte nichts bezahlen sollten, wobey es denn geblieben ist.

gerichte übergebenen Vorstellung und eines darüber in der VIIIten Sitzung gefassten Beschlusses ward im Provisorium wegen richtiger Fortbezahlung der Kammerzieler concludirt; und auf einen Vortrag des Directoriums, den Wunsch der Städte Regensburg und Wetzlar, ihnen als Sitzen des Reichstags und des Kammergerichts die im ersten Plane ihnen als Reichsstädten zudedachte Neutralität beyzubehalten, betreffend, ward beschlossen, die Vermittler defshalb anzugehen.

Dann wurden Conclusa gefasst über einen Holstein - Glückstädtischen Vorbehalt wegen geistlicher Pfründen in Hamburg und Lübeck; über die Reclamation des Grafen von Wartenberg, der im neuen Plan übergegangen war; über das fürstl. Löwenstein - Wertheimische Ansuchen um eine Virilstimme, wobey festgesetzt wurde, dafs ein solches Gesuch aufser dem Wirkungskreise der Deputation liege, und man sich an Kaiser und Reich zu wenden habe, (dies geschah dann auch mit allen folgenden Gesuchen dieser Art); über die gräfl. Schönbornische Klage, im Plan über-

gangen zu seyn; über eine Hohenlohe-Ingelfingische Vorstellung wegen Ansprüche auf Würzburgische Aemter; über eine neue Vorstellung der unterdrückten Reichsstädte, worin sie um nähere Bestimmung des ihretwegen in der Xlten Sitzung abgefaßten Conclusi baten. Auf die letztere ward doch so viel geachtet, daß man beschloß: dasjenige, was in jenem Concluso empfehlungsweise bereits enthalten, solle dem künftigen Deputations-Recesse *verbis dispositivis* (vorschriftsweise) eingerückt werden.

Die wichtigsten und mühsamsten Geschäfte der Deputation schienen nun, wenn man von einer vollständigen und detaillirten Untersuchung des Entschädigungs-Planes, welche die Umstände nicht zuließen, gänzlich abstrahirte, geendigt zu seyn. Es blieben der Deputation nur noch die eingehenden Reclamationen, Erinnerungen über einzelne Punkte des Plans, oder Berathschlagungen über weitere Anträge der vermittelnden Minister, übrig. In der drey und zwanzigsten Sitzung (4 Nov.) kamen vor:

eine Reclamation des Freyherrn Bömelberg wegen jenseitiger Einkünfte der diesseitigen Herrschaft Gehmen; eine weitere Sachsen-Meiningische Vorstellung, die Eventual-Succession in Altenkirchen betreffend, auf deren Veranlassung sich Wirtemberg über dergleichen Ansprüche ausführlicher erklärte; eine Nassau-Usingische Vorstellung, die Bestimmung des Thalweges betreffend, welche man um so mehr den vermittelnden Ministern mittheilen zu müssen glaubte, als ohnehin der Begriff des Thalweges, als Rheingränze, noch eine nähere Bestimmung erfordere; eine Vorstellung des Fürstbths zu Mury in der Schweiz, um Sustentation in Betracht seiner Reichslande; und eine Vorstellung des Hauses Anhalt wegen dessen Prätension auf die im Westphälischen Frieden an Brandenburg gekommene Grafschaft Ascanien, welche sehr offenbar hieher nicht gehörte.

In der vier und zwanzigsten Sitzung (6 Nov.) kamen vor: ein Oettingen-Spielbergisches Ansuchen um eine Virilstimme; eine Reclamation des Fürsten Ligne um ein Surrogat für Witmarsen, in

Rücksicht auf den obigen Churbraunschweigischen Widerspruch; eine Fürstenbergische Vorstellung wegen der in diesen Landen gelegenen, dem Deutschen Orden bestimmten Mediatsklöster, welche schon durch die in der XXIsten Sitzung gethane Deutschmeisterische Erklärung beseitiget war; ein Oettingen - Wallersteinisches Ansuchen um eine Virilstimme; eine Vorstellung zweyer gebohrnen Rheingräfinnen wegen erlittenen Verlustes, wofshalb sie an ihr eigenes Haus gewiesen wurden; eine Vorstellung des Malteser Ordens, von den ihm angewiesenen Breisgauischen Klöstern unternommene Veräußerungen betreffend, welche auf Brandenburgischen Vorschlag das Conclusum erwirkte: „dafs im Recesse festzusetzen sey, dafs alle aufser dem Gange gewöhnlicher Administration liegende Veräußerungen der Stifter, welche nach dem 24. Aug. a. c. etwa geschehen wären, ungültig seyen.“ Endlich eine Hessen-Casselische Vorstellung wegen Erläuterung einiger Stellen des neuen Plans, nämlich 1) was wegen Ansprüche auf die dem Erzkanzler

angewiesenen Lande zu verfügen seyn möchte? Man bat sich die Gesinnungen der vermittelnden Minister aus, welches den Zusatz zu §. 34 zur Folge hatte; 2) was wegen Renovation der an neue Herren kommenden Lehen fesszusetzen sey? Das Conclusum hierüber ward in den 40. §. aufgenommen. Sowohl die Vorstellung als auch die Hessen-Casselische Abstimmung enthielten statistische Data, von welchen wir, da sie kein Gegenstand der Berathschlagung wurden, bey der Erläuterung des Recesses Gebrauch machen werden.

In der fünf und zwanzigsten Sitzung (9 Nov.) ward der Beytritt der Plenipotenz zum Deputationsbeschlusse, den Unterhalt der Geistlichkeit u. s. w. betreffend, jedoch mit einigen Bemerkungen und Vorbehalten, angezeigt. Diese betrafen vornehmlich die Verfassung der zu säculärisirenden Lande, welche die Plenipotenz mehr gesichert wünschte, die neue Einrichtung der Diöcesen, eine bessere Fürsorge für die geistlichen Regenten und Körperschaften, welche jenseit Rheins alles vorlohren, die kaiserlichen

Precisten und Panisten. Bey der Umfrage stimmten Brandenburg, Bayern und Deutschmeister, und mit dem ersten vereinigten sich Hessen-Cassel und Wirtemberg. Deutschmeister erinnerte an sein Votum in der XVIten Session, daß die Landesverfassung in den Indemnitätslanden garantirt, folglich auch die Rechte und Freyheiten eines jeden Landes, wie auch seine bisherigen Verhältnisse gegen die Nachbarn, in ihrem bisherigen Zustande erhalten werden möchten. — Eine Vorstellung des Cöllnischen Domcapitels wegen ihres und der Cöllnischen Dienerschaft Unterhalts erhielt ein geneigtes Conclusum. Ueber eine Hessen-Darmstädtische Vorstellung wegen Vermehrung der für den Chur- und Oberrheinischen Kreis ernannten Commisarien (Mainz und Hessen-Cassel) ward nur bey Collision der Interessen und beym Mangel gütlicher Uebereinkunft die Beyziehung eines dritten Fürsten zugestanden. Nassau-Oranien verlangte Volkmarsen als einen Theil des Corveyischen Landes; man hielt die Sache durch den neuen Plan für entschie-

den, weil aber Hessen-Cassel seine Rechte auf diesen u. a. Corveyische Orte reservirte, so liefs man sie an die vermittelnden Minister gelangen. Auf ein Gesuch des Abts zu St. Ulrich in Augsburg, um Erhaltung seines Stifts, liefs man sich gar nicht ein. Den Beschluß machte das Gesuch, eines zwischen den fürstl. und gräfl. Salmischen Häusern über ihr Entschädigungsloos getroffenen Vergleichs im Recesse ausdrücklich zu erwähnen, worin gewillfahret wurde.

In der sechs und zwanzigsten Sitzung (11 Nov.) wurde die Umfrage über die Monita der Plenipotenz, mit welchen man die Anzeige der Fürsten zu Corvey und Fulda wegen Occupirung ihrer Lande verband, fortgesetzt, und Böhmen legte ein merkwürdiges Votum ab. „Seines Ermessens enthalte der erste (wegen Landesverfassung) und zweyte Vorbehalt nichts, was nicht der Natur der Gegenstände, den Grundzügen der Reichsverfassung, der Erwartung aller, welchen ihre Erhaltung theuer ist, und dem einträchtigen Sinne des Deputationsbeschlusses vollkommen gemäß wäre.“ Beym dritten

Vorbehalte hege es mit der Plenipotenz gleiche Gefühle. „Die Nachfolger jener „Bischöfe, welche, vom Anbeginne des „Reichs, mit den ältesten und erlauchtsten „Fürsten Deutschlands im Rathe saßen, „wenn unsere Kaiser über Religion, Sitten, „Gesetze und Gerechtigkeit, über die gesamte „Ausbildung unsers Vaterlandes und seiner „Verfassung, ihre Stimmen vernehmen wollten, stehen jetzt von ihren tausendjährigen „Sitzen auf, und bringen dem Frieden das „Opfer der glänzendsten, der rechtmässigst „auf sie übergegangenen Fürstenrechte. Sie „werfen in den Stock der Güter, aus welchen ihre weltlichen Mitstände den Ersatz „erlittenen Verlustes empfangen sollen, ein „reines und weitläuftiges Eigenthum, „größer bey weitem als alles, was die „von dem linken Rheinufer abtretenden „weltlichen Fürsten und Stände dort besaßen: „und dieses große Eigenthum ist nun in „einem solchen Verhältnisse ungetheilt, daß, „wenn zwey Fürstbischöfe (Lüttich und „Basel,) vertrauend auf die Gesamtheit „ihrer Rechte, auf die Gemeinschaft ihrer

„Fürstenwürde, auf die Ehre des Reichs,
„auf den unbezweifelbaren Willen und die
„erklärte Absicht der vermittelnden Mächte,
„ihres künftigen standesmäßigen Unterhaltes
„sich erkundigen, man zu zweifeln scheint,
„ob, außer einer allgemeinen Empfehlung
„an Kaiser und Reich, etwas positiveres und
„unmittelbarer wirkendes zu ihrem und des
„Deutschen Namens Besten geschehen
„könne. Denn daß die Hinweisung auf das
„außerordentliche Hülfsmittel der Römer-
„monate eine mißliche Sache sey, kann man
„sicht nicht verhehlen. Es ist aber einer
„Seits den vermittelnden Mächten so gut
„als uns bekannt, welche Stände solche Ent-
„schädigungen erhalten, die allen ihren Ver-
„lust sehr merklich übersteigen. Die Absicht
„dieser Mächte ist gewiß nicht, bey einer
„Theilung, welche, so viel die Umstände
„es zulassen, allen genugthun soll, mit dem
„Ueberflusse auf einer Seite den größten
„Mangel auf der andern zu paaren u. s. w.
„Sie werden also billig finden, wie die
„Sächsische Subdelegation in der XVten

„Sitzung bereits angetragen hat: dafs dieje-
„nigen weltlichen Stände, welche durch die
„Säcularisation einen beträchtlichen Zu-
„wachs ihres Gebietes erhalten, von diesem
„doch nur temporären Beytrag etwas über-
„nehmen; und wir selbst werden hierdurch
„uns dem Grundsätze consequent erzeugen,
„welchem wir in der verhältnißmässigen
„Beyziehung der Reichsstädte folgen zu
„müssen erachtet haben.“ Es trägt nun an-
derer Seits darauf an, jenen den neuen
Regenten vorbehaltenen zehnten Pfennig
der größern Pfründen hierzu auszusetzen,
und fährt dann fort: „Viele und sehr ansehn-
„liche Stände des Reiches haben mit dem
„gesamten aus dem gegenwärtigen Friedens-
„Geschäfte hervorgehenden Verluste und
„Gewinne nichts zu thun; sie wirken, da
„sie zu diesem Geschäfte nicht mitdeputirt
„sind, nicht auf die Beschlüsse der Deputa-
„tion; desto mehr Recht also haben sie,
„wenn die Resultate einst zu ihrer gesetz-
„lichen Wissenschaft und Beystimmung ge-
„bracht werden, Rechenschaft über die
„eigentlichste Verwendung des vorhandenen

„Kirchen-Eigenthums zu verlangen, ehe
 „man auf die Geldbeyträge ihrer Untertha-
 „nen Anspruch machen kann. Finden sie
 „nun, was Jedermann siehet, die einen ihrer
 „entschädigten Mitstände in beträchtlichem
 „Länder- und Einkommen-Gewinne, und
 „beynahe alle im Genusse des 10ten Pfen-
 „nigs der gröfseren Pfründen: so wird das
 „Reich lange von ihrer Güte zu sprechen
 „haben, wenn sie zu den beabsichtigten
 „Römermonaten sich verstehen; aber mit Ge-
 „rechtigkeit kann dieser Beytrag ihnen nicht
 „abgefordert werden; und da ihre freye Mit-
 „bewilligung nicht umgangen werden kann,
 „wer wird dafür einstehen, dafs sie bey so
 „gestalteten Sachen erfolge?“ — Sachsen
 wünschte, dafs die ohnehin verstandene
 Voraussetzung: „die den neuen Regenten
 anheim gestellten Verbesserungen in der
 Civil- und Militair-Administration dürften
 die nach reichsgesetzlichen Normen wohler-
 worbenen Rechte der Stände und Untertha-
 nen nicht verletzen, sondern müßten sich
 mit selbigen zum gemeinsamen Glücke der

Landesherrn und ihrer neuen Unterthanen vereinigen;" im künftigen Deputations-Recesse noch deutlicher ausgedrückt werde. Dieser den Landesverfassungen günstigen Abstimmungen ohngeachtet, blieb es, dem Brandenburgischen Voto, „dafs durch die Worte des Hauptschlusses hinlänglich für sie gesorgt sey," gemäfs, in deren Hinsicht beym Alten. Im Concluso ward der Landes-Verfassung gar nicht gedacht, hingegen bewilligt, für die durch die Empfehlung an Kaiser und Reich sehr schlecht gedeckte Sustentation der geistlichen Fürsten von der linken Rheinseite einen Fond auszumitteln.

Eine Vorstellung des Prinzen Karl von Hohenlohe-Bartenstein, wegen seiner Secundogenitur, liefs man auf sich beruhen; und eine andere, vom Obersten Wimmer, dessen ansehnliche Forderung an die Reichs-operationscasse betreffend, hielt man nicht zur Deputation geeignet, ob sie gleich vom Deutschmeister, als gewesenen Feldherrn der kaiserl. und Reichsarmee, unterstützt wurde. Auf Wied-Runkelsche, gräfl. Wertheimische und Rheingräf-

liche Gesuche, daß der Versetzung der gräflichen Stimmen mit allen Prärogativen auf die Entschädigungs-Gebiete im Recess ausdrücklich gedacht werden möge, war die Meynung der Deputation: die Ausübung der transferirten Reichsstandschaft mit andern ehemaligen Prärogativen erfordere eine eigene Organisation, worauf im künftigen Hauptschlusse anzutragen sey. Eine dritte Sachsen - Meiningische Vorstellung wegen Altenkirchen ward auf das vorige Conclusum verwiesen. Eine Solms-Braunfelsische Verwahrung der Ansprüche auf Kriechingen liefs die Deputation auf sich beruhen. Eben diels geschah mit einer Rheingräflichen Verwahrung gegen die Ansprüche zweyer Rheingräfinnen. Hingegen die Vorstellung von Oldenburg, daß sich dasselbe mit der ihm für den Elsflether Zoll und die Abtretungen an die Städte Lübeck und Bremen bestimmten Entschädigung nicht zufrieden stellen könne, ward den vermittelnden Ministern mitgetheilt. Auf eine Vorstellung des Grafen Bassenheim wegen Ansprüche auf Maynzische Besitzungen, wurden die Mayn-

zischen Besitzungen, die an andere Stände kämen, von denen, die dem Erzkanzler blieben, und beyde vom Ersatz der fructuum perceptorum, der als eine allgemeine Landdesschuld zu betrachten sey, unterschieden. Bey Gelegenheit einer Greifenklauischen Anfrage ward beschlossen, daß es mit den Wiedereinlösungsrechten eben so, wie mit allen andern Ansprüchen zu halten sey. Das Hohenlohe-Neuensteinsche und das Ysenburgische Gesuch um Virilstimmen ward an den Kaiser verwiesen. Den in einer Holstein-Glückstädtischen Vorstellung angerufenen Grundsatz, daß sich die Hanseestädte für die ihnen abzutretenden Rechte mit dem Könige in Abfindung einzulassen hätten, fand die Deputation vollkommen recht und billig. Auch eine Reclamation von Leiningen-Westerburg älterer Linie ward für gegründet genug erkannt, um sie den vermittelnden Ministern zur gefälligen Rücksicht mitzutheilen. Allein über eine Reclamation des Rittercantons Kocher wegen des Stifts Obristenfeld fand die Deputation, auf die

Wirtembergische Aeufserung: „dafs sich dieses Stift durchaus in demselben Verhältnisse, wie andere protestantische Damenstifter, über welche im Plane disponirt worden, befinde, da der Umstand, ob sie unmittelbar zum Reiche, oder zu einem ritterschaftlichen Corpore steuern, keinen Unterschied machen könne,“ desfalls nichts zu verfügen.

Die sieben und zwanzigste Sitzung (16. Nov.) wurde mit der ausführlichen Antwortsnote der vermittelnden Minister auf die seit der Erscheinung des zweyten Plans von der Deputation geschehenen Mittheilungen eröffnet. Sie enthielt viele und zum Theil wichtige Abänderungen des zweyten Plans, welche nicht alle von der Deputation veranlafst worden waren, und bestätigte zugleich die Hoffnung eines baldigen Vergleichs mit Oestreich wegen Toscana. Bey der Umfrage gaben Brandenburg, Bayern, Wirtemberg, Hessen-Cassel, und mehr als zur Hälfte auch Maynz, der Note ihren Beyfall, und wünschten nunmehr die unverzügliche Abfassung des Deputations-Abschieds mit Aufnahme aller in

jener Note enthaltenen Bemerkungen. Die übrigen behielten sich ihre Aeufserungen vor. Man schritt also zu den Reclamationen fort. Eine Vorstellung der Schwäbischen Grafen wegen des Stifts Buchau liefs man, da die in derselben geregten Grundsätze zu weit führten, und von zu grofsen Folgen seyn würden, auf sich beruhen. Eine Fuggerische wegen Anspruchs auf den Buxheimischen Ort Pless fand man im 11ten Princip §. 34 des neuen Plans schon erledigt. Eine fürstl. Kemptische wegen der besondern Umstände dieses Stifts und Capitels, eine Corveyische gegen die Art der Oranischen Besitzergreifung, eine Ortenburgische wegen Ansprüche auf Kriechingen, eine Badische Verwahrung gegen den Meiningischen Vorbehalt auf Altenkirchen, und eine Oettingen-Spielbergische wegen Ansprüche auf Wallersteinische Entschädigungs - Objecte, machten insgesamt keine besondern Beschlüsse nöthig; und eine des Herzogs von Croy um Erhebung des Amts Dulmen zur Grafschaft mit Sitz und Stimme im Westphälischen Grafen-Collegio

ward der bereits nöthig befundenen künftigen Organisation der gräflichen Collegien vorbehalten; die Leiningen-Westerburgische wegen Vermehrung der Entschädigung ward gegründet befunden, und den vermittelnden Ministern mitgetheilt; aber nur die Deutschmeisterische Bitte, zur Sicherheit der Besitzungen des Deutschen Ordens eine Clausel in den künftigen Haupt-Recess aufzunehmen, veranlasste eine weitere Erörterung. Da 4 Stimmen weder den speciellen Vorbehalt für den Deutschen Orden, noch den generellen, in den Recess aufzunehmen anstanden, 4 hingegen überhaupt keinen ausdrücklichen Vorbehalt einschalten wollten, indem sie dafür hielten, dass dieser allgemeine Vorbehalt schon in dem Entschädigungs-Plane und in der Natur der Sache liege: so liess man die Vorstellung auf sich beruhen.

In der acht und zwanzigsten Sitzung (18 Nov.) ward sowohl von den noch fehlenden über die Note der Vermittler, als auch von allen Subdelegirten über einen Erlafs der Plenipotenz, worin die Deputation

aufgefordert wurde, für die Individuen der IVten und Vten Classe des Reglements wegen Unterhalts der Geistlichkeit u. s. w. einen Unterhaltungsfond auszumitteln, gestimmt. Böhmen erklärte im Vertrauen auf einen nahen Vergleich wegen Toscana, es werde in allen ein besonderes Verhältniß nicht verletzenden Dingen mit Vergnügen zum Beschlusse des Geschäftes fortwirken. Sachsen wünschte vorher noch einige nöthige Bestimmungen, besonders die der Dotation des Erzkanzlers, hatte jedoch nichts gegen Abfassung des vorläufigen Entwurfs eines Recesses, suchte die Ansprüche sowohl als die Entschädigungen juristisch durch Erinnerungen zu §. 34 Num. 11. noch mehr zu sichern, und brachte als Virilstimmen für Chursachsen die Landgrafschaft Thüringen, die Markgrafschaft und das Burggrafthum Meissen, und das Fürstenthum Querfurt in Anregung. Nachdem Bayern und Hessen-Cassel ebenfalls einige Erinnerungen gemacht hatten, ward beschlossen, den Deputations-Hauptschluss abzufassen und ihm die Sächsischen Bemerkungen einzuverleiben. —

Eine Nassau-Usingische Verwahrung gegen den Meiningischen Vorbehalt auf Altenkirchen liefs man auf sich beruhen.

In der neun und zwanzigsten Sitzung (20. Nov.) wurde eine Note der vermittelnden Minister mit einigen neuen Veränderungen und Einschaltungen des Plans verlesen, welche die Deputation ohne Widerrede annahm, und ein Theil des entworfenen Deputations-Hauptschlusses vorgelesen.

In der folgenden dreyfsigsten Sitzung (23. Nov.) ward der übrige Theil dieses Hauptschlusses vorgelesen, und über denselben abgestimmt. Böhmen bezog sich auf seine Reclamationen und Vorbehalte bis zur erfolgten, stündlich zu erwartenden Ueberkunft, ohne jedoch das Geschäfte aufhalten zu wollen. Sachsen betrachtete diesen Hauptschluss nur als einen vorläufigen Entwurf zum künftigen Deputations-Recesse, zu dessen förmlicher Abfassung noch verschiedene Punkte fehlten, deren Entscheidung vorher abzuwarten sey. Eben dieser Meynung war Mainz, besonders in Rücksicht der dem Erzkanzler noch fehlenden Ein-

künfte. Doch ward die Mittheilung dieses Hauptschlusses an die vermittelnden Minister einstimmig concludirt.

In der ein und dreyßigsten Sitzung (25. Nov.) wurden folgende Reclamationen abgethan: 1) eine Beschwerde des Fürstbischofs von Fuld über das Nassau-Oranische Verfahren bey der Besitznahme, welche man bey dem indess eingetretenen Zeitpuncte zu Ergreifung des Civilbesitzes, und nach der Brandenburgischen officiellen Anzeige der von Oranien dem Bischofe gemachten Erbietungen auf sich beruhen ließ; 2) eine Vorstellung des Fürstbischofs von Chur um Fixirung seines Unterhalts, welche man bey den besondern Verhältnissen desselben den vermittelnden Ministern zur Verwendung bey der Helvetischen Republic mitzutheilen beschloß; 3) eine Wallersteinsche Beschwerde gegen Spielberg wegen Besitznahme Wallersteinscher Entschädigungs-Objecte, welche Spielberg in einer besondern Vorstellung eingestand; aber letzteres ward zur unverzüglichen Räumung an- und wegen seiner Ansprüche auf die Ver-

fügung des Plans gewiesen; 4) eine neue Vorstellung der Grafen von Leiningen um Vermehrung ihrer Entschädigung und Aufhebung des Sequesters ward den vermittelnden Ministern mitgetheilt; 5) dagegen liefs man eben dieser Grafen Verwahrung wegen ihrer Ansprüche auf Saarwerden, Lahr und Mahlberg, so wie die Nassau-Usingische Gegenverwahrung, auf sich beruhen; 6) die Beschwerde des Grafen Schenk von Stauffenberg gegen die Art der Wirtembergischen Besitznahme des Stifts Margarethhausen ward, im Falle die Verhältnisse dieses Stiftes contentiös seyn sollten, zu einer gütlichen oder rechtlichen Erledigung nach den aufgestellten Grundsätzen geeignet befunden; 7) die Bitte eines Grafen Wartensleben um Entschädigung oder Pension für erlittene Leiden und Kriegsschäden konnte nicht beachtet werden; 8) die Bitte des Trierischen Kreisgesandten um seinen rückständigen und künftigen Gehalt war durch das Reglement, die Dienerschaft und Schulden betreffend, schon beseitiget; 9) Ueber eine neue Fuggerische Vorstellung wegen der

Stiftung in Löwen berief man sich auf das vorige Conclusum; 10) eine Leiningen-Westerburgische Vorstellung wegen eines dem Kloster Engelthal gehörigen Hauses zu Frankfurt schlug der klare Inhalt des Planes nieder; 11) die Reclamation des Grafen von der Leyen aber um Entschädigung für seinen grossen Verlust ward an die Grafen-Commission verwiesen.

In der zwey und dreyßigsten Sitzung (4 Dec.) wurden der Deputation einige Erlasse der Plenipotenz und Noten der vermittelnden Minister vorgelegt, welche den Hauptschluss derselben betrafen. Die Plenipotenz sah ihn nur als den vorläufigen Entwurf eines Hauptschlusses an, und behielt sich alle nöthigen Erinnerungen vor, empfahl aber der Deputation die baldige Vornahme sowohl der noch fehlenden und zur weitem Bestimmung ausgesetzten Punkte, als auch der Rhein-Angelegenheiten. Die vermittelnden Minister waren mit dem Hauptschlusse zufrieden, und verlangten nur, dass die Französische Redaction der 47 ersten §§. als das Original angesehen werden sollte,

wogegen für die 42 folgenden §§. die Deutsche Redaction der Deputation für Original zu gelten hätte; zeigten auch an, daß sie diesen Hauptschluss an die Reichsversammlung bringen würden. Bey der Umfrage bemerkte Brandenburg, „die Deputation könne es nicht mit Gleichgültigkeit aufnehmen, wenn ein im Namen des gesamten Reichs von den dazu mit unumschränkter Vollmacht versehenen ersten Ständen desselben gefasster Hauptschluss bloß als ein vorläufiger Entwurf eines künftigen Hauptschlusses angesehen werden wolle. Die Angelegenheit des Rheinstroms gehöre eigentlich nicht zum Entschädigungswerke, sondern setze eine Unterhandlung und Uebereinkunft voraus, worüber sich Deutschland als Macht, mit Frankreich besonders einzuverstehen habe. Man müsse also erst die Entschliessung der Französischen Regierung auf die von ihrer Gesandschaft ihr vorgelegten Wünsche der Deputation abwarten, ehe wegen weiterer Einleitung und Behandlung dieses Geschäftes eine Entschliessung zu fassen seyn möchte.“ — Bayern, Württemberg, Hessen - Cassel und

Mainz waren gleicher Meynung; die übrigen Mitglieder behielten sich ihre Aeufserungen vor.

Bö h m e n aber gab eine besondere Erklärung zu Protocoll, welche die feyerliche und unbeschränkte Verzichtleistung des Erzherzogs Anton auf die ihn betroffenen Wahlen zu Cölln und Münster, aber auch folgende Stellen enthielt: „Der K. K. Hof
 „müsse hier bemerken, daß er im Laufe der
 „Deputationshandlungen die verdiente Rück-
 „wirkung seines alle Wünsche fördernden
 „Benehmens noch nicht ansehen konnte.
 „Für alle höhere Theilnehmer an den Ent-
 „schädigungen sorgten die Vorschläge der
 „vermittelnden Mächte und die Beystimmung
 „der Deputation mit Freygebigkeit; bey der
 „Auswahl der Gegenstände wurde auf Con-
 „venienz und Ausründung zurückgesehen;
 „die Reclamationen gröfserer und kleiner
 „Theilnehmer würdigte man nach allgemein-
 „billigen Grundsätzen; in zweymaligen
 „Aenderungen des Vermittlungsplanes wur-
 „den sie beachtet. Ein einziger hoher Theil-
 „nehmer erfährt eine andere Behandlungs-

„weise: Die auf klare Friedens-Stipulationen
 „und evidente Thatsachen gegründeten Re-
 „clamationen Oestreichs sind unerörtert und
 „unerledigt geblieben; sogar, statt seinen
 „Beschwerden abzuhelfen, fügten die Aen-
 „derungen des zweyten Plans neue hinzu;
 „und bey der Deputation blieb die Gerech-
 „tigkeit dieser Beschwerden zwar nicht un-
 „gefühlt, aber ununterstützt, obwohl sie
 „auf Gründen ruheten, welche man theils
 „für sich selbst geltend machte, theils für
 „Andere anerkannte.“ Die neuesten Aende-
 rungen des Plans heben die Oestreichischen
 Reclamationen nicht — man habe eingewil-
 ligt, daß die Entschädigung für Toscana um
 mehr als die Hälfte vermindert werde — mit
 dem in Paris angetragenen Zusatze wolle
 man sich begnügen — man habe alles gethan,
 was die Beendigung des wesentlichsten Theils
 des Deputations - Geschäftes befördern könne;
 also hänge nun die wirkliche Erreichung die-
 ses Zwecks nur von der Bereitwilligkeit der
 vermittelnden Mächte und der Deputation
 ab. Mit den erstern sey ein naher Vergleich

zu erwarten. Wolle man aber diesen nicht abwarten, so werde es allerseits für gerecht und den Umständen angemessen erachtet werden, in Ansehung der Oestreichischen Reclamationen dem Hauptschlusse eine solche Clausel noch einzuschalten, welche der Ausführung des Resultats jener Unterhandlung, und der daraus fließenden Abänderung der jetzt vorliegenden Vertheilung und Besitznahme der Entschädigungen, den Weg offen halte. Nur unter dem Vorbehalte einer solchen Clausel, um welche man die Plenipotenz und die Deputation ersuche, könne man dem entworfenen Hauptschlusse beytreten. Böhmen trägt hierauf den Wunsch und Vorschlag des K. K. Hofes vor, daß sowohl dem Großherzoge als auch dem jedesmaligen Deutschmeister die Churwürde zu Theile werde. Dieß sey die Stufe des Ansehens, auf welcher der Großherzog in Italien gestanden, und der Vorsorge gemäß, welche Kaiser und Reich für die Erhaltung der durch den Westphälischen Frieden gegründeten, und seitdem immer beachteten Religionsverhältnisse des Churfürstlichen

Collegii zu tragen haben. „Aehnliche Ursachen
 „erfordern gleiche Vorsorge im Reichsfürsten-
 „rathe. Durch Uebertragung so vieler geist-
 „lichen Fürstenthümer an Stände des Augs-
 „burgischen Bekenntnisses sind die vorigen
 „Religionsverhältnisse auch dieses Collegii
 „sehr gestöhrt, *) und die kundbaren

17 *

*) In meiner Erläuterung des ersten Plans (S. 167) sagte ich, daß die Religions-Eigenschaft der bisher geistlichen Stimmen der Religion der neuen Landesherrn folgen werde. Dieß geschieht nun auch. Es treten aber Rücksichten ein, welche ich damals nicht berühren mochte.

Vom Anfange der Religionstrennung an hielt sich jeder Reichsstand, sobald er sich zur evangelischen Religion bekannte, auch auf dem Reichstage zum evangelischen Religionstheile, so daß es schien, als wenn sich die Religions-Eigenschaft einer jeden Stimme nach der Religion richtete, zu welcher der Reichsstand, der sie führte, sich für seine Person bekannte; und dieß war desto natürlicher, da die Reichsstände damals meist persönlich auf den Reichstagen erschienen. Wenn

„Wünsche für Errichtung neuer Stimmen
„auf eben dieser Seite verrücken die elben

daher ein evangelischer Reichsstand zur katholischen Religion zurück trat: so ward auch seine Stimme wieder katholisch. Allein in den ersten Zeiten der Reformation nahmen immer Land und Leute zugleich die neue Religion an; hingegen späterhin giengen wohl Regenten wieder zum Katholicismus über, aber nicht ihre Länder. Da nun ein Reichsstand eigentlich doch nur wegen seines Landes das Sitz- und Stimmrecht hat: (denn warum müßte sonst letzteres nach den Fundamental-Gesetzen auf ein Land radicirt werden?) so folgt, daß sich die Religions - Eigenschaft der Stimme nach der Religion des Landes, und nicht des Regenten, richten müsse; welches desto eher angeht, seitdem alle Stimmen auf dem Reichstage bloß durch Gesandte abgelegt werden. Denn kann wohl ein evangelisches Land wollen, daß die sinetwegen geführte Stimme das katholische Interesse befördern helfe, und umgekehrt? Indessen ist nicht zu leugnen, daß weder die Gesetze noch das Herkommen darüber Etwas ausdrücklich bestimmen. In ältern Zeiten folgte die Stimme der Religion des Regenten, weil

„noch mehr. Desto weniger also kann
 „es einem Zweifel unterworfen seyn, daß

er sie persönlich ablegte, und jeder Theil Bedenken trug, einen Mann von einer andern Religion zu seinen Berathschlagungen zu ziehen; in neuern Zeiten behielt die Stimme die Religion des Landes, wenn auch der Regent eine andere annahm, wie die Beyspiele von Sachsen, Hessen-Cassel, Wirtemberg u. s. w. beweisen. Doch däucht mir zu bemerken, daß hierbey sehr viel auf eine landschaftliche Verfassung ankommt, die freylich jedes reichsständische Land haben sollte. Daß aber der Umstand, wenn bloß der Regent für seine Person, oder wenn seine ganze Familie die Religion verändert, keinen Unterschied mache, beweiset eben das Beyspiel von Chursachsen. (S. Pütters Entwicklung II. Bd. S. 345 f.)

Wenn nun die Religions-Eigenschaft einer Stimme vom Lande, das sie hat, und nicht vom Regenten, der sie im Namen des Landes giebt, abhängt: warum behalten die Stimmen der durch das Entschädigungswerk an evangelische Regenten gekommenen katholischen Länder nicht ihre bisherige Religions-Eigenschaft? Legten die Stände ihre Stimmen persönlich ab: so könnte man es bey manchen

„auch der katholischen Seite ein Stimm-
 „menzuwachs gebühre.“ Doch sey die Sache

wegen ihrer ältern Stimmen unthunlich finden; denn man könnte doch nicht vom Regenten, der das Stimmrecht seiner Lande ausübt, verlangen, auf beyden Seiten zugleich zu stimmen. Da aber die Stimmen durch Gesandte abgelegt werden; wer würde es unschicklich finden, wenn der Regent evangelischer und katholischer Länder Gesandte von beyden Religionen am Reichstage hätte? Kann dieß zu einer Zeit, da man auf ein allgemeines Reichs - Toleranz - Edict denkt, anstößig scheinen? Bey solchen Regenten, die einzig um ihres katholischen Entschädigungslandes willen eine Stimme führen, kann selbst dann nicht die Frage seyn, wenn sie wegen ihres verlohrnen evangelischen Landes vorhin eine evangelische Stimme führten. — Oder ist der Fall, da ein katholisches Land einen evangelischen Regenten erhält, von dem verschieden, da der Regent die evangelische Religion annimmt? Würden sichs im letztern die Katholischen gefallen lassen, daß auch die Stimme des katholischen Landes geändert würde? Haben sichs die evangelischen in entgegengesetzten

an Kaiser und Reich zu verweisen, wo der Kaiser ein besonderes Vergnügen darin finden werde, den Wünschen und Anträgen Seiner Mitstände für sich und für andere, eine erwiedernde Hand zu bieten."

Sämmtliche übrige Subdelegirte behielten sich auf diese Anträge das Protocoll offen; man fuhr also in den Reclamationen fort. Eine Vorstellung der Reichsstadt Lübeck, daß durch den Austritt der an Frankreich abgetretenen Reichsstädte, Lübeck den ersten Platz auf der Rheinischen Bank, welche immer der Schwäbischen vorangegangen, im

Fällen gefallen lassen? und haben nicht beyde gleiche Rechte? — Doch in der Deputation ist dieser wichtigen Materie, wo es auf Rechte und Ehre der reichsständischen Lande ankommt, nicht mit einer Sylbe gedacht worden; vielmehr setzt hier Böhmen, wie man sieht, stillschweigend als unzweifelhaft voraus, daß die Stimmen der Entschädigungslande die Religions-Eigenschaft ihrer neuen Regenten annehmen. Warum? das mag Hr. Hofr. Häberlin in seiner versprochenen Schrift erörtern.

Plan aber die zweyte Stelle erhalten habe, liefs man, weil man bey Nennung der Reichsstädte in Ansehung ihres Rangs nichts entscheiden wollen, auf sich beruhn. Eine Forderung des Grafen Portia an Murische Besitzungen in Schwaben ward auf §. 45. des Hauptschlusses verwiesen. Eben diefs geschah mit Hohenlohe - Waldenburgischen Real - Ansprüchen an die fürstl. Hatzfeldische Erbschaft. Auf eine neue Vorstellung der Grafen von Leiningen wegen ihrer Ansprüche auf Saarwerden u. s. w. erfolgte der Bescheid: Da ihre erste Reclamation bey den Vermittlern keinen andern Erfolg gehabt habe, als was nach der letzten Note derselben im Hauptschlusse §. 20. aufgenommen worden sey, so könne die Deputation nichts weiter thun. Eine Vorstellung des Churfürsten von Trier, dafs man für die ihm bestimmte Summe entweder einen Fond ausmitteln oder ihn sonst sichrer stellen möchte, ward noch ausgesetzt, da im Hauptschlusse ohnehin nur eventualiter auf Römermonate angetragen sey. Wegen eines Gesuchs des Reichskammergerichts um Ergänzung

seines Sustentationsfonds und Vermehrung seines Gehalts bezog man sich auf §. 89. des Hauptschlusses, da diese Anträge nicht vor die Deputation gehörten. Zwey Vorstellungen des Freyherrn von Kerpen um Verwendung der Deputation für Aufhebung seines Sequesters u. s. w. wurden den vermittelnden Ministern zur Berücksichtigung mitgetheilt.

In der drey und dreyßigsten Sitzung (7 Dec.) wurden die Abstimmungen über die oberwähnten Erlasse der Plenipotenz und die Noten der Vermittler fortgesetzt. Böhmen erachtete, daß allerdings noch Punkte zurück seyen, bey welchen die Nothwendigkeit und Gerechtigkeit einer gleichzeitigen Erledigung mit den übrigen, in den Protocollen anerkannt dastehe. Dahin zähle man 1) das Supplement der Dotation des Erzkanzlers auszufinden. „ Auch die Art, „ wie diese Renten gegründet, die Orte, auf „ welche sie werden angewiesen werden, sind „ Dinge des höchsten Belanges; denn, würde „ die Anweisung gedachter Renten so gestaltet werden, daß der Erzkanzler hierdurch

„in irgend einige Geld-Abhängigkeit, unter
„den Einfluß des mit den Umständen und
„Geschäften abwechselnden Willens der Ren-
„tezahler zu stehen kommen sollte, so wäre
„nicht etwa seine Würde allein verletzt;
„nein, was dem Reiche und seiner Verfas-
„sung noch theurer seyn muß, die Führung
„seines hohen und wesentlichen Erzamts
„würde in Zwang, und durch den Zwang
„bey allen seinen Mitständen in Verdacht
„fallen; das Vertrauen würde und müßte
„von dem ersten Stande des Reiches weichen,
„welcher vom Urbeginne unserer Verfassung
„die leitende Hand in allen Reichsberath-
„schlagungen hat.“ 2) Die Rente des Chur-
fürsten von Trier. „Alle Entschädigungen,
„Unterhalte, Pensionen und Leistungen,
„welche aus der gegenwärtigen großen Um-
„wandlung der Besitzer und Besitzungen als
„heilige Forderungen der strengsten Ge-
„rechtigkeit hervorgehen, haben gleichen
„Ursprung, gleiche Rechte, eines und das-
„selbe allgemeine Pfand; dieses Pfand sind
„die zur Entschädigung gezogenen Länder
„und Besitzungen; daß es nun aber bey

„weitem gröfser sey, als alle eben erwähnte Schuld, ist dem Reiche und dem gesammten Europa kund.“ Daher sehe man nicht, warum die Deputation aufser diesem übergenüglichen Pfande fremde, mit der Schuld nicht verwandte, unter gar keiner Verpflichtung liegende, von einem ganz ungebundenen, folglich höchst ungewissen und höchst ungleichen Willen abhängende Zahlungsmittel aufzusuchen genöthigt seyn sollte; noch überzeuge man sich, dafs die Deputation einen so positiv - ergänzenden Theil ihrer Obliegenheiten an den Reichstag verweisen wolle, welcher die Darlegung ihrer reinen Auswirkungen, nicht die Ueberantwortung rückständiger Puncte erwarte.

3) Die Bischöfe, Capitel und Diener von Basel und Lüttich. Man müsse sich über alles diefs die Vorschläge der vermittelnden Minister erbitten. Diese würden bereits überlegt haben, welche unter den so grofs entschädigten Ständen jene theils beständige, theils lebenswierige Renten am bequemsten übernehmen könnten. Von ihnen müfsten die ersten Anträge und Bezeichnungen kommen;

auf jede andere Art sey kein Anfang der Sache und kein Ausgang abzusehen. Doch möchte man diese Bemerkungen und Anträge nicht als Verzögerungen des Hauptschlusses deuten. Zugleich stimmte Böhmen für eine ausdrückliche Bestätigung der Verfassung und hergebrachten Rechte der unmittelbaren Reichsritterschaft, welche der 28. §. des Planes, der Entschädigungen halber, den Reichsgrafen gleich setze, welche mit unmittelbaren Gütern nicht ganz schadlos gesetzt werden könnten. Auch dieser noch gar nicht angerührte Punct wäre nun endlich in Gang zu setzen. „Und da ferner der Uebergang jeden „Landes oder Gebietes von einem Reichs- „stande an den andern nichts an desselben „Verträgen, Rechten und Herkommen ändern „kann, dessen ungeachtet aber Anfechtun- „gen derselben hier und da zu befahren „seyn möchten: so trägt Böhmen darauf „an, daß auch diese unter den Schutz einer „ausdrücklichen Bestätigung Kaisers und „Reichs gestellt werden.“ Da man übrigens aus den Noten der Minister wahrnehme, daß sie die Redaction eines Hauptschlusses als

eine feyerliche und endliche Urkunde ansehen, und sie sogar durch sich selbst schon zur Genehmigung Kaisers und Reichs gebracht hätten: so könne die Deputation mit Erstattung ihres Berichtes an Kaiser und Reich nicht länger anstehen. Derselbe müsse aber die ganze gegenwärtige Lage des Geschäftes mit den darauf noch haftenden Mängeln, folglich auch die Clausel in sich begreifen, um deren Einschaltung Böhmen ersucht habe."

Sachsen sah besonders in der vor kurzem angefangenen allgemeinen Ergreifung des Civil-Besitzes in den Entschädigungslanden, noch einen Grund mehr, das Geschäft möglichst zu beschleunigen. „Wenn, „da dieser Besitz, um ihn mit rechtlichen „Begriffen vereinigen zu können, so lange „nur für provisorisch zu achten ist, bis er „durch die Ratification von Kaiser und Reiche „seine Gesetzmäßigkeit erhält: so ist aus- „nehmend daran gelegen, daß der Zeitraum „zwischen dieser Besitznehmung und der „von der gesetzgebenden Gewalt zu gewar- „tenden Sanction so kurz als möglich sey,

„und durch diese Kürze allen bleibenden
„wesentlichen Veränderungen, welche sonst
„Folgen des Civilbesitzes seyn könnten,
„vorgebeugt werde.“ — Für den Churfürsten
von Trier müsse man auf einen andern ergie-
bigen Fond Bedacht nehmen, welcher nach
Anleitung des Plans nur aus der Masse der
disponiblen geistlichen Güter formirt werden
sollte; und es sey zu hoffen, daß diejenigen
weltlichen Reichsstände, welchen fast der
ganze reichliche Ueberrest des geistlichen
Vermögens in Deutschland zu Theile gewor-
den sey, jenen ohnehin bloß temporären
Beytrag zu übernehmen, sich nicht entziehen
werden. Es stimmte auch in den Böhmischen
Vorschlag ein, die von den reichern Pfrün-
den abzuziehenden Zehntel zum temporären
Supplement mit zu verwenden, glaubt, daß
die Deputation den zur Reichs- und Kreis-
verfassung nöthigen neuen Einrichtungen sich
nicht unterziehen dürfe, und daß auch die
Unterhandlung wegen der Rheinschiffahrt
nicht eigentlich zum Deputationsgeschäfte
gehöre, sondern schon im Frieden selbst nach
Anleitung der Rastadter Verhandlungen hätte

bestimmt werden sollen, reservirt sich und dem Gesamthause Sachsen alle Rechte und Ansprüche, namentlich auf Hanau-Lichtenberg und Erfurt, und findet bey der von Böhmen verlangten Clausel den Anstand, daß der Hauptschluß schon ajustirt, von den vermittelnden Ministern genehmigt und der Reichsversammlung übergeben, daß aber der Vorbehalt schon in der Natur der Sache und in der Note der Minister liege.

Deutschmeister billigte die Böhmisches Erklärung in der vorigen Sitzung, und trat dem Hauptschlusse nur unter dem Vorbehalte, daß demselben die von Böhmen verlangte Clausel wörtlich eingeschaltét werde, wie auch dem Böhmisches Antrage zur Beybehaltung des Religionsverhältnisses, bey.

Mainz bemerkte in Ansehung der durch die Erlasse der Plenipotenz erinnerten Gegenstände, sonderlich der noch zu bestimmenden Entschädigungen und Unterhalte: „der Grundsatz, daß alle solche Bestimmungen von der Deputation noch geschehen müßten, sey mehrmal anerkannt worden. Niemand

werde auch mißkennen, daß das groſſe Werk, welches die Deputation mit den Ministern zu vollenden habe, so lange nicht vollbracht sey, als es noch an diesen Bestimmungen fehle. Indessen werde Niemand mit Billigkeit der Deputation die Schuld geben können, daß alle diese Bestimmungen noch nicht erfolgt seyn, auch dermalen noch nicht geschehen könnten, denn hierzu seyen theils wirklich existirende Fonds nöthig, theils neue auszumitteln; und die Deputation könne hierin überhaupt für sich nichts ohne die Minister thun. Von diesen erwarte die Deputation vor allem die Bestimmungen und Anweisungen der wirklich schon im Plan und aus diesem im Hauptschlusse fest ausgeworfenen Summen. Nachdem dieß geschehen, werde erst die Deputation erfahren, was für disponible Fonds für alle andere dahin Berechtigte übrig blieben."

Da der Druck des Französischen Plans noch nicht vollendet war, so ward das Conclusum über dessen Aufnahme ausgesetzt, und dagegen noch zwey Reclamationen erledigt, nämlich der Stadt Frankfurt gab

man die Versicherung, daß die Deputation bey §. 27. unter Stadtbezirk das Gebiet verstanden habe, und dem Erbtruchseß zu Wolfegg wegen einer Forderung an das Reich aus den Zeiten Ferdinands II. und III. die Weisung, daß dieselbe nicht zur Deputation geeignet sey.

In der vier und dreyßigsten Sitzung (14 Dec.) ward über die in Proposition stehende Materie, zu welcher noch ein Plenipotenz-Erlaß, und ein Schwedisch-Pommerisches Promemoria als Verwahrung gegen die zum Unterhalt der Geistlichkeit aufzulegenden Römermonate gekommen war, vollends abgestimmt. Wir bemerken nur, daß Sachsen den baldmöglichsten Bericht der Deputation an die Reichsversammlung nöthig, die Böhmisches Clausel aber demselben beyzufügen unnöthig fand, „weil alle „Deputations Beschlüsse und die darauf erfolgten Besitzergreifungen ohnehin nur „eine provisorische Kraft haben, folglich „vor erfolgter Ratification Kaisers und Reichs „jeder Abänderung noch fähig sind.“

Deutschmeister liefs sich besonders über die im Plenipotenz-Erlasse ausgehoben, und der Deputation zur Berathung vorgelegten Punkte weitläufig aus. Diese betrafen 1) den Unterhalt der Geistlichkeit, 2) die kaiserlichen Precisten, 3) die Landesverfassung und die Rechte der Unterthanen, welche die Plenipotenz noch durch einen bindendern Zusatz besser zu sichern vorge schlagen hatte, 4) die Pfarrgüter, als verschieden von den Kirchengütern, 5) die Ausmittelung eines sichern Fonds für die Geistlichkeit des linken Rheinufers, 6) die Rheinzölle, deren Beybehaltung die Plenipotenz wünschte, um die noch fehlenden Fonds beyzuschaffen, und von welchen Deutschmeister glaubt, „dafs sie ungeachtet „aller Kriegsdrangsale, und aller Gewifsheit „ihrer nahen Aufhebung, gleichwohl bis „jetzt ohne Beschwerde der Kaufmannschaft „und der Schiffer gehoben worden wären, „und dafs das Commerz auf dem Rheine „durch dieselben bis jetzt keine Beeinträchtigung erlitten habe;“ 7) die Bestätigung des Westphälischen und der folgenden Frie-

densschlüsse; 8) die Einschaltung eines Vorbehalts der Rechte und Freyheiten der unmittelbaren Reichsritterschaft, welche mehrere Deputations-Mitglieder aus dem Grunde für überflüssig ansehen, weil es sich von selbst verstehe, daß diejenigen Reichsstände, welche durch den Plan keine Veränderung ihrer constitutionellen Existenz erleiden, bey ihren Hoheiten, Rechten u. s. w. erhalten würden; allein hiermit könne sich zwar wohl jeder wirkliche Reichsstand begnügen; die unmittelbare Ritterschaft aber, als non Status Imperii, könne sich um so weniger dabey beruhigen, als diese Meynung nur auf wirkliche Reichsstände, mithin etwa gegen die Reichsritterschaft ausgedeutet werden dürfte.

Das Conclusum war: die Deputation finde keinen Anstand, den Französischen Aufsatz der 47 ersten §§. des Hauptschlusses als Original dahin mit aufzunehmen, und neben den Deutschen Original-Text zu setzen; *) dann

*) Dieß ist dann auch bey der Redaction des Recesses geschehen.

sehe dieselbe über alle noch vorbehaltene Punkte den fernern Anträgen der Minister mit Verlangen entgegen, um auch noch zu deren Erledigung alles, was von der Deputation abhänge, unverzüglich beytragen zu können.

In der fünf und dreyßigsten Sitzung (22 Dec.) wurden noch einige Abstimmungen über jene Plenipotenz-Erlasse und die Böhmische Erklärung nachgetragen. Brandenburg war der Meynung, daß es nach der von den Ministern gegebenen Versicherung wegen Toscana keines besondern Vorbehalts im Hauptschlusse bedürfe. „Der
 „König könne es gerne geschehen lassen,
 „wenn für die katholische Seite des Fürsten-
 „raths ein Stimmenzuwachs in Antrag ge-
 „bracht werde, könne jedoch auf keinen
 „Fall dem im Böhmischen Voto angeführten
 „Grunde beypflichten, daß die herzustellen-
 „den Religionsverhältnisse dieses nothwendig
 „forderten, nachdem so geraume Zeiten
 „hindurch und bis auf die jetzigen Verän-
 „derungen die evangelischen Stimmen die
 „Minderzahl in beyden höhern Reichscolle-

„gien haben ausmachen müssen, ohne daß
„der evangelische Reichstheil hieraus eine
„Gefahr für sich geahndet hätte, und nach-
„dem — Dank sey es dem Geiste unsers
„Jahrhunderts — überhaupt die Zeiten vor-
„über seyen, wo Aberglaube und Fanatismus
„jeden politischen Welthandel zur Religions-
„sache prägen konnten. Es würde einen
„höchst auffallenden Widerspruch darstellen,
„wenn in dem nämlichen Zeitpuncte, in
„welchem die Deputation eine allgemeine
„Religionsfreyheit in Deutschland festsetze,
„und die Zutheilung so vieler katholischen
„Lande an evangelische Landesherren in der
„Ueberzeugung sanctionire, daß — wie das
„Beyspiel der Preussischen Staaten seit einem
„halben Jahrhundert bewiesen habe — ka-
„tholische Unterthanen unter der Regierung
„protestantischer Fürsten eben so glücklich
„und beruhigt in Ansehung ihrer Gewissens-
„freyheit leben können, — wenn in dem
„nämlichen Zeitpunct es noch als Gebot der
„Nothwendigkeit angesehen werden wolle,
„bey der allgemeinen Reichsversammlung
„das Stimmenverhältniß nach einer strengen

„Religionsgleichheit in der unwürdigen
 „Furcht abwägen zu müssen, daß ein
 „Reichstheil den andern unter dem Vorwande
 „der Religion übervorthen möchte.“ Zu-
 letzt legte es noch eine Verwahrung der Be-
 fugnisse der Deputation gegen die Sächsische
 Aeufserung, daß die Deputationsbeschlüsse
 und Besitzergreifungen bis zur Ratification
 des Kaisers und Reichs nur eine provisorische
 Kraft hätten, ausdrücklich ein, weil das
 Reich in seiner Vollmacht versprochen habe,
 alle Beschlüsse der Deputation zu ratificiren,
 und die Minister versichert hätten, daß der
 nunmehr beschlossene Plan unabänderlich
 sey.

Bayern, Hessen-Cassel und Wir-
 temberg votirten nach gleichen Gesinnun-
 gen, und letzteres sagte über die in Anregung
 gebrachte Religionsgleichheit: „Zwar ist
 „nicht zu mißkennen, daß in den verflosse-
 „nen Jahrhunderten beyde Religionstheile in
 „politischer Hinsicht immer ein Augenmerk
 „darauf gerichtet haben, die einmal erlang-
 „ten Vorthelle in Religionssachen, selbst
 „in Beziehung auf Stimmenzahl, so viel

„möglich zu erhalten, sogar dafs im Jahr
 „1708 der katholische Reichstheil seine Ein-
 „willigung zur Introduction der Braun-
 „schweiger Churwürde nur unter der Bedin-
 „gung einer überzähligen Stimme gab,
 „falls während der Fortdauer jener Chur-
 „würde die Pfälzische Chur auf eine pro-
 „testantische Linie fallen sollte. *) Allein
 „dieses ist nicht im allgemeinen der recht-
 „liche Standpunct der Sache. Vielmehr
 „beruhet solcher auf dem im Westphälischen
 „Frieden und in den neuern Gesetzen fest-
 „gestellten Grundsätze von der Gleichheit
 „der Rechte beyder Religionstheile. Unsere
 „Reichsgrundgesetze gehen hierin so weit,
 „dafs sie in Religionssachen sowohl, als bey
 „andern Reichsangelegenheiten, wenn beyde
 „Religionstheile einer verschiedenen Mey-
 „nung beypflichten, jeden derselben gegen
 „die Ueberstimmung der andern sicher ge-
 „stellt haben. Ein sprechendes Beyspiel,

*) Die jüngern Pfälzischen Linien waren damals
 noch evangelisch. Zweybrück (die jetzige
 Churlinie) ward erst 1758. und Birkenfeld
 1769 katholisch.

„dafs es nach der Deutschen Verfassung
 „nicht sowohl auf Gleichheit in der Zahl,
 „als vielmehr auf Gleichheit der Rechte an-
 „gesehen sey, geben selbst die vielen Verän-
 „derungen im churfürstlichen Collegio von
 „der ehemaligen gleichen Mitgliederzahl
 „beyder Religionen an, bis zu dem Zeit-
 „puncte, da der katholischen Glieder doppelt
 „so viel, als der protestantischen waren.“

Sachsen vertheidigte sich mit Vorsicht:
 „Es habe die Wirkung, welche der in der
 Reichsvollmacht vorbehaltenen Ratification
 beyzulegen sey, nur Beziehungsweise auf die
 der Deputation in dieser Vollmacht ertheilte
 Vorschrift und bestimmte Gränzen verstan-
 den, und in rechtlicher Hinsicht nicht anders
 verstehen können. *) Wenn also hierüber
 noch eine Reichsdeliberation erfordert werde,

*) Es ist gleich Anfangs in der Deputation selbst
 häufig bemerkt worden, dafs sich dieselbe
 nicht an ihre Vollmacht halte; wie konnte
 nun das Reich verbunden seyn, die Be-
 schlüsse einer Deputation zu ratificiren, die
 ihre Vollmacht überschritten hatte? Dieß
 scheint der etwas verdeckte Sinn zu seyn.

so könnten die vorausgegangenen executiven Deputationsbeschlüsse als provisorische Verfügungen angesehen werden. Hiermit stimmten auch die Noten der Minister überein, welche von einer anticipation und einem ordre regulier sprechen, der auf den der Nothwendigkeit folgen soll."

Böhmen inhärirte seinem Verlangen eines dem Hauptschlusse oder dem Deputationsberichte einzuschaltenden Vorbehalts, und trat der von Sachsen über die Natur des ergriffenen Besitzes gemachten Bemerkung vollkommen bey.

Ueber den Böhmischen Antrag zur Berichtserstattung an Kaiser und Reich waren alle einstimmig, und er ward nach Inhalt und Form so, wie das Mainzische Votum vorgeschlagen hatte, concludirt. Eine Vorstellung des Domcapitels zu Straßburg wegen seines Unterhalts liefs man auf sich beruhen, und eine abermalige Beschwerde des Fürst-Bischofs zu Fuld über Oranien fand man auf eine Oranische Widerlegung derselben ungegründet, und dagegen die Oranischen Erbietungen annehmlich. Ueber den Inhalt

der erwähnten Plenipotenz - Erlasse konnte noch nicht concludirt werden, da verschiedene Subdelegirte noch mit ihren Abstimmungen darüber im Rückstande waren.

Diese erfolgten in der sechs und dreyssigsten Sitzung (4 Jänner 1803.) Brandenburg liefs sich auf alle Puncte der Erlasse ein, wovon wir nur das, was die Reichsritterschaft betrifft, hier bemerken wollen. „Von den mit dem Entschädigungswerke in gar keiner Beziehung stehenden dießseit Rheinischen Verhältnissen derselben braucht bey diesen Verhandlungen eben so wenig die Rede zu seyn, als von andern allgemeinen Classen von Reichsständen, Reichsfreyen und Reichsangehörigen. Die Deutsche Verfassung bleibe in allen Puncten, welche nicht durch das Indemnitätswerk anders gestaltet werden, von selbst bestehen, mithin auch in dem, was die rechtmäßigen Verhältnisse der Reichsritterschaft betreffe, welche selbst nach dem klaren Ausdrücke des Westphälischen Friedens Art. V. §. 28. nur in so ferne anerkannt werden, als die einzelnen Güterbesitzer

nicht in Ansehung ihrer Güter und der Landeshoheit oder ihrer Wohnorte den Ständen unterwürfig erfunden würden." Zuletzt ließ sich Brandenburg sehr ausführlich über die von der Plenipotenz sich beygelegte Eigenschaft einer Commission, und das daraus hergeleitete Ratificationsrecht der Deputationsbeschlüsse aus, gegen die man sich bisher immer gelegentlich verwahrt hatte, jedoch unter der ausdrücklichen und feyerlichsten Erklärung, daß man das reichsoberhauptliche Ratificationsrecht niemals im geringsten weder mißkannt habe, noch mißkennen werde. Auch protestirte Brandenburg gegen Sachsens Anspruch auf Erfurt, den es nicht anerkenne.

In der Bayrischen Abstimmung war folgende Aeußerung bemerkenswerth. „Die Stelle des §. 60, die Bestätigung der Verfassung der Entschädigungslande betreffend, sey so gefaßt, daß die dabey interessirten Theile sich vollkommen beruhigen können; der im Erlasse vom 6. Nov. vorgeschlagene Zusatz scheine ganz überflüssig, indem die allen Reichseinwohnern vermöge der allgemeinen

Reichsverfassung zuständigen Rechte, Befugnisse und Freyheiten nicht erst durch einen Deputationsschluss eines Vorbehalts bedürfen; bey der Abfassung jener Stelle habe die Deputation die wohlmeynende Absicht vor Augen gehabt, alle Rechte der Entschädigungslande und ihrer Bewohner möglichst zu wahren; da jedoch bey der Vereinigung mehrerer kleinen Gebiete, und verschiedenartiger Gebietstheile eine ängstliche Bewahrung der alten Verfassung die Administration äußerst kostspielig, verwickelt und schwierig machen würde, ohne dafs weder dem Lande und seinen Bewohnern, noch dem Regenten einiger Nutzen deraus entstände, so habe Sie auch die Vorsicht für nöthig gehalten, nicht durch zweckwidrige Beschränkung alle Verbesserung und Vervollkommnung unmöglich zu machen. *)

Wirtemberg meynt in Ansehung der Ritterschaft, dafs eine nähere Bestimmung der gegenseitigen Verhältnisse entweder im

*) Hierin liegt sehr viel Wahres, das man beherzigen mufs, wenn von Bestätigung der alten Verfassung der Entschädigungslande die Rede ist.

Allgemeinen oder durch besondere Verträge ungleich zweckmäßiger und wohlthätiger seyn würde. „Dieses würde zumal statt finden, wenn dabey auf gleichförmige Beförderung mehrerer wichtiger Theile der Staatsverwaltung in den, die ritterschaftlichen Güter umschließenden reichsständischen Ländern billige Rücksicht genommen würde, indem diese durch die bisherige Lage der ritterschaftlichen Verhältnisse gerade in den wichtigen Zweigen der öffentlichen Sicherheit, des Handels und so mancher anderer Polizey-Gegenstände, welche nur durch allgemein durchgreifende Maasregeln den Wohlstand ganzer Länder und derselben Bewohner begründen können, gehindert und benachtheiligt worden sind.“ Uebrigens waren die Vota sowohl von Bayern und Wirtemberg, als auch von Hessen-Cassel mit dem Brandenburgischen übereinstimmend.

Sachsen gab einen Nachtrag über einige von ihm noch nicht berührten Punkte, und besonders über das streitige Verhältniß der Kaiserl. Plenipotenz gegen die Reichsdeputation. Wir ziehen folgende Stelle aus, wor-

aus der eigentliche Stand des Streites am deutlichsten sich erkennen läßt: „Die Frage: „ob die einzelnen Schlüsse einer außerordentlichen Reichsdeputation die jedesmalige Ratification der Kaiserl. Gesandtschaft „erfordern? ist durch kein Reichsgesetz bestimmt entschieden, sondern hängt lediglich vom Herkommen ab. Dieses Herkommen richtet sich aber nach der Natur des „Geschäftes, mit welchem die Deputation „zu thun hat. Wenn dieses von der Art ist, „daß die Deputation zur Gesetzgebung gehörige Final-Entscheidungen über gewisse „Gegenstände geben kann, ohne dazu eine „specielle Ratification des Kaisers und Reichs „zu bedürfen: so scheint allerdings die alsbaldige Kaiserl. Ratification solcher Beschlüsse ein nothwendiges Erforderniß zu seyn. Ist aber die Deputation nur zur Erörterung und vorläufigen Abschließung, „salva ratificatione Caesaris et Imperii, verordnet: so wird das Ratificationsrecht auf das nach beendigtem Geschäfte an den Kaiser gelangende Reichsgutachten, „vom Kaiser ausgeübt; und es würde daher

„in solchem Falle theils die rechtliche Noth-
„wendigkeit fehlen, dasselbe gedoppelt aus-
„zuüben, theils aber auch manche dringende
„Verhandlung aufgehalten werden, wenn
„über jeden einzelnen Punct die Kaiserl.
„Ratification eingeholt, und bey deren Ver-
„sagung der Fortgang der Sache sistirt wer-
„den sollte. Daher wurde, besonders bey
„Reichsfriedens-Unterhandlungen, von Sei-
„ten der Reichsstände, welche daran durch
„ihre Deputirte Antheil nahmen, verlangt,
„nicht bloß mittelbar mit den fremden Ge-
„sandten durch die Kaiserl. Gesandtschaft
„zu unterhandeln, sondern auch zu den
„Conferenzen mit jenen zugezogen zu wer-
„den. Diefs den Deputationen 1682 und 1697
„nicht ganz zugestandene Verlangen bewirkte
„1741 die Stelle der Wahlcapitulation Art.
„IV. §. 11. welche nach dem ganzen Zusam-
„menhange auf Congresse mit auswärtigen
„Mächten nur in so weit anwendbar seyn
„kann, als dadurch die den Reichsständen
„ausdrücklich zugestandene unmittelbare
„Mitwirkung nicht behindert wird. Daher
„ist auch die Rastadter Deputation in der

„Reichsinstruction ausdrücklich angewiesen
„worden: theils für sich selbst, theils
„nach Gestalt der Sachen auf Anhandgebung
„der Kaiserl. Gesandschaft die Berathschla-
„gungen anzufangen, worauf die Schlüsse
„an die Kaiserl. Gesandschaft gebracht, und
„so sich mit derselben einer ein-
„müthigen Meynung verglichen
„werde. Dieses Verhältniß hat man zu
„Rastadt beobachtet, und dem auf ein aus-
„schliessendes Propositions- und Ratifica-
„tions-Recht gehenden Ansinnen, wohin
„auch die Benennung Commission und
„Commissions-Decret abzielet, durch
„Verwahrung begegnet. Da nun bey der gegen-
„wärtigen Deputation einmüthig beschlossen
„worden, dasselbe Verhältniß zu beobach-
„ten, so kann es nicht als eine Neuerung
„oder Contravention des Wahlvertrags be-
„trachtet werden, wenn die Deputation der
„Kaiserl. Plenipotenz ein eigenes Ratifica-
„tionsrecht der einzelnen Deputationsschlüsse
„nicht einräumt, welches weder aus dem
„Wahlvertrage noch aus dem ältern und neu-

„ern Herkommen bey dergleichen Friedenshandlungen sich ableiten läßt.“ *)

Das Conclusum war: dafs, um die dringendsten Gegenstände zum Abschlusse vorzubereiten, von den Ministern sich nochmals die weitere gefällige Erklärung, a) über die Ergänzung der Dotation des Erzkanzlers; b) die Anweisung der bereits bestimmten Renten; c) den Antrag wegen der Rheinzölle; auch d), um, wo möglich, die für den Churfürsten von Trier beschlossenen Römer-

*) Es scheint eine Art von Zirkel hier statt zu finden. Der Kaiser soll nicht das Recht haben, die Beschlüsse der Deputation durch seine Plenipotenz bey derselben zu ratificiren, und doch soll Kaiser und Reich verbunden seyn, alle Beschlüsse der Deputation zu ratificiren. Das letztere bestreiten zwar Böhmen und Sachsen, aber Brandenburg behauptet es. Wann und wie soll aber dann der Kaiser sein reichsoberhauptliches Ratificationsrecht (welches das Recht, nach Befinden der Sachen auch einmal nicht zu ratificiren, nothwendig involvirt) ausüben?

monate zu umgehen, über die Sustentation desselben; ferner e) über den Unterhalt der Fürstbischöfe von Lüttich und Basel — angelegentlich zu erbitten sey. Dann ward der vom Directorio entworfene Bericht an die Reichsversammlung, um dem Hauptschlusse vom 23. Nov. v. J. zur Einleitung zu dienen, der Deputation vorgelegt, und von derselben genehmigt, endlich aber die Sitzung mit einer Badischen Anzeige von der Ueberkunft über das Constanzer Sustentations-Deputat beschlossen.

In der sieben und dreyßigsten Sitzung (19 Jänner) wurden zwey Noten der vermittelnden Minister vorgelesen, wovon die erste die neuen fürstlichen Virilstimmen, die andere aber die Sustentation des Churfürsten von Trier, (welche die sämtlichen Churfürsten außer dem Erzkanzler,) der Fürsten von Basel und Lüttich, (welche die mit mehrfachen Pensionen versorgte Bischöfe übernehmen sollten,) der Capitel, denen auf der rechten Rheinseite wenige oder gar keine Besitzungen übrig geblieben sind, und ihrer Pensionäre betraf. Bey der Um-

frage trat Brandenburg dem Vorschlage wegen Vermehrung der ältern reichsfürstlichen Stimmen und der Bewilligung mehrerer neuen Stimmen an die nach Art. I. §. 5. der Wahlcapitulation dazu qualificirten Häuser bey, und hoffte, daß, da der Antrag insbesondere auf eine verhältnißmäßige Vermehrung der katholischen Stimmen gerichtet sey, sich hierdurch auch der katholische Reichstheil über den Verlust der durch die gegenwärtige Veränderung abgegangenen Stimmen beruhiget, und mit seinen Wünschen zufrieden gestellt sehen werde, nur wünschte es die Vorschläge der Vermittler zur Bestimmung der Rangordnung. Es fand auch die Anträge der zweyten Note zweckmäßig und billig, und trug darauf an, die Minister wiederhohlt um die Einleitung zur Wiederherstellung der Rheinzölle oder zur Angabe eines andern Mittels zu bitten, um das Supplement für den Erzkanzler und die übrigen noch fehlenden Entschädigungs-Renten aufzubringen. Bayern und Württemberg nahmen ebenfalls den Inhalt beyder Noten

sogleich an. Mainz that in Rücksicht auf die zweyte Note die großmüthige Erklärung: „Wenn von denjenigen, welche mit Entschädigungen vorzüglich gut bedacht worden, dieser temporäre Unterhalt nicht noch besonders zu hoffen seyn sollte, und daher diese Sorge auch auf andere theils ohnehin schon Beschwerte fallen müßte, wünschte der Churfürst, von dieser Concurrenz Selbst so wenig als möglich ausgenommen zu werden, und besonders von der Pflichtserfüllung gegen den Churfürsten von Trier, sobald Seine neue Dotation complirt seyn werde, nicht ausgeschlossen zu werden;“ versprach auch, sich dem Auftrage wegen der Capitularen und Pensionäre mit aller Sorge zu unterziehen, und darüber jährlich dem Reichstage öffentlich gedruckte Rechnungen vorzulegen.

Durch einen Erlaß der Plenipotenz erhielt die Deputation die zwischen Oestreich und Frankreich wegen besserer Entschädigung des Großherzogs am 26 Dec. v. J. zu Paris zu Stande gekommene Convention. Dadurch war nun das wichtigste Hinderniß

des ganzen Geschäftes weggeräumt. Denn nun trat nicht nur Böhmen den Conclavis über Annahme des Plans und den Hauptschluss bey, sondern auch die Kaiserl. Plenipotenz vereinigte sich mit denselben; aller Anstand hörte auf, und die Deputation handelte in der Hauptsache einstimmig, unter sich, mit der Plenipotenz, und mit den Ministern. Bayern, welches von dieser Convention unmittelbar betroffen wurde, sagte: „es sey der beruhigenden Ueberzeugung, daß die Befriedigung des Großherzogs nicht auf Kosten eines einzelnen Standes wolle begehrt werden, und hege das vollständigste Vertrauen, die Vermittler werden in Gemäfsheit Ihrer wiederholten Zusicherungen die so oft erprobten Grundsätze einer unwandelbaren Gerechtigkeit auch hierin nicht verkennen lassen.“ — Bayern und Württemberg zeigten ihre Ueber-einkunft über die Sustentations-Deputate von dem Hochstifte Augsburg und der Probstey Ellwangen an.

In der acht und dreyßigsten Sitzung (25 Jänner) ward die Umfrage über die

letzten Noten der Vermittler fortgesetzt. Die
 Abstimmung von Böhmen zeichnete sich
 vorzüglich aus. Ueber die Quellen des Unter-
 halts der überrheinischen Geistlichkeit sagte
 der Subdelegirte: „Es fällt allenthalben,
 „hier aber doppelt unangenehm, den Ge-
 „zehndeten noch einmal zu zehenden, nicht
 „allein ohne Recht, sogar ohne eine ersicht-
 „liche Schutzrede irgend einer gebietenden
 „Noth. In der XXVten Sitzung hat der
 „Subdelegirte den zehnten Pfennig angespro-
 „chen, welchen die §§. 53 und 64 des Haupt-
 „schlusses von den reichern Präbenden für
 „die neuen Besitzer einbehalten. Zu wel-
 „chem Ende? dieses sagt der Schluß nir-
 „gend; nebenher aber ward der Hebungs- und
 „Verwaltungskosten erwähnt, welche aus
 „diesem 10ten Theile von den Landesherren
 „nunmehr zu bestreiten seyen. Allein die
 „Güter waren verwaltet, die Gefälle wurden
 „erhoben, die Beamten besoldet, und was
 „übrig blieb, (oft auch weniger noch, da
 „man immer etwas in Vorrath auflegte,) das
 „war die Präbende. Es würde eine Sache
 „von übler Vorbedeutung, ein nachtheiliges

„Bild der folgenden Verwaltung seyn, wenn
 „sie, aufser den bis jetzt hierauf verwandten
 „Kosten, noch ein Zehendtheil des reinen
 „Ertrages verschlingen sollte. Diese Einbuße
 „wäre vorsätzlich, denn wer nicht besser zu
 „verwalten weifs, darf, um ohne Schaden
 „und Tadel zu bleiben, nur immer die alte
 „Verfassung stehen lassen. Hieraus nun gehet
 „der Schluß hervor, dafs, wenn irgend eine
 „Quelle ist, auf welche man, ohne neue
 „Verletzung des alten Rechtes eines schuld-
 „losen Dritten, mit einiger Beruhigung hin-
 „deuten kann, es vorzugsweise diese sey,
 „und dafs man es also wohl umgehen dürfe,
 „das Unglück aufs neue zu besteuern. Dafs
 „sie dem Bedürfnisse gewachsen sey, ist kein
 „Zweifel; dafs auch die vermittelnden Mini-
 „ster, wenn die Deputation hierauf beschliesst
 „und anträgt, ihre Beystimmung nicht ver-
 „sagen werden, darüber giebt der Schluß
 „ihrer Note eine beruhigende Zuversicht.“

Sachsen aber hielt die Auflage auf die
 zweyte Pfründe in der Voraussetzung, dafs
 es ganz an andern schicklichen Mitteln fehle,
 für angemessen. „Wenn es gleich beym

„ersten Anblick auffalle, schon bestimmte
 „Pensionen mit einer Abgabe zu belegen, so
 „würden doch, selbst nach canonischen Ge-
 „setzen, diejenigen, welche doppelte Bis-
 „thümer und Pfründen gehabt, am wenig-
 „sten Ursache haben, sich über eine kleine
 „Verkürzung ihres, dem strengen Rechte
 „nicht gemäßen doppelten Genusses zu be-
 „klagen, wenn der einfache Genuß schon
 „zum standesmäßigen Auskommen hinrei-
 „chend sey.“ Um jedoch diese Decimation
 möglichst zu erleichtern, schlägt es drey Mit-
 tel vor, von welchen das erste der schon in
 der 26. und 33sten Sitzung und so eben wie-
 der von Böhmen in Antrag gebrachte Zehntel
 ist, wodurch die Decimation der bischöfli-
 chen und capitularischen Pensionen vielleicht
 um die Hälfte vermindert würde. *)

Directorium wollte sich erst in votis
 ersehen, um demnächst ein Conclusum vor-

*) Auf diesen nun zum drittenmal geschehenen
 Antrag ward aber jetzt eben so wenig als
 vorhin geachtet. Man übergieng ihn mit Still-
 schweigen, denn die Majorität der Deputation
 war zu sehr dabey interessirt.

legen zu können; allein sämtliche Subdelegirte hielten es für dienlich, um Zeit zu gewinnen, sogleich die vermittelnden Minister angelegentlichst zu ersuchen, entweder mittelst Belassung der Rheinzölle, oder in andere Wege für die noch abgängige Completirung der Dotation des Erzkanzlers zu sorgen, welches beschlossen wurde. Auf eine Klage von Nassau-Oranien, daß Löwenstein-Wertheim die Eigenthumsrechte der Probstey Holzkirchen in Anspruch nehme, ward, nach Anleitung einer Note der Minister, entschieden, daß Löwenstein nur die Hoheits- und Schutzrechte, wie sie Würzburg, Oranien aber die Eigenthumsrechte, wie sie Fulda gehabt, erhalte. Auf die Bitte des Grafen Truchsess zu Wolfegg, daß das von den Reichsabteyen ausgeübte Patronatrecht in Besetzung der Pfarreyen seines Gebiets nicht an die neuen Besitzer übergehen möge, ward beschlossen: Da bey dem bekannten Unterschiede inter jus patronatus laicale et ecclesiasticum alles auf die eigentliche Natur eines jeden einzelnen juris patronatus ankomme: so könne man hierunter keine

Grundsätze festsetzen, sondern müsse defsfalls alles dem gütlichen Uebereinkommen, oder der Entscheidung der Behörden überlassen.

In der neun und dreyßigsten Sitzung (29 Jänner) ward noch einmal über die Noten der Minister und ein damit in Verbindung stehendes neues Promemoria des Fürsten von Lüttich, welcher in Betracht, daß ihm die Nebenvortheile der andern Bischöfe, als Wohnung, Einrichtung u. s. w. abgiengen, um Zulage angehalten hatte, umgefragt. Da aber für den letztern kein Fond weiter auszumitteln war: so fiel das Conclusum dahin aus: „Die Noten der Minister seyen als Nachträge zum Hauptschluss mittelst fernern Berichts an die Reichsversammlung zu befördern; über die Sustentation des Churfürsten von Trier finde die Deputation nöthig, daß im Churcollegio ein eigener Schluss gefasst, und die Erklärung der neuen Churfürsten schriftlich eingeholt werde; in Ansehung der Fürsten von Lüttich und Basel finde sie billig, die zweyte Note so zu verstehen, daß, da diesen

Fürsten frey stehen müsse, Bisthümer zu übernehmen oder nicht, ihnen die Einkünfte solcher Bisthümer an ihren ohnehin auf das Minimum gesetzten Sustentationsgeldern nicht anzurechnen seyen." Eine Holstein-Oldenburgische Erklärung auf das Holstein-Glückstädtische Promemoria vom 10. Nov. v. J. verschiedene beyderseitige Gerechtsame betreffend, liefs man vorerst auf sich beruhen; ein neues Leiningen-Westerburgisches Gesuch um eine Entschädigungs-Ergänzung ward den Ministern mitgetheilt und zur billigen Rücksicht empfohlen; und eine neue Bitte der Grafen von Leiningen-Heidesheim und Gunterblum um eine Entschädigung oder um Vorbehalt wegen ihrer Ansprüche auf Saarwerden u. s. w. ward ad Acta hintergelegt.

In der vierzigsten Sitzung (3 Febr.) ward der Deputation eine Note der Minister vorgelegt, welche Vorschläge der Rangordnung für die neu einzuführenden Virilstimmen enthielt, und darüber umgestimmt. Da die Plenipotenz in einem ihrer Erlasse gewissen Aeußerungen der Brandenburgischen

Subdelegation eine von dieser nicht anerkannte Auslegung gegeben hatte: so legte Brandenburg eine Verwahrung gegen die Beziehung auf einzelne Vota und die daraus gefolgerten Erklärungen ein, „da der Kaiserl. Gesandtschaft blofs die Deputations-Schlüsse mitgetheilt würden, die freyen Abstimmungen der Subdelegirten aber der Beurtheilung derselben nicht in der Art unterliegen könnten, um daraus in den Schlüssen irgend einen Sinn, der nicht ausdrücklich in denselben enthalten sey, zu suchen und herzuleiten.“ Die Plenipotenz schien es nämlich nicht zu billigen, dafs sich die Deputation mit der Materie von Einführung neuer Virilstimmen, als ausser ihrem Wirkungskreise liegend, beschäftige; allein Bayern machte den richtigen Unterschied: „Wenn die Deputation über unmittelbar angebrachte Gesuche von Candidaten zum Stimmrechte zu entscheiden sich nicht befugt halte, so könne sie hingegen über Anträge der Vermittler kraft der unbeschränkten Reichsvollmacht berathschlagen und beschliessen;“ überdiess habe man nichts ge-

than, als beschlossen, daß der Inhalt der Note der Vermittler, als Nachtrag zum Hauptschlusse, an Kaiser und Reich zur Ratification zu bringen sey. Es ward demnach beschlossen, auch diese neue Note der Minister als weiteren Nachtrag zum Hauptschlusse an die Reichsversammlung einzusenden. Hierauf fuhr man mit den eingegangenen Reclamationen fort. Eine Frankfurtsche Verwahrung gegen die in §. VII. des Plans geschehene Erwähnung einer Hessen-Darmstädtischen Schutzherrlichkeit über die Stadt, liefs man auf sich beruhen. In Ansehung einer neuen Vorstellung des Straßburger Domcapitels liefs man es bey der ausdrücklichen Erwähnung desselben in einer der obigen Noten der Minister vorerst bewenden. Das Lippe-Detmoldische Ansuchen um eine Virilstimme ward an Kaiser und Reich verwiesen. Mecklenburg-Strelitz erhob einen Mitanspruch an die Straßburger Canonicate, und verlangte entweder besondere Entschädigung oder Antheil an der Schwerinischen. Brandenburg wollte das Strelitzische Gesuch an die Mi-

nister gebracht wissen; aber der Beschlufs war: Da man die Entschädigung für erklecklich ansehe, so müßte Strelitz sich entweder vergleichen, oder den Weg Rechtens suchen. Der Fürst zu Leiningen klagte über den Wirtembergischen Anspruch der Landeshoheit über einen Wald, der zu einem Orte des Oberamts Mosbach gehöre; die Sache ward an die Reichsgerichte verwiesen. Eine Glückstädtsche Gegenverwahrung gegen die obige Oldenburgische Verwahrung liefs man auf sich beruhen. Das Directorium gab hierauf der Deputation von einer Reihe unstatthafter, weder auf die rechte Art noch auf einem schicklichen Wege an dasselbe gelangter Vorstellungen mit verschiedenen Anträgen Nachricht, bey denen es nicht der Mühe werth ist, sich aufzuhalten. Man fand sie zum Theil nicht einmal zur Dictatur geeignet. *) Zuletzt gab noch Bayern eine

*) Z. B. Ein Kaufmann aus der Gr. Mark bittet, Mittel auszufinden, dafs die Französischen Assignate vom Deutschen Reiche im Prägungswerth zahlbar gemacht würden. — Die Pfälzischen, Cöllnischen und Trierischen

Vorstellung, die Entziehung des Hochstifts Eichstädt und dessen Compensation betreffend, zu Protocoll, und ward von Brandenburg unterstützt.

Die übrigen Subdelegirten gaben ihre Abstimmungen über diese Bayrische Reclamation erst in der ein und vierzigsten Sitzung (8 Febr.). Da aber der Deputation alle Data abgiengen, woraus das Verhältniß der Pfälzischen Entschädigung zum Verluste und die nach selbigem angeblich entstehende Verkürzung, sich ergeben würde; auch die Completirung der Toscanischen Entschädigung nie ein Gegenstand der Berathung der Deputation war: so ward die Bayrische Anzeige bloß den Ministern zur Aufklärung mitgetheilt, ohne eine besondere empfehlende Verwendung, die Bayern verlangt hatte. Auf eine Vorstellung von Wied-Runkel, daß ihm von Nassau-Weilburg die Besitz-

Dienerschaften von der linken Rheinseite wurden der Französischen Gesandtschaft zur milden Rücksicht und gerechten Beherzigung bestens empfohlen.

Ergreifung der Kellerey Vilmar erschwert werde, erklärte die Deputation: Sie habe bey Zutheilung der Kellerey Vilmar die Intention gehabt, dieselbe mit Landeshoheit dem Fürsten von Wied-Runkel zur Entschädigung anzuweisen, und die mediirenden Mächte hätten ohne Zweifel die nämliche Absicht gehabt, doch wolle man, um sich dessen zu versichern, die Vorstellung an die Minister bringen; von Nassau-Weilburg aber gewärtige man sich Abhülfe dieser Beschwerde, damit nicht nöthig sey, das Kreisdirectorium seines Amts zu erinnern.

In der zwey und vierzigsten Sitzung (12 Febr.) erschien eine weitere Note der Minister, welche hauptsächlich die Gegenstände des Plans umfasste, worüber sich die Minister Nachträge vorbehalten hatten. Sämtliche Subdelegaten behielten sich ihre Abstimmungen darüber vor, da man aber voraus sah, dafs sie von der Deputation würde angenommen werden: so trug man, um keine Zeit zu verlieren, dem Directorio auf, sie einstweilen zur Eintragung in den Hauptschluss zu bearbeiten. Dann legte das

Directorium der Deputation den Bericht und die Vorschläge der zur Entschädigung der Reichsgrafen ernannten, und in Ochsenhausen gehaltenen Commission vor. Die gesamte Deputation war damit ungemein zufrieden, und fand die Arbeit der gegebenen Instruction vollkommen angemessen. Brandenburg insonderheit stimmte den vorgeschlagenen Zutheilungen nach ihrem ganzen Umfange vollkommen bey, „da zumal alle „diejenigen, welche wegen ihrer reichsständischen Eigenschaft auf Entschädigung Anspruch zu machen gehabt hätten, größtentheils ihren Verlust ersetzt erhielten. „Für diejenigen Reichsgrafen, welche bey „dieser Vertheilung wegen Unzulänglichkeit „des Entschädigungs-Objectes keine Indemnisation hätten erhalten, und um deswillen auch keinen so nahen Anspruch darauf „hätten machen können, weil ihnen die „reichsständische Eigenschaft abgehe, und „sie als bloße Proprietäre und Particuliers „zu betrachten seyen, liege eine vollkommene trostvolle Beurhigung in der

„Stipulation des VIIIten §. des Lüneviller
„Friedens, und der dort selbst von dem
„Französischen Gouvernement feyerlich zu-
„gesagten Aufhebung des Sequesters auf
„ihre Besitzungen und sämtlich in Frank-
„reich befindliches Vermögen. Von der
„Gerechtigkeit des Französischen Gouver-
„nements lasse sich die noch immer rück-
„ständige Realisirung dieser friedensschluß-
„mäßigen Verbindlichkeit mit Zuverlässig-
„keit erwarten, und man trage daher darauf
„an, diese Erfüllung des Friedensvertrags
„bey dem Französischen Minister mit eben
„so viel Wärme als Zuversicht zu reclami-
„ren, und diese Verweisung auf ihr in
„Frankreich befindliches Vermögen für die
„sämtlichen betheiligten, gar nicht oder
„nicht hinlänglich entschädigten Individuen
„eben so feyerlich in den Deputations-
„Hauptschluss aufzunehmen, als sämtliche
„nach dem Commissionsberichte bestimmte
„Entschädigungen namentlich diesem Haupt-
„schlusse einzuverleiben.“ Dieser Branden-
burgischen Abstimmung traten alle übrigen
Mitglieder bey, und sie ward in ein den

Ministern mitzutheilendes Conclusum gebracht. Aber von einer förmlichen Einweisung der entschädigten Grafen durch die Commission in die ihnen zugetheilten Entschädigungs - Objecte, welche Brandenburg ebenfalls für zweckmäfsig hielt, ward nichts weiter gedacht.

In der drey und vierzigsten Sitzung (15 Febr.) ward über die jüngste Note der Minister abgestimmt. Da sich die Note über so viele Gegenstände verbreitete, dafs man nicht schicklich fand, sie dem Reichstage als Nachträge vorzulegen, sondern lieber den Hauptschlufs neu redigirte: so waren die meisten Abstimmungen sehr ausführlich. Besonders breitete man sich sehr weitläufig über die so wichtige Angelegenheit des Rheins aus, und vereinigte sich dahin, die Verhandlung derselben dem Erzkanzler zu überlassen. Mit Uebergang einzelner Bemerkungen fafste man einstimmig den Schlufs: Es sey den Anträgen der Note mit folgenden Bemerkungen beyzutreten, nämlich dafs 1) bey dem angetragenen Zusatze ad §. 29. die

im Eingange dieses Zusatzes ausgedrückte Reciprocität auch auf die Aufhebung aller Gerichtsbarkeit, Lehnherrlichkeit und honorificen Rechte, so wie auf die Ablösbarkeit der nutzbaren Rechte nach dem in der Schweiz angenommenen Fusse zu erstrecken sey; 2) dem 3ten Absatze des §. 39. beygefügt werde, daß die Reglements zur Billigung des Churcollegii sollten gebracht werden, und 3) hierbey noch der Erzkanzler ermächtigt werde, die Berichtigung der Rheingränze und der dahin gehörigen Puncte, als der Stapelrechte und Douanen, mit dem Französischen Gouvernement zu verhandeln. Hiernach sey der Hauptschluss zu ajustiren, dann habe sich das Directorium über die Deutsche Fassung mit den vermittelnden Ministern zu benehmen, damit er an die Reichsversammlung gebracht werden könne.

Der vorläufig schon nach dem Inhalt der Note bearbeitete Plan oder Hauptschluss, welcher durch die vielen Abänderungen und Zusätze ein ganz neues Ansehen erhielt, und dem nun nichts weiter mehr als die fernere Erklärung von Oldenburg zum 8ten §. und

die Erledigung der Glückstädtschen Reclamation zum 27sten §. zu fehlen schien, ward noch in dieser Sitzung bis zum 39sten §. ajustirt, an dessen Ende man noch hinzu zu setzen beschloß: die endliche Festsetzung und nähere Bestimmung der Administrations- und Erhebungs-Grundsätze werde der Einrichtung der Schiffahrts-Octroi selbst vorbehalten.

In der folgenden vier und vierzigsten Sitzung (16 Febr.) ward die Verlesung und Adjustirung der neu redigirten Paragraphen des Hauptschlusses fortgesetzt und vollendet. Brandenburg zeigte an, daß es den Beytrag von 6000 Fl. rhein. der dem Bischof von Hildesheim und Paderborn zur Sustentation der Bischöfe von Lüttich und Basel auferlegt worden, auf eigene Cassen übernehmen wolle. Auf die Hessen-Casselische Bemerkung, daß der im Concluso der XXVIIIsten Sitzung festgesetzte Grundsatz: wie es sich von selbst verstehe, daß Familien-Successionsrechte von jenseits Rheinischen Landen und ausgetauschten Besitzungen auf die Entschädigungs- und ein-

getauschten Objecte als Surrogate übergien-
gen; nicht dem Hauptschlusse am gehörigen
Orte eingerückt sey, fand die Deputation es
zweckmäfsig, dieses Conclusum in den
45sten §. aufzunehmen. Hierauf ward auf
eine Anfrage des Directorii beschlossen, dafs,
da die Umschreibung und der Umdruck des
ganzen Hauptschlusses, besonders wenn der
Französische Text zur Seite beygedruckt
werden solle, viel Zeit erfordere, die Mit-
theilung an die Plenipotenz, sobald sich
Directorium defshalb mit den Ministern be-
nommen und hierüber der Deputation re-
ferirt haben werde, sich lediglich auf die
neu redigirten §§. einschränken müsse.

Noch immer fehlte es nicht an Reclama-
tionen. Der Graf Sickingen beschwerte
sich wegen der Herrschaft Landstuhl über die
commissarische Classification; da aber seine
Gründe von der Commission sowohl als der
Deputation bereits erwogen worden: so liess
man es dabey bewenden. Die Fürsten-
bergische Vorstellung gegen die neuerliche
Disposition der Noten zum 29sten §. des
Hauptschlusses fand man durch den in der

vorigen Sitzung beschlossenen Zusatz bereits erledigt. Auf eine neue Vorstellung der Reichsritterschaft um Verwendung für die Aufhebung der Sequester, liefs man es bey der am vorigen Tage wegen Aufhebung der Sequester für die Ritterschaft beliebten Einschaltung in den 28sten §. des Hauptschlusses bewenden.

In der fünf und vierzigsten Sitzung (18 Febr.) stattete das Directorium Bericht ab über Sein Benehmen mit den vermittelnden Ministern wegen der neuen Redaction des Hauptschlusses. Die Minister verlangten nur bey einigen §§. zum Theil eine Abänderung; da aber das Directorium nur mündlich eröffnete, worin diese wenigen Abweichungen bestünden, ohne sie zu Protocol zu bringen, so sind sie nicht öffentlich bekannt geworden. Die Deputation fand, dafs dieselben nicht wesentlich von ihren Gesinnungen differirten, und beschlofs, sie bey der Redaction des Hauptschlusses zu berücksichtigen. Der Erzkanzler liefs der Deputation seine Bereitwilligkeit, sich der aufgetragenen Verwaltung des geistlichen

Subsidienfonds zu unterziehen, anzeigen, und Seine Grundsätze vorlegen, nach welchen Er diesen Auftrag zweckmässig zu vollziehen gedächte. Die Deputation fand die ganze Einrichtung so erschöpfend, daß ihr nichts dabey zu wünschen übrig bleibe. Ein Capitular von Stablo und Malmédy ward mit der Bitte, seinen Unterhalt ihm von den Besitzungen des Stifts in den Nassau - Usingischen Entschädigungslanden abzureichen, auf die Wohlthat des 76sten §. des Hauptschlusses und allenfalls an den geistlichen Subsidienfond gewiesen. Die Reclamation des Grafen von der Leyen um Verwendung für Entschädigung wegen seiner verlohrnen Einkünfte aus reichsständischen, und Aufhebung des Sequesters von seinen ritterschaftlichen und sonstigen Besitzungen fand die verdiente Aufmerksamkeit. Man bemerkte, der Graf gehöre wegen seines ersten Verlustes zum 24sten §. des Hauptschlusses, und verdiene unter denen, die dort auf weitere disponible Fonds vertröstet worden, die vorzüglichste Rücksicht; in Ansehung der übrigen Güter komme ihm

§. 28 zu staten; daher sey dessen Vorstellung mit diesen Bemerkungen den Ministern empfehlend mitzutheilen. Auf eine Vorstellung von Hohenlohe-Schillingsfürst wegen des Vorrangs der Waldenburgischen vor der Neuensteinischen Linie ward concludirt: die Classification der Virilstimmen lasse den Rang unter ihnen, wie er bestehe; übrigens würden sich die beyden Linien nach ihrer Hausverfassung deshalb freundschaftlich verstehen.

In der sechs und vierzigsten Sitzung (25 Febr.) zeigte das Directorium der Deputation das Einverständniß der Minister mit den neu redigirten Paragraphen des Hauptschlusses, und die Mittheilung der 47 ersten §§. desselben in Französischer Sprache, an. Man beschloß, den mit Zusätzen und Modificationen berichtigten vollständigen Hauptschluß samt der Beytrittsacte der Plenipotenz, den billigenden Noten der Minister und der Französischen Expedition der 47 ersten Paragraphen an die Reichsversammlung zu bringen. Allein die von der Plenipotenz in ihrem Erlasse geäußerten Wünsche

wegen Bestätigung der ältern Reichsgesetze und der salvatorischen Clauseln für die Reichsritterschaft, den Deutschen und den Malteser - Orden wurden von den meisten Mitgliedern, als welche sich deshalb auf ihre vorigen Abstimmungen beriefen, nicht beachtet. Dann ward der vom Directorio entworfene, die Urkunde begleitende Bericht an die Reichsversammlung vorgelesen und approbirt. Er ist lesenswerth, und lautet so:

„Der von der außerordentlichen Reichs-
 „Deputation an die allgemeine Reichsver-
 „sammlung beförderte, und allda wirklich
 „in Berathung stehende Deputations - Haupt-
 „schluss vom 23. Nov. v. J. konnte noch nicht
 „alle zu dem Entschädigungs - Geschäfte ge-
 „hörigen Gegenstände gänzlich erschöpfen,
 „sondern es mußten darin noch manche
 „wichtige Bestimmungen vorbehalten wer-
 „den. *) Die Herren Minister der vermit-

*) Wer sich wundert, daß eine Acte, der noch so viel fehlte, dennoch dem Reichstage zur Berathung und Bestätigung vorgelegt wurde, der erinnere sich, daß diess zuerst von den Ministern geschah, welchen die Deputation folgen mußte.

„telnden Mächte haben mittlerweile über
„diese noch vorbehaltenen näheren Bestim-
„mungen ihre weitem Anträge an die Depu-
„tation gebracht, auch ist bey dieser der
„Bericht von der über das besondere Ent-
„schädigungswesen der Herren Reichsgrafen
„ernannten Commission inzwischen einge-
„kommen. Sie hat erstgedachte weitem
„Anträge der Herren Minister sowohl, als
„den nurerwähnten commissarischen Bericht
„gründlich erwogen und befunden, daß die
„in Ihrem ersten Hauptschlusse noch fehlen-
„den wesentlichen Bestimmungen nunmehr
„wirklich erfolgen konnten. Sie hat daher
„hiernach bey allen einschlagenden Stellen
„und Paragraphen des Hauptschlusses die
„nöthigen Abänderungen getroffen, und
„mehrere Paragraphen neu redigirt, sich
„sodann hierüber mit der höchstansehnlichen
„Kaiserl. Plenipotenz und den Herren Mi-
„nistern der vermittelnden Mächte gebüh-
„rend benommen, wornach sie dann die
„neu redigirten Paragraphen mit gänz-
„licher Beybehaltung der vorigen Ziffer-

„zahl *) an die Stelle der Vorherigen gesetzt,
 „um auf solche Art der hochlöblichen allge-
 „meinen Reichsversammlung diesen abge-
 „änderten Deputations-Hauptschluss aber-
 „mal im vollen Zusammenhange vorlegen zu
 „können. Dieses nun geschieht u. s. w.“

Den Rest der Sitzung füllten aus: eine
 Hessen-Casselsche Erklärung, den Bey-
 tritt zu dem in der 39sten Sitzung gefassten
 Concluso über das Deputat des Churfürsten
 von Trier und die Sustentation der Bischöfe
 von Basel und Lüttich betreffend; eine Wir-
 tembergische Anzeige, dass die Reichs-
 grafen die Commission gebeten hätten, die
 Gesamt-Administration der für sie be-
 stimmten Entschädigungsmasse aufzuheben,
 und jeden Grafen in den Besitz seines Antheils
 einzuweisen, wobey die Subdelegaten nichts
 zu erinnern fanden; ein Bentheim-Tek-
 lenburgisches Gesuch, Maasregeln ein-
 treten zu lassen, wodurch dieß Haus wegen
 Vollziehung des günstigen Kammergerichts-

*) Um nämlich die Ziffern des Protocolls auch
 auf den neuen Hauptschluss passend zu lassen.

Urtheils gegen den Grafen Reiferscheid sicher gestellt würde, welches an die Reichsgerichte verwiesen wurde; eine Bitte der Ortenauischen Reichsritterschaft, die Aufhebung ihrer Sequester betreffend; ein Gesuch des Freyherrn von Galen um Sicherstellung der Stiftungen seiner Vorältern an verschiedenen Stiftern und der darauf verwandten Capitalien, wovon aber die Deputation urtheilte, daß sie sich auf solche einzelne Fälle nicht einlassen könne, indem solche in den durch die Deputations-Conclusionen im Allgemeinen festgesetzten Grundsätzen ihre Entscheidung fänden.

* * *

Mit dieser Sitzung schließt sich eigentlich das groſse Werk der zur Beendigung des Friedensgeschäftes niedergesetzten Reichsdeputation. *) In derselben wurde der neue,

*) Im kaiserl. Ratifications-Decrete wird gesagt, daß die zur Erfüllung des Vten und VIIten Artikels des Lüneviller Friedens bevollmächtigte außerordentliche Reichs-Deputation das ihr anvertraute Werk nunmehr zu Stande gebracht habe. Am 10ten May hielt sie ihre

zweyte, Hauptschluss ausgefertigt, welcher bald nachher von der allgemeinen Reichsversammlung angenommen, und vom Kaiser, jedoch mit sehr merkwürdigen Vorbehalten, ratificirt wurde, wodurch er die völlige Kraft eines Reichs-Grundgesetzes erhalten hat.

Es sind also über das Entschädigungswerk oder die Punkte, welche der Lüneviller Friede einer besondern Uebereinkunft vorbehalten hatte, vier verschiedene Plane gemacht worden. Der erste ward der Deputation gleich in ihrer ersten Sitzung (24 Aug. 1802) vorgelegt, und schon in der dritten Sitzung (8 Sept.) von derselben im Allgemeinen angenommen. Die vielen Reclamationen, welche man gegen denselben erhob, und welche die Deputation den Ministern mittheilte, bald mit der Bitte um gefällige Aufklärung, bald mit der Empfehlung zur Berücksichtigung, bald um ihre Gesin-

funfzigste und letzte Sitzung, und ward aufgelöset. Ihr zweyter Hauptschluss ist also ihr Reces.

nungen darüber zu vernehmen, wurden von den Ministern nicht einzeln berichtet und abgethan. Statt dessen machten die Minister einen zweyten Plan, dem man den Namen des allgemeinen gab, weil er alle Gegenstände erschöpfen sollte. Er ward der Deputation in ihrer dreyzehnten Sitzung (9 Oct.) vorgelegt, von der Majorität sogleich angenommen, und seinem ganzen, aber von den Ministern selbst schon wieder sehr veränderten, Inhalte nach in den ersten Deputations-Hauptschluss aufgenommen, welcher in der dreysigsten Sitzung (23. Nov.) zu Stande kam, und ausser dem Plan auch noch die der Erörterung und Bestimmung der Deputation überlassenen Punkte enthielt. Daher weicht dieser Deputations-Hauptschluss vom allgemeinen Plane wesentlich ab, und macht den dritten Plan aus, welchen die Minister approbirten. Allein, sowohl die Pariser Convention über die Entschädigung von Toscana, als auch verschiedene Zusätze und Aenderungen machten eine neue Redaction jenes Hauptschlusses nöthig, und dieser neue

Hauptschluß, der vierte Plan, ward in der sechs und vierzigsten Sitzung (25. Febr. 1803) verfaßt, von der Reichsversammlung durch ein Reichsgutachten vom 24. März dem Kaiser vorgelegt, und von diesem durch ein Commissions-Decret vom 27. April ratificirt.

Es ist sehr belehrend, die ganze Reihe der Verhandlungen der Deputation mit den Ministern, an deren Einverständniß Sie in ihrer Vollmacht gewiesen war, mit Einem Blicke zu übersehen; die ganze Summe sowohl dessen, was Sie gethan, als auch dessen, was Sie thun wollen, aber nicht gekonnt hat, sich selbst aufzurechnen. Was Sie gethan hat, liegt in Ihrem letzten Hauptschlusse oder Recesse. Was Sie gewollt, aber nicht gekonnt hat, ist hauptsächlich Folgendes:

Sie konnte es nicht zu einer genauen Untersuchung und Prüfung des Planes in allen seinen Theilen bringen, welche Ihr doch Ihre Vollmacht vorschrieb. Hiervon lag zum Theil der Grund in Ihr selbst; die Stimmen für und wider waren gleich getheilt. Ohne Zweifel war es die Ueberzeu-

gung von der Unmöglichkeit durchzudringen, der Wunsch, größeres Uebel zu verhüten, was der letztern Meynung die Pluralität verschaffte.

Sie konnte es nicht dahin bringen, von den Ministern die *mémoires et évaluations*, auf welche sich die Entschädigungen gründeten, die gefällige Aufklärung über irgend einen einzelnen Fall zu erhalten.

Sie konnte Ihren durch einstimmige *Conclusa* festgesetzten Grundsatz: daß Mediat-Stifter in alten Erblanden friedensschlußmäfsig nicht zur Entschädigungsmasse gezogen werden dürften, schlechterdings nicht durchsetzen.

Die gesamte Deputation, einstimmig, konnte nicht die Aufhebung des Sequesters, die gleich nach der Ratification des Friedens hätte geschehen sollen, nicht für einen einzigen dringend empfohlenen Fall, nicht einmal ein Versprechen, nicht einmal eine feste Regel, um darnach die Reclamationen zu beurtheilen, auswirken.

Die eine Hälfte konnte nicht von der andern erlangen, daß die allzu reichlich

Entschädigten Etwas vom Sustentations- und Supplementen-Fond übernehmen; Sie konnte nicht einmal den 10ten Pfennig erlangen.

Sie konnte durch wiederholte einstimmige Conclusa den vier Reichsstädten die ihnen zugedachte Last nicht aufbürden, um dem Supplementen-Fond eine Erleichterung zu verschaffen. Sie konnte unmöglich verhüten, daß die Letzten zu kurz kamen, weil die Ersten zu viel genommen hatten. Diese ungleiche Austheilung der Entschädigungs-Objecte läßt sich gar nicht verhehlen.*)

*) Der Brittische Staatssecretair der auswärtigen Geschäfte, Lord Hawkesbury, sagte bey Eröffnung des Parlaments im November 1802 öffentlich in seiner Rede: „Wenn es möglich gewesen wäre, gegen den Geist der Ehrsucht und Vergrößerung, besonders in Rücksicht der Deutschen Entschädigungs-Sache, eine Barrière zu errichten, würden wir (Minister) nichts Vernünftiges unterlassen haben. Da ich derselben erwähnt habe: so erkläre ich auch, daß nach meiner Meynung nichts ungerechter gewesen ist. Einige Stände erhielten weit mehr, als sie verlohren

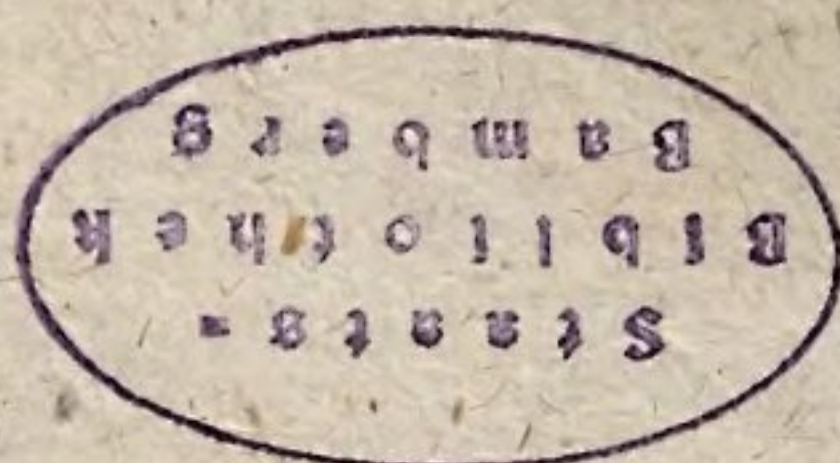
Daher kam es, daß eine den Verlust sehr weit übersteigende Entschädigungsmasse am Ende nicht einmal zureichte, und man sogar den ersten Fürsten des Reichs, da gar kein Land mehr vorhanden war, auf das Wasser hinweisen mußte. Auch daran ist die Deputation, als Corpus, ohne alle Schuld.

So viel aber auch die Deputation nicht hat thun können, was Sie ganz oder zum

„hatten, und andere eine zu geringe Entschädigung.“ Wenn aber an eben dem Tage Lord Grenville zu äußern sich erlaubte: „Man theilte Deutschland nach Gefallen; der Prinz von Oranien erhielt „eine geringfügige Schadloshaltung;“ so darf man den edlen Lord, der eine geringfügige Kenntniß vom Werthe der Oranischen Entschädigung zu haben scheint, wohl fragen: „wie viel war denn Deutschland dem Prinzen „schuldig?“ Ein anderes Mal sagte Sheridan: „Vielleicht meynen die Herren (von „der Opposition), der Kanzler dürfe nur auf „die Charte von Europa hinschauen, und bey „dem Reißen um Indemnitäten nur „ausrufen: Jeder an seinen Platz, meine „Herren!“

Theil gewollt hat: so sehr viel hat sie doch auch wirklich gethan. Sie hat dem Reiche ein neues allgemeines Fundamental-Gesetz, von einem Umfange und von einer Wichtigkeit, als selbst der Westphälische Friede nicht hat, gegeben. Sie hat in einer höchst kritischen Lage mit einer bewundernswürdigen Staatsklugheit und Vorsicht gehandelt, und nachgegeben, ohne Ihrer Würde etwas zu vergeben. In Ihren Abstimmungen liegen die vortreflichsten Grundsätze, die erhabensten und edelsten Gesinnungen. Sie hat sehr schwere und äußerst verwickelte Materien mit eben so großer Weisheit als Gerechtigkeit entwickelt und geordnet. Sie hat keinen Reclamanten von sich gewiesen; Sie hat alle gehört, die Gesuche reiflich erwogen, gerecht entschieden, und wo Sie nicht helfen konnte, doch Hülfe zu verschaffen gesucht, doch getröstet: immer milde, langmüthig sogar, und nur gegen Gewaltthaten strenge. Sie hat den unschuldig Leidenden in besondern Schutz genommen, väterlich für ihn gesorgt, und sich den Segen von vielen Tausenden, den

Ruhm der Welt und Nachwelt, den immerwährenden Dank des (eben so unschuldig leidenden) Deutschen Vaterlandes erworben.







Gaspari, Adam Christian, 1752-1830

<<Der>> Deputations-Recess

Bd.: 1

Hamburg (1803)

Bamberg, Staatsbibliothek -- Coll.leg.o.211(1
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11439234-8